

durch welchen Förderungsbetrag muß ich diese Millionen dividieren. Und hier zeigt sich nun natürlich, daß verschiedene Auffassungen vorhanden sind. Gar nicht so sehr getrennt, glaube ich, nach politischen Parteien. Denn wir haben also, ich stelle das gerne fest, im Rahmen auch der Vorgespräche und der Diskussionen eine relativ gleichmäßige und gleichartige Auffassung zu diesen künftigen Problemen erarbeiten können. Ich möchte zwischendurch hineinwerfen, ich erinnere mich, der Abg. Stöffler ist nicht hier, vor fünf Jahren habe ich auch damals in der Wohnbaudebatte verlangt, daß man die einzelne Wohnung stärker fördern soll, das heißt, für die Wohnung mehr Kredit gewähren soll, daraufhin sprang er sichtlich — manchmal gelingt ihm das auch — erregt und rot anlaufend auf und sagte: „Sie wollen also, daß weniger Wohnungen gefördert werden!“ Ich habe damals gesagt, meine Damen und Herren, und das wurde heute zum Teil von Herrn Abg. Dr. Götz wiederholt, wir bauen schon geraume Zeit an der echten Wohnungsnot vorbei, weil die Wohnungen, die damals gefördert wurden, nicht immer auch von den tatsächlichen Wohnungsbedürftigen in Anspruch genommen werden konnten.

Aber zur Sache zurück. Es wurde ja sehr, sehr viel gestern und heute schon zu den vermeintlichen Auswirkungen gesagt. Stellen wir also fest, daß eine Frage, die uns das Bundesgesetz natürlich auch aufgibt, beantwortet werden muß, ob das Land die Obergrenze 60 Prozent Direktdarlehenförderung anerkennt, oder ob weniger anerkannt wird. Ich weiß, daß in den Ländern die Auffassungen durchaus verschieden sind. Über eines werden wir aber nicht hinwegkommen: je niedriger das Direktdarlehen je Wohnung ist, umso höher müssen die Wohnbeihilfen sein, das heißt also die laufende, permanente Inanspruchnahme des einzigen Topfes, aus dem all die verheißenen Förderungen und Verbesserungen bezahlt werden müssen. Ich möchte gar nicht sehr darauf eingehen, daß im Entwurf schon einmal festgestellt worden ist, um zu verhindern, daß die Zahl der geförderten Wohnungen zu rasch absinkt, wird eine 50prozentige Förderung vorgeschlagen. Das war in einem Stadium, wo man die Ziffern gar nicht so genau gekannt hat, vielleicht sogar noch optimistischer. Aber in den Verordnungen, wenn es auch im zweiten Entwurf nicht drinnen steht, werden wir das regeln müssen und werden wir um eine Lösung nicht herumkommen. Ich darf feststellen, daß es zum Teil in der Frage der Sockelfinanzierung entschieden wird, wie lange wir aus diesem Wohnbautopf Wohnungen neu fördern werden können. Denn in der Frage der Wohnbeihilfe — und ich gebe zu, meine Damen und Herren, so sozial diese Wohnbeihilfe im Gesetz ist und so wertvoll der Gedanke ist, der ja nicht im letzten halben Jahr geboren worden ist, sondern schon lange in der Diskussion über die Subjektförderung eine Rolle spielt, ist zugleich auch das Wohnbauvolumen der künftigen Jahre entscheidend mitbeeinflusst. Darüber gibt es keinen Zweifel. Ich sage noch einmal: Je geringer das Direktdarlehen sein wird, umso höher

werden die Wohnbeihilfen sein, wobei die Auffassungsunterschiede sehr groß sind. Herr Sek.-Chef Dr. Putz vom Bautenministerium hat erklärt, ca. drei bis vier Jahre wird eine Wohnbeihilfe in Anspruch genommen werden können. Ich bin der Meinung, das geht über zehn Jahre in sehr vielen Fällen hinaus, bedeutet also eine Blockierung, wenn auch eine kontrollierte Blockierung — wenn Sie wollen — auf geraume Zeit.

Die dritte wesentliche Neuerung in diesem Gesetz ist das Eigenmitteldarlehen und auch die Bestimmung, daß für bestimmte Interessentengruppen, ich brauche sie nicht zu wiederholen, die Möglichkeit und der Anspruch besteht, das Eigenmitteldarlehen in Form eines Direktdarlehens, das vom Land gewährt wird, zu beanspruchen. Darauf besteht ein Rechtsanspruch. Es sind diese Bestimmungen — ich betone es noch einmal, meine Damen und Herren, durchaus sozial. Sie werden nur etwas problematisch, wenn wir wieder, und das hat der Herr Abg. DDr. Götz schon getan, zu rechnen beginnen: Ich darf einmal mit dem Eigenmitteldarlehen zu rechnen beginnen. Wir nehmen also an, und ich weiß nicht, vielleicht bin ich sehr vorsichtig, ich bin momentan bei 3.000 Wohnungen, vielleicht sind es 3.300 oder 3.400, die in den nächsten Jahren zu Beginn der neuen Wohnbauförderung zu bewilligen sein werden. Wenn wir nur rechnen, und das bringt eine gut gemachte Propaganda zustande, daß 1.000 anspruchsberechtigte Familien im Jahr sich um das Eigenmitteldarlehen bemühen, so sind das, meine Damen und Herren, bei Durchschnittswohnungen Kosten von 250.000 Schilling, also 25.000 x 1.000, also 25 Millionen Schilling im Jahr. Das geht schon aus dem Topf heraus. Wir haben also 25 Millionen jährlich schon zu berücksichtigen, wobei die Rückzahlungsrate zehn Jahre beträgt und bekanntlich erst nach zehn Jahren der Betrag auch tatsächlich zurückkommt. Wir haben zur Frage der Wohnbeihilfe festzustellen — ich betone wieder, bei guter Öffentlichkeitsarbeit gelingt das mindestens — das zwei Drittel der künftigen Wohnungseigentümer und Wohnungsmieter die Wohnbeihilfe in Anspruch nehmen. Denn man sagt, jetzt brauchst du überhaupt kein Geld mehr, Du brauchst nur drei oder vier Kinder, dann kriegst Du eine große Wohnung, Du brauchst fast überhaupt nichts mehr zahlen, dann bringt man zustande, daß sich alle um diese neue, große Wohnung bewerben und bemühen. Und wenn man nun den Ausführungen des Herrn Abg. DDr. Götz folgt, dann kommen Sie, ich glaube, er hat eine fast 100prozentige Inanspruchnahme der Wohnbeihilfe errechnet (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „80 Prozent!“) dann kommen Sie also rechnerisch zu dem Zeitpunkt, wann es keine neu geförderte Wohnung mehr aus diesem Wohnbautopf gibt.

Vielleicht, meine Damen und Herren, sind das nicht ganz genaue und im Detail vorliegende Berechnungen, weil durch die Erhöhung der Beitragsgrundlage wieder mehr Mittel hereinkommen, und es kann sein, daß man zwischendurch wieder einmal mehr Mittel zuschießt. All das ist

drinnen, all das wollen wir, aber jedenfalls müssen wir feststellen, daß bei Bleiben etwa des gleichen Darlehensausmaßes, bei gleich gefülltem Topf der Zeitpunkt errechnet werden kann, wann es keine neu zu fördernde Wohnung mehr geben wird. Und das ist natürlich, meine Damen und Herren, sehr bedenklich, wenn ich anschließen darf an die Worte meine Vorredners, des Herrn Abg. Loidl als Landessekretär der Bau- und Holzarbeiter, der ja richtig nachweist, daß der öffentlich geförderte Wohnbau ein entscheidender Beitrag zur Erhaltung der Beschäftigung in der Bauwirtschaft ist und bleiben wird. Und, meine Damen und Herren, ich werde später auch natürlich etwas noch sagen zur Sicherung dieses Grundsatzes, daß der Wohnbau ein entscheidender Bestandteil der Beschäftigung im Gewerbe ist, nur zwischendurch hinein — auch das ist kein Geheimnis — der Industriebau ist in diesem Jahre leider schon sehr wesentlich zurückgegangen, weil die Investitionen zurückgegangen sind. Mir hat ein Mann, der sehr viel Übersicht hat, der sowohl in der Praxis als auch in der Lehre steht, erklärt, daß Großbauunternehmen wie Negrelli, Universale, Mayreder, Keil & List, die sich um den Kleinwohnungsbau überhaupt nie gekümmert haben bisher, nun auf den Wohnbaumarkt treten und bei relativ für sie unbedeutenden Kleinbauvorhaben mitbieten, weil sie sagen, bevor ich meine Krane, meine Maschinen und alles stehen lasse, gehe ich lieber mit Verlust hinein, um überhaupt zu beschäftigen, um überhaupt den Maschinenpark auszunützen. Das bedeutet also, meine Damen und Herren, daß wir die Beschäftigung im gewerblichen Wohnbau dringend brauchen und alle jene Dinge, die Geld wegziehen auf die neue Ausgabenverteilung, uns sehr, sehr bedenklich stimmen mögen. Ich glaube, daß es nicht allein, aber sicherlich auch zum Teil der gute Wille war, im Dezember 1967 die Mittel für 1968 fast zur Gänze zu vergeben, es sei denn, daß etwas nachkommt durch den Wiederaufbau, es war ja, meine Damen und Herren, auch ein bisserl die Angst vor den Auswirkungen der neuen Verordnungen und Richtlinien, von denen wir wissen, daß sie uns natürlich hinterher auf verschiedenen Gebieten wieder Sorgen bereiten, und wenn wir im Lande Steiermark und in vielen Ländern fast ein Jahr gewinnen — dies haben ja fast alle, quer durch die Parteien, gleich gemacht, um diese Verordnungen und Richtlinien sehr, sehr gewissenhaft zu diskutieren und zu prüfen, dann ist das ein Vorteil, den man sich hier eingehandelt hat. Die Tatsache, daß die Mittel heuer schon vergeben werden mußten, möchte ich sagen, ist ja nicht unbedingt eine Qualifikation eines Schönheitswettbewerbes für das neue Wohnbauförderungsgesetz.

Nun aber, meine Damen und Herren, wurde auch gestern vom Herrn Abg. Schaller mit Beispielen gearbeitet, und ich möchte also — wir haben das kurz schon draußen getan — doch auch darauf hinweisen, daß es sehr gefährlich ist, aus der Diskussion zu sagen: Haben Sie das Gesetz überhaupt gelesen, oder kennen Sie das Gesetz überhaupt. Ich bin überzeugt, er hat das

Gesetz ganz genau gelesen und mit ihm viele, viele andere, und bei jedem neuen Lesen kommt man drauf, daß es auch andere Betrachtungen und neue Schwierigkeiten gibt. Der Herr Abg. Schaller hat errechnet, daß eine Familie mit einem Einkommen von 1.700 Schilling im Monat bei Inanspruchnahme einer Wohnung, die er in der Größe hier definiert hat, Obergrenze 204 Schilling monatlich bezahlt. Meine Damen und Herren, wenn Sie das Bundesgesetz aufschlagen und den § 15 letzter Absatz lesen, dann steht hier folgendes: „Eine zumutbare Belastung aus dem Wohnungsaufwand besteht jedenfalls aus dem Schuldendienst des Förderungsdarlehens, d. h. des einprozentigen Direktdarlehens.“

Bei 150.000 Schilling Förderungsdarlehen zwei Prozent Annuität in den ersten 20 Jahren, bedeutet die jährliche Belastung 1.500×2 also 3.000 Schilling dividiert durch 12 = 250 Schilling Mindestmiete. Sie sehen also, daß es sehr gefährlich ist, zu sagen, man kennt das Gesetz ganz. Ich muß sagen, ich beschäftige mich sehr lange damit und ich bin weit davon entfernt, es in der vollen Auswirkung für die Zukunft, überhaupt einschätzen zu können. Das ist ein Geständnis, das ich hier durchaus bereit bin, abzulegen und ich glaube, jeder ist gut beraten, von sich nicht zu sagen, er sei schon am Ende jeder Weisheit und er kenne das also schon sehr genau. Wir haben natürlich, meine Damen und Herren, Rechnungen angestellt, über künftige Mietenbelastungen. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ich habe gesagt, er hat es sicher gewissenhaft gelesen, nur ist es schwer zu sagen, haben Sie es gelesen, wenn man selbst noch Fehler macht. Das ist ja kein menschliches Versagen, das passiert uns ja im Leben fast täglich. Wir haben also, meine Damen und Herren, Berechnungen gemacht nach allen Seiten hin über die künftigen Mieten und über die Belastungen. Vieles ist schon gesagt worden. Ein Beispiel: Bei angenommenen Baukosten von 3.500 Schilling, Betriebskosten zwei Schilling pro m^2 , Instandhaltungskosten von sieben Schilling pro m^2 pro Jahr, Verwaltungskosten 200 Schilling jährlich je Wohnung, und einem Ausmaß von 70 m^2 , das ist ungefähr die Wohnung, die wir uns vorstellen, von der wir also immer reden, die familien-gerechte Wohnung, kostet also an Miete, bei einer 60prozentigen Förderung, 1.147 Schilling, bei einer 50prozentigen Förderung Direkt-darlehen 1.273 Schilling. Und wenn Sie jetzt, meine Damen und Herren, diesen Betrag von 1.273 Schilling der mindestzumutbaren Miete von etwa 250 Schilling entgegensetzen, so sind Sie etwa bei 1.000 Schilling Wohnbeihilfe für eine Wohnung im Monat, 12.000 Schilling im Jahr, und wenn Sie also das nun auf diese 80 Prozent Anspruchsberechtigter umlegen, dann kommen Sie leider zu der Erkenntnis, daß — so sozial diese Bestimmung im Gesetz ist — sie nur, meiner Meinung nach, in der heutigen Zeit, bedingt anwendbar ist. Das hat ja auch, meiner Meinung nach, der Herr Bautenminister Dr. Kozina gewußt, als er auf der Semmering-Tagung der ÖVP verlangt hat, daß für die Wohnbeihilfen

ein eigenes, getrenntes Gesetz mit eigener getrennter Finanzierung erforderlich und beschlossen werden müßte. Er hat nur beim Herrn Finanzminister keine Gegenliebe gefunden, er hat ihm seinen Entwurf zurückgeworfen und erklärt, das muß eingebaut werden im Wohnbaugesetz 1968 und, was natürlich auch viel schlechter ist, aus dem Topf, aus dem auch die Mittel für den Neubau von Wohnungen finanziert werden. Und das ist natürlich sehr sehr schwierig, und führt zu den heute schon mehrfach zitierten Erfolgen. (Zwischenruf des Abg. Feldgrill.)

Ich möchte aber noch eines sagen Herr Abg. Feldgrill, ich komm schon dazu, wahrscheinlich meinen Sie das.

Der Herr Abg. Schaller hat also gesagt, das Gesetz bringt eine gleiche Behandlung aller Wohnungsinteressenten in Österreich. Ich möchte mich nur auf die Steiermark beziehen. Auch das stimmt ja nur bedingt, meine Damen und Herren. Denn die Wohnbauten werden ja nur von den einzelnen Darlehenswerbern, den einzelnen Körperschaften und Gemeinden unter verschiedenen Voraussetzungen errichtet. Eine Genossenschaft, eine Gesellschaft muß natürlich in der Regel den Grundpreis verlangen. Während eine Gemeinde aus sozialen Gründen vielleicht da und dort noch in der Lage ist, zu sagen, auf die Rückzahlung verzichte ich, ja es gibt Genossenschaften, die auch schon vor 30, 40 Jahren soviel Gründe erworben haben, daß sie heute noch keinen Grundpreis verrechnen. Ich denke an die Genossenschaft, bei der Abg. Pichler Vorstandsvorsitzender ist. Aber es gibt natürlich in Graz Genossenschaften, die die Gründe um 170 bis 250 Schilling je m² kaufen müssen und dann vielleicht gerade nicht in der Lage sind, ein Hochhaus zu bauen und damit die Belastung auf viele Mieter oder Eigentümer verteilen, sondern ein mittleres Geschoßhaus bauen und dann kommt ein sehr wesentlicher Beitrag für die Grundbeistellung dazu, d. h. also, daß unabhängig von dem zehnpromtigen Eigenmitteldarlehen, das durch ein Direktdarlehen abgelöst werden kann, zwingend aber dazukommen die Kosten für den Baugrund, die also auch die drei, vier, fünf oder sechsköpfige Familie zahlen muß, will sie diese Wohnung in Anspruch nehmen. Eine gleichartige Behandlung ist schon aus der Natur der Sache her nicht möglich, man soll sie auch deshalb dem Menschen nicht verheißen und nicht versprechen.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch etwas sagen, im Zusammenhang mit der Rede des Herrn Kollegen Loidl. Er hat über die Sorge der Bauarbeiter um ihre Arbeitsplätze gesprochen und ich glaube, diese Sorge ist berechtigt. Wir sollten nun auch noch eines überlegen. In den letzten Jahren haben wir einvernehmlich in guter Übereinstimmung, immer wieder das Werk der Eigenheimsiedler gelobt, wir haben alle jene sehr sehr anerkannt, die sich bemüht haben, zu einem Eigenheim und damit zu einem schöneren Wohnen zu kommen. Allerdings — und ich weiß, daß das durchaus falsch ausgelegt werden kann, vielleicht sogar falsch ausgelegt werden wird — wenn wir um die

Bedeutung des gewerblichen Wohnungsbaues wissen, und das Maß, in welchem die Beschäftigung durch den Wohnbau beeinflusst und auch gesichert werden kann und muß, dann müssen wir, meine Damen und Herren, so unangenehm das für manche klingen mag, eine Bevorzugung, eine bessere Berücksichtigung des gewerblichen Wohnbaues in Kauf nehmen. Das heißt also, die Mittel und wie wir wissen, die geringeren Mittel, so anwenden, daß eine bestmögliche Wirkung für die künftige Beschäftigung gesichert ist. Das mag für jeden, der einen Darlehensantrag auf sein Eigenheim liegen hat, sehr betrüblich klingen. Natürlich auch dort werden Ziegel und wird Holz, Installationsmaterial, wird also das Baunebengewerbe, die Baustoffindustrie mit beeinflusst. Aber zur Sicherung des Arbeitsplatzes ist der gewerbliche Wohnbau in dieser jetzigen Situation einfach nicht zu übersehen und muß von uns als verantwortlich im Lande einkalkuliert werden. Denn sonst würden wir die Gefahr für die Beschäftigung der Bauarbeiter noch vergrößern aus einer Sphäre heraus, von der sie das nicht erwarten, von der sie, wie wir glauben, das auch nicht erwarten dürfen.

Ich komme damit zum Schluß, meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es nicht leicht ist, in dieser schwierigen Materie ein Geheimrezept oder ein Idealrezept auf den Tisch zu legen. Das kann niemand, weder der zuständige Referent, noch alle, die sich sonst um die Dinge ernstlich und redlich bemühen. Ich bin immerhin seit zwölf Jahren mit Wohnbaufragen auch fraktionell in unserem Lande hier beschäftigt. Ich kann daher sagen, im allgemeinen soll das 60prozentige Direktdarlehen in der Steiermark festgelegt werden, um zu sichern, daß eben der Ansturm und der Druck auf die Wohnbeihilfen nicht zu groß ist.

2. Bei der Genehmigung und Gewährung der Wohnbeihilfen, die ja erst in einigen Jahren, vielleicht 1969/70 das erstmal aktuell werden, die Überlegung zu berücksichtigen, daß man die Wohnbeihilfen im Ausmaß der Rückflüsse der Darlehen gewährt, um zu sichern, daß das Wohnbauvolumen nicht zu sehr eingeschränkt wird und

3. meine Damen und Herren, das Eigenmitteldarlehen ebenfalls nach strenger sozialer Prüfung bewilligen und als letztes, ich habe das auch ausgeführt, die Beachtung der Bedeutung der Wohnungswirtschaft und der Aufträge, die aus der Wohnbauförderung kommen, für die gewerbliche Wohnbautätigkeit, das heißt also, für die Sicherung der Beschäftigung unserer Bauarbeiter. Und dazu glaube ich, sind wir gemeinsam verpflichtet. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Herr Abg. Zinkanell, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen in aller Kürze ein Straßenanliegen vortragen. Auf meine Anfrage im Finanz-Ausschuß, wie es mit dem weiteren Ausbau der Straße von Eibiswald über Soboth nach Lavamünd ausschauf, erhielt ich die Ant-

wort, daß der Zeitplan leider umgeworfen werden mußte, daß aber doch Aussicht besteht, daß die Straße in ca. drei Jahren fertiggestellt wird und daß die Ausschreibung noch im kommenden Frühjahr zu erwarten ist. Der Herr Landeshauptmann hat den Hinweis beigefügt, daß wegen der Schwierigkeiten mit der Lakog jetzt zu rechnen ist, daß auch die Kärntner Seite nun forciert betrieben wird. Ich habe mich nun noch dafür interessiert und mit Präsident Tillian vom Kärntner Landtag gesprochen, der sagt, daß man zwar wohl drängt auch von der Kärntner Seite im Landtag, daß einige Anträge diese Geschichte betrieben haben, aber daß leider der Landeshauptmannstellvertreter Weißmann dort anscheinend anderen Vorhaben vorerst noch die größere Bedeutung beimißt. Ich bin der Meinung, daß es sehr notwendig wäre, daß zwischen der Steiermark oder den steirischen Stellen und den Kärntner Stellen eine Absprache durchgeführt wird, daß der Zeitplan aufeinander abgestimmt wird, damit hier einigermaßen zur gleichen Zeit die Arbeiten zu einem guten Schluß gebracht werden. (Landeshauptmann Krainer: „Ein Zeitplan ist bis ins Detail abgesprochen gewesen, nur haben die Kärntner den Zeitplan nicht eingehalten!“)

Ich war der Meinung nach Ihrer Antwort, daß die Steirer ihn umschmeißen mußten. Wir hoffen, daß es doch zu einem einigermaßen einheitlichen Abschluß kommen wird. Für uns im Bezirk Deutschlandsberg ist der Ausbau dieser Straße von sehr, sehr großer Bedeutung, und wir müssen uns nicht von einer ähnlichen Situation wie bei der Lakog erst drängen lassen, sondern wir haben leider sehr, sehr viele Arbeitslose und vor allem auch einen sehr hohen Anteil von Pendlern im Bezirk, so daß wir gerade auf diesen Straßenbau sehr, sehr angewiesen sind. Die wirtschaftliche Situation des Bezirkes war ja leider vor ungefähr 70 Jahren und einiges mehr wesentlich besser als heute. (Landesrat Wegart: „Aber geh!“)

Ohne Zweifel, Herr Landesrat. Wir haben damals ungefähr 910 Kohlenarbeiter gehabt, 600 Arbeiter in Eisen- oder Stahlwerken, 100 Arbeiter ungefähr in einem Messingwerk, 250 Glasarbeiter und bei 700 Solo-Arbeiter. Dazu sind noch einige Papierfabriken gekommen, so daß man damals rund 3.000 Industriearbeiter in diesem Bezirk gehabt hat, dazu noch einige hundert Gewerbe- und Handelsbetriebe. In einer geschichtlichen Abhandlung, aus der ich diese Ziffern entnommen habe, heißt es, wenn ich das kurz zitieren darf: Die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts war für den Bezirk Deutschlandsberg eine wahre Gründerzeit. Er entwickelte sich zu einem Industriegebiet, und sein Leben änderte sich. Die Bevölkerung des Bezirkes stieg von 45.600 im Jahre 1869 auf 51.000 im Jahre 1900, die Zahl der Häuser vermehrte sich im gleichen Zeitraum um 557. Ebenso sprunghaft vollzog sich die Entwicklung der Industriegemeinden. Die Einwohnerzahl von Pöfing-Brunn schnellte z. B. von 1869 bis 1893 von 674 auf 2.044 Menschen, jene von Wies-Altenmarkt von 937 auf 1.400 Menschen empor.

Das war vor der Jahrhundertwende. Heute schaut es dort leider nicht so gut aus. In der Zeit, wo sich Österreich im gesamten von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat fortentwickelt hat, ging es leider im Bezirk Deutschlandsberg umgekehrt. Nach kurzen Erholungen in den 20er-Jahren und nach dem 2. Weltkrieg muß man jetzt überhaupt leider Gottes auf diesem Gebiet nicht nur von einer Stagnation, sondern von einem regelrechten Rückgang sprechen. Wir haben jetzt nur mehr ungefähr 50 Prozent jener Industriearbeiter, wie sie vor 1900 im Bezirk vorhanden waren und leider hält dieser Rückgang noch an. Ich könnte auch da einige Ziffern nennen, Porzellanfabrik, Solo, Ziegelfabrik usw., es ist sehr, sehr unerfreulich, wobei ich allerdings sehr deutlich feststellen möchte, daß selbstverständlich die aufrechten und zum Teil auch sehr erfolgreichen Bemühungen um Industrie Gründungen nicht zurückgestellt werden, sondern daß sie sehr, sehr betont werden sollen, und ich möchte von dieser Stelle aus der Landesregierung sehr danken für diese Bemühungen, aber auch dem Landesarbeitsamt, wo insbesondere ein Herr Ebner sehr, sehr bemüht ist, auch in unseren Bezirk Industrien herauszubringen. Ich möchte aber auch den beteiligten Firmen danken, der Herr Kollege Fuchs ist im Augenblick nicht da, ich habe mich sehr, sehr gefreut, daß es in einer guten Art und Weise möglich war, auch von ihm einen Betrieb hinauszubringen. Dank gebührt meines Erachtens auch den Gemeinden, die sich sehr bemühen, und da darf ich vielleicht doch auch dem Kollegen Klausner für die Stadt Deutschlandsberg, das ist ein Zentrum des Bezirkes, sehr danken, daß er sich immer so sehr nachdrücklich bemüht hat, Industrien in diesem Bereich unterzubringen. So erfreulich und begrüßenswert diese Begründungen sind, sie reichen noch nicht aus, den Rückgang auszugleichen und sind daher noch nicht Ersatzarbeitsplätze für eine allfällige Schließung des Bergbaues Pöfing-Bergla.

Aus dieser vielleicht etwas ausführlichen Darstellung der wirtschaftlichen Situation des Bezirkes ergeben sich für uns draußen zwei sehr, sehr dringliche Forderungen und Wünsche an das Land. Die erste Bitte ist, daß alles getan wird, so wie bisher ja auch, um die Schließung von Pöfing-Bergla so lange als irgend möglich hinauszuschieben. Das zweite wäre, daß alles getan wird, solange nicht Betriebneugründungen uns mehr Arbeitsplätze schaffen und stärker wirksam werden, daß durch einen forcierten Straßenbau Arbeitsplätze geschaffen werden und dem Bezirk Deutschlandsberg wirtschaftlich geholfen wird. Es sind vor allem zwei Hauptstränge, die für uns von großer Bedeutung sind. Das ist einmal die Straße über die Soboth zu den Kärntner Seen und nach Italien, dann die zweite Straße über den Radlpaß nach Jugoslawien. Ich würde auch hier bitten, daß man mit den zuständigen Stellen in Bezug auf Jugoslawien Absprachen pflegt und daß man beim Bund den Bau dieser beiden Straßen betreibt. Wenn wir diese Straßen haben, bekommen wir doch auch leichter noch als bisher Betriebe

hinaus, und wenn wir diese Straßen haben, dann bekommen wir auch leichter als bisher Fremde in das Gebiet. Es ist ein wunderschönes Gebiet, es muß nur noch mehr aufgeschlossen werden. Der Ausbau dieser Straßen hat ja nicht nur ein eminent wirtschaftliches Gewicht, er ist auch wichtig und bedeutungsvoll in bezug auf die Verkehrsentflechtung. Es wird sicher die Straße nach Spielfeld, wenn der Radpaß offen ist, etwas entlastet, es wird die Pack entlastet werden auch dann, wenn die Autobahnen in diesen Richtungen geführt werden. Ich möchte wiederholen, daß Deutschlandsberg ein Bezirk ist, der wirtschaftlich sicherlich sehr schwach da steht und wenn an sich nichts dagegen, sondern eigentlich alles dafür spricht, daß wir dort Arbeitsplätze schaffen, soll man doch diesen Straßenbau besonders forcieren. Das wollte ich zum Bezirk Deutschlandsberg sagen.

Nun vielleicht noch ein paar Worte zu den gestrigen Ausführungen des Kollegen Nigl, weil vielleicht meines Erachtens ein bißchen sehr betont die Initiative der ÖVP für den 250 Millionen-Antrag für den Autobahnbau herausgekommen ist. Ich möchte hier feststellen, daß es selbstverständlich — und ich habe das auch bereits im Finanz-Ausschuß gesagt, für die Sozialisten nie eine Frage war, daß wir für die Schaffung von Arbeitsplätzen eintreten. Niemand kann ernstlich bestreiten, daß es unsere Hauptsorge war, die Vollbeschäftigung, soweit es irgendwie geht, zu erhalten. Es wäre, meine sehr geehrten Herren, für uns absolut keine Kunst gewesen, nun auch einen Antrag, womöglich einen Lizitationsantrag einzubringen, vielleicht auf 300 oder 350 Millionen Schilling. Wir haben das nicht gemacht, weil uns die Sorge zu ernst und zu wichtig ist. Sie haben das auch in der Debatte über den Antrag gesehen, für uns war es entscheidend, daß eine Rangordnung über die Dringlichkeit und auch eine reale Finanzierungsmöglichkeit geklärt wurde. Das ist geschehen, und zur Behandlung steht nun ein realistischer Antrag des Finanz-Ausschusses auf die Bereitstellung von 150 Millionen Schilling für die Teilstrecke Nord—Süd und ein zweiter Antrag auf Bereitstellung von 119 Millionen Schilling für Strukturmaßnahmen. Diese Beratung hat also eine Modifizierung gebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren, die gewiß nicht gegen die Arbeitsplätze und gegen die Verkehrsentlastung gerichtet war. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Eichinger das Wort.

Abg. Dr. Eichinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf hier anknüpfen. Wir von der ÖVP haben die Meinung vertreten, das Budget ist noch nicht so ausgeschöpft, es muß mehr antizyklischer Schwung kommen, deshalb der Antrag, der letzten Endes darauf abzielt, die Vollbeschäftigung zu sichern.

Ich darf hier noch auf ein Wort eingehen, das heute hier gefallen ist, die Zinsgeier. Das liest man ja immer wieder — Herr Kollege Heidinger, das trifft Sie — in den Zeitungen. Nur

ein praktisches Beispiel. Wir haben in unserer Gemeinde zwei Wohnhäuser, es wohnen Rentner und Pensionisten drinnen. Die Gemeinde steht vor der Aufgabe, für dieses Haus etwas zu tun. Die Meinung des Bürgermeisters ist die, nein, es ist viel besser, wir verkaufen dieses Haus. Als wir dagegen gewesen sind, haben wir folgende Antwort erhalten von einem Betriebsratsobmann Bürgermeister und Bezirksobmannstellvertreter der SPÖ: Wir haben heute in Österreich eine solche soziale Gesetzgebung, daß sich jeder Rentner heute eine schöne Wohnung leisten kann. Wir haben das nicht vertreten, aber Sie sollen hier nur den Widerspruch sehen. Auf der einen Seite die Zinsgeier und auf der anderen Seite will man solche Häuser abstoßen. (Abg. Groß: „Wo war das, Namen nennen!“)

Der Bürgermeister von Kindberg.

Und nun noch ein praktisches Beispiel. Schauen Sie, wir bauen einen Zubau zur Hauptschule, 8. Klassen. Wir haben nun geglaubt, jetzt werden wir die PAF-Mittel selbstverständlich verwenden können. Ich habe den Baumeister gefragt, wie weit sind wir, da sagt er, ja Sie, die Vorarbeiten sind noch nicht fertig, ich kann nicht weiter arbeiten. Hätte man hier besser geplant, könnte man heute natürlich Leute einsetzen. Sehen Sie, auch diese Dinge soll man sagen, damit es nicht immer heißt, wir von der ÖVP, wir kümmern uns nicht usw. Außerdem darf ich auch noch eines sagen, bitte nicht immer diesen Pessimismus, den Sie hier durchklingen lassen. Glauben Sie mir das eine, wenn sie in unserem Nachbarland Deutschland früher aufwärtskommen, dann aus dem Grund, weil man dort mehr an dem Strang zieht, weil von der SPD und weil von der CDU gemeinsam gesagt wird, wir sind gegen die Schwarzmalerei, wir sind gegen den Pessimismus und der sozialdemokratische Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der vor einer sehr sehr schwierigen Situation steht sagt, ich bin deshalb gegen den Pessimismus, weil ich dadurch verhindere, daß von auswärts in meinem Gebiet Fabriken gebaut werden. Das soll auch einmal gesagt werden.

Und nun darf ich mich einem anderen Kapitel zuwenden und das ist Wasser und Kanalisation. Hier ist festzustellen: Eine wachsende Menschenzahl, vermehrte industrielle Produktion, wachsender Wohlstand — die Reinigungskraft unserer Flüsse ist dem fast nicht mehr gewachsen. Die Verschmutzung nimmt zu und der angerichtete Schaden ist bald nicht mehr zu reparieren. Wir werden unseren eigenen Fortschritt bald nicht mehr einholen. Und die Sorge um reines Trinkwasser muß für uns eine ganz große Sorge sein und übertrifft so manches andere an Dringlichkeit. Denn zu selbstverständlich dreht man oft noch den Wasserhahn auf, zu selbstverständlich findet man es vielfach noch, daß Fäkalien ohne viel zu überlegen in fließende und stehende Wasser abgeleitet werden. Ich darf für die gute Arbeit des Mürzverbandes danken, der bestrebt ist, in einem 10-Jahres-Programm 136 Millionen Schilling zu verbauen und die Mürz von Müzzuschlag bis nach Bruck zu sanieren. Hiezu sind natürlich unerhört große Mittel

vom Bund, Land und selbstverständlich auch von den Gemeinden notwendig. Pro Bewohner der Gemeinden wird ein Betrag von 30 Schilling verlangt. Das muß natürlich für kleinere Gemeinden wie Mürzhofen, Allerheiligen heute bereits eine sehr schwere Belastung darstellen. Auf Grund eines neuen Schlüssels muß man das verdoppeln auf 60 Schilling. Nationalrat Ing. Scheibengraf aus Kapfenberg, Obmann dieses Verbandes, regte eine Erhöhung dieses Mitgliedsbeitrages wie gesagt auf 60 Schilling an und damit eine Gebühr für den Wasserzins von vier Schilling pro m³, für die Abwässer sechs Schilling, das heißt für Zu- und Abführen würde das zehn Schilling bedeuten. Selbstverständlich haben hier die Bürgermeister ihre Bedenken geäußert z. B. werden die Bergbauern von Krieglach sehr wenig Verständnis haben, weil die nämlich heute schon Kanalgebühren zahlen müssen, obwohl dort weit und breit kein Kanal zu sehen ist. Nun, Ing. Scheibengraf regte an, daß man diese vorgeschlagenen Preise von der Landesregierung entsprechend feststellen lassen müsse, damit die Gemeindeverwaltungen keine Schwierigkeiten haben. Ich glaube, das wird nicht notwendig sein, denn es gibt ja letzten Endes doch hier die Gemeindeautonomie und hier wird man nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten auch den Preis beschließen.

Nun, zu den Überweisungen. In diesem Jahr überweist das Land Steiermark den Gemeinden mit 24 Millionen Schilling einen um zwei Millionen Schilling höheren Betrag, als 1967. Die Gesamtsumme stieg von 28 auf 38 Millionen. Man kann selbstverständlich nur in Etappen bauen. Für 14 Bauvorhaben, an denen man jetzt arbeitet, benötigt man bereits 97 Millionen, 35 Neubauvorhaben mit ganz großen Beträgen, Bruck mit 45 Millionen, St. Michael 25 Millionen usw., die benötigen natürlich noch große Anstrengungen. Daß sich manches in Gemeinschaftsarbeit besser lösen läßt, das zeigen die Wasserverbände, die hier bereits geschaffen wurden. Aber in Zukunft muß das Schwergewicht bei uns auf die Abwasserbeseitigung gelegt werden. Das bedeutet, daß man das Grundwasser und die Vorfluter, das sind die Bäche und unsere Flüsse, durch die nötigen Kanalisations- und Kläranlagen vor weiterer Verseuchung bewahrt. Zermatt war ein Alarmzeichen. Es kann über Nacht zu solchen Katastrophen kommen, die die Bevölkerung und den Fremdenverkehr sehr schwer treffen würden. So wird angestrebt, alle Städte und Märkte mit Kläranlagen zu versorgen. Die Kosten einer vollständigen Sanierung würden in Österreich 40 Milliarden ausmachen. Derzeit liegen beim Wasserwirtschaftsfonds Anträge auf 6,5 Milliarden Schilling vor. Man kann sich nur dadurch helfen, daß man Schwerpunktprogramme schafft, um einigermaßen hier durchzukommen. Von der Steiermark laufen derzeit beim Wasserwirtschaftsfonds Anträge für 200 Millionen Schilling. Die Landesbaudirektion läßt nun auch überprüfen, ob nicht durch Raumstudien hier bessere Durchführungen möglich sind. Da werden dann zentrale Reinigungsanlagen geplant und gebaut. Und was sehr erfreulich ist, daß man auch von

dieser Stelle des Landes aus Sorge trägt, daß auch im Winter, soweit es die Witterung zuläßt, Kanalbauten durchgeführt werden, um auch von hier einen Beitrag zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit zu leisten.

Wie schwierig die Wasserversorgung sein kann und welch unerhörten Verschmutzungsgrad Flüsse erreichen können, kann man im Ruhrgebiet erleben. Teilnehmer einer Exkursion des Mürzverbandes konnten hier eine biologische Kläranlage besichtigen, deren gereinigte Abwässer in den nahen Fluß geleitet wurden, an dem, keinen Kilometer weit entfernt ein Wasserwerk Grundwasser aufbereitete. Nun hatten wir alle Verständnis für die kaum zu glaubende Nachricht, daß aufbereitetes Trinkwasser in diesen Gebieten unter Umständen schon sieben Mal durch einen menschlichen Körper geflossen ist. An diesem heißen Tag wurden sehr viele Getränke konsumiert, nur kein Wasser. In der Steiermark schenkt man diesen Problemen Aufmerksamkeit und zwar eine sehr große. Denn wirtschaftlich bestehen enge Zusammenhänge mit dem Fremdenverkehr, doch noch viel wesentlicher ist die Volksgesundheit, die zu erhalten oberstes Gebot unserer Zeit ist. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Pichler das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Lind vorgemerkt.

Abg. Pichler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor ich mich dem Abschnitt 62 „Wohnungsbau“ zuwende, möchte ich einen Auftrag erfüllen, nämlich den, daß ich der Hohen Landesregierung namens der Obersteiermark und besonders des Bezirkes Knittelfeld, an der Spitze dem Herrn Landeshauptmann als Baureferenten und dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter als Finanzreferenten herzlichst dafür danke, daß die Straßen in diesem Ausmaß saniert wurden und wir doch unsere Wünsche nach langem Raunzen und Bitten erfüllt bekommen haben. Sie sehen also, wir stehen keineswegs an, das selbstverständlich anzuerkennen und natürlich auch dafür zu danken. Aber der Hohen Landesregierung im besonderen auch dafür zu danken, daß für die in Knittelfeld seit dem Jahre 1911 anhängige Krebsenbachregulierung nunmehr auch die Vergabe des ersten Bauloses erfolgt ist. Dafür ebenfalls herzlichen Dank. Es werden selbstverständlich die Stadtgemeinde Knittelfeld und die umliegenden Gemeinden gerne ihren Beitrag leisten, um ein solches Gemeinschaftswerk hier positiv zu Ende zu führen und damit weiterhin wertvolle Güter zu schaffen.

Nun, meine Damen und Herren, konkret zum Abschnitt 62. Ich will hier keineswegs polemisieren. Ich will hier auch nicht eingehen auf die Wohnbauförderung 1954 und auch nicht beurteilen, ob nun die bisher gehandhabten Werke gut oder schlecht waren und schon gar keine Prognosen stellen, wie die künftige Wohnbauförderung aussehen wird in finanzieller Hinsicht. Ich möchte diese Frage vielmehr betrachten aus der Schau der Genossenschaften und der Gesellschaften. Die Genossenschaften und Gesellschaften

sind ja eine sehr schätzenswerte und wertvolle Selbsthilfeeinrichtung aus dem Jahre 1873 heraus. Damals hat man erkannt, daß man Genossenschaften braucht. Man hat hierfür damals die erforderlichen Gesetze geschaffen. In der damaligen Zeit haben die Genossenschaften vor allen Dingen ein Genossenschaftsgesetz bereits erhalten, wonach die Möglichkeit bestehen und gegeben werden sollte, daß man für die Arbeiter Wohnungen errichtet um dem entstehenden, immer stärker werdenden Wohnungsmangel irgendwie Herr zu werden. Dieses Gesetz hat natürlich sehr viele Novellierungen durchgemacht und ist so auch im Jahre 1908 einer weiteren Betrachtung unterzogen worden, als anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Josef I. das erste Mal Fondsmittel zur Verfügung gestellt wurden, nämlich insgesamt vier Millionen Kronen. Es hat eine Reihe von Reparaturen an diesem Genossenschaftsgesetz, in weiterer Folge Revisionsgesetz und, wenn Sie wollen, Gemeinnützigkeitsgesetz gegeben. Selbst im Jahre 1940, in der NS-Zeit, meine Damen und Herren, hat man dieses in Österreich bestehende Genossenschaftsgesetz sehr wohl zur Anwendung gebracht und gewußt, es zu handhaben, selbstverständlich nach einem bestimmten Dirigismus, eben entsprechend der damaligen Zeit und sicherlich vielleicht sehr einseitig. 1945 haben wir getrachtet, dieses Gesetz den österreichischen Verhältnissen, die vielfach noch unbekannt waren, anzupassen, um dieses wertvolle Gesetz für uns wieder brauchbar zu machen. Im Jahre 1945 hatten diese Genossenschaften und Gesellschaften, die laut Gesetz bestanden haben, einen Gesamtwohnungsbestand von 59.000 Wohnungen zu verwalten.

Mittlerweile, meine Damen und Herren, ist der Wohnungsbestand dieser Genossenschaften und Gesellschaften auf über 266.000 Wohnungen angewachsen. Bei diesen Genossenschaften und Gesellschaften sind heute etwa 1.400 Geschäftsführer tätig, etwa 1.700 Angestellte finden dort Brot und Arbeit, und rund 2.000 Aufsichtsräte sind dort selbstlos tätig und stellen sich der Allgemeinheit zur Verfügung und leisten einer guten Sache ihren Dienst. Nunmehr gegenübergestellt dieses Genossenschafts- und Gemeinnützigkeitsgesetz dem neuen Wohnbauförderungsgesetz 1968: Dieses Gesetz nimmt uns als Vertreter der Genossenschaften einiges weg. Die Wohnbauförderung 1954, meine Damen und Herren, hatte den Passus in sich, daß die Genossenschaften und Gesellschaften selbstverständlich einen bestimmten Anteil von der gesamten vorhandenen finanziellen Kapazität zur Verfügung bekommen, der für sie faktisch reserviert geblieben ist. Heute jedoch werden die Genossenschaften und die Gesellschaften allen physischen Wohnbauförderungswerbern gleichgestellt. Ich glaube, daß diese Inaussichtnahme der künftigen Handhabung des Gesetzes absolut nicht richtig ist deshalb, weil man nicht sagen kann, sie haben bisher sehr wertvolle Arbeiten auf dem Wohnbausektor geleistet, und nunmehr bräuchte man sie nicht mehr.

Man geht ja noch viel weiter, meine Damen

und Herren! Irgend ein anderer Darlehenswerber unterliegt lediglich der Kontrolle des Darlehensgebers, was er mit seinen Mitteln macht, wie er sie verwendet und ob er sie widmungsgemäß einsetzt. Die Genossenschaften und Gesellschaften hingegen unterliegen natürlich allen Prüfungen wie bisher, nicht durch den Darlehensgeber, sondern selbstverständlich sogar hinauf bis zum Rechnungshof; daß sie vom Verband geprüft werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, denn die Genossenschaften und Gesellschaften wollen sich ja keineswegs der Kontrolle entziehen. Meine Damen und Herren! Die Genossenschaften hatten seit dem Jahre 1945 ein Auftragsvolumen vergeben an die einzelnen Gewerbetreibenden in Österreich von etwa 35 Milliarden Schilling, sie haben auch derzeit noch eine Kapazität pro Jahr von etwa 3,5 Milliarden Schilling. Wenn Sie bedenken, daß hier eine Konzentration von Mitteln zum Einsatz kommt und hier große Bauten aufgeführt werden und damit auch ein bestimmtes rationelles Bauen gewährleistet wird, so bin ich der Auffassung, daß man den Genossenschaften und Gesellschaften für die künftige Zeit mindestens jene Bedeutung beimessen soll, die man ihnen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 beimessen hat.

Nun, die Wohnbauförderung 1968 auch noch aus einer anderen Schau. Wenn man in diesem Gesetzesentwurf von seiten der Landesregierung, von seiten des Landes bereits lesen kann, daß hier die Wohnungsbeihilfe gewährt wird, was sicherlich sehr erfreulich ist, daß bei Aufbringung von Eigenmitteln bestimmte Stützen gewährt werden, so ist dies sehr erfreulich, aber es ist absolut unerfreulich, daß man alle administrativen Arbeiten nunmehr den Genossenschaften aufhalsen will, den Genossenschaften aufhalsen will deshalb, weil man es dort vielleicht am konzentriertesten vorfindet und dabei nicht bedenkt, welcher Verwaltungsapparat und Aufwand erforderlich sein wird. Und bei all diesen Vorhaben möchte ich bezweifeln, ob es auch innerhalb des Landes, in der Landesverwaltung möglich sein wird, all diese individuellen Momente so im konkreten zu bearbeiten, wie es notwendig sein wird, damit, wie der Herr Abg. Dr. Götz gesagt hat, nicht irgendwelche Darlehensnehmer oder Beihilfewerber irgendwie durch die Maschen gehen und die Mittel nicht so sozial und gerecht zum Einsatz kommen, wie wir es uns vorstellen.

Meine Damen und Herren! Aus dieser Schau gesehen, haben die Genossenschaften absolut auch weiterhin ihre Bedeutung. Sie sind auch weiterhin selbstverständlich bereit, ihren Aufgaben gerecht zu werden und ihren Aufgaben nachzukommen, jedoch darf ich bitten, auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß man ihnen die Arbeitsmöglichkeit und die Arbeitsfähigkeit nicht nimmt, sondern sie vielmehr weiterhin unterstützt und hilft dabei, damit sie den Wohnungswerbern gemeinsam mit allen übrigen, die guten Sinnes sind, dienen können. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Lind das Wort.

Abg. Lind: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sehe, daß sich die Bänke ziemlich lichten. Anscheinend dauern die Reden doch sehr lange und das ermüdet scheinbar. Ich werde mich bemühen, mich in meinen Ausführungen ziemlich kurz zu halten. Ich möchte, bevor ich zu meinem Thema komme, auch zum Ausdruck bringen, daß wir nicht nur fordern sollen, sondern auch zum Ausdruck bringen mögen, welche Leistungen bisher im Lande Steiermark erbracht wurden. Obwohl das Land Steiermark unvergleichlich hohe Sozialabgaben übernommen hat, hat es auf dem Gebiete des Straßenbaues große Leistungen erbracht. In der Steiermark wurden, seitdem Landeshauptmann Krainer initiativ ist, Straßen gebaut, die bis über Narvik hinaus reichen würden, es wurden Lichtleitungen errichtet, die südlich des Kongo enden würden. Täglich werden in der Steiermark Millionen von Schillingen verbaut. Nicht flicken, sondern tragfähig gestalten ist der Leitsatz unseres Landeshauptmannes.

Und nun zu meinem eigentlichen Thema, zu den oststeirischen Straßenwünschen. Wenn ich den Blick hier von Süden nach Norden streifen lasse, so möchte ich mit der Straße, die von Gnas über Raning, Krusdorf nach Straden führt beginnen. Der Ausbau dieser Straße wäre von besonderer Bedeutung, weil dann von Feldbach über Gnas, Raning nach Straden und von dort weiter nach Radkersburg eine sehr gute Verbindung geschaffen werden könnte. Auf die Notwendigkeit der Umfahrung der Gemeinden Wilfersdorf und Altenmarkt bei Fürstenfeld sei besonders hingewiesen. Sehr am Herzen liegt uns Oststeirern auch das Straßenstück von Groß-Hartmannsdorf nach Neustift, welches sich gegenwärtig in einem nicht sehr guten Zustand befindet. Wenn diese Straße richtig ausgebaut wird, würde sich sodann eine ausgezeichnete Verbindung von Feldbach über Ilz, Groß-Hartmannsdorf, Neustift im Bezirk Hartberg zur Wechsel-Bundesstraße und somit nach Wien ergeben. Es wäre eine starke Verkürzung damit erreicht. Des weiteren sei erwähnt, daß mit dem Ausbau der Straße von Hartberg nach Pöllau — es wurde bereits begonnen — und von Pöllau weiter über das Schloffereck nach Mistelbach, Birkfeld und von dort über die Schanz in das Mürztal, eine ausgezeichnete Querverbindung, oder auch in nordwestlicher Richtung in die Obersteiermark geschaffen würde. Es würde somit auch die Straße von Bruck nach Graz zum Teil entlastet, da alle Oststeirer, die in die Obersteiermark fahren, dann von Hartberg oder vom nördlichen Teil des Bezirkes Weiz direkt in das Mürztal und somit in die Obersteiermark gelangen könnten. Dasselbe Problem zeigt sich auf der Straße von Rohrbach a. d. Lafnitz über Wenigzell zur Alplstraße in die Obersteiermark. Von Rohrbach bis Bruck a. d. L. wurde die Straße in einen sehr guten Zustand versetzt. Von Bruck a. d. L. bis Waldbach sind Vorarbeiten im Gange und ich bitte darum, daß der Neubau dieser Straße bald in Betracht gezogen wird. Von

Wenigzell zum Wetterkreuz und von dort nach Ratten, dann wieder weiter über das Alpl in das Mürztal. Eine schöne Straße wird von Waldbach nach St. Jakob angelegt und hier sei ebenfalls mein Wunsch, den Ausbau dieser Straße zu beschleunigen. In der Elsenau, in Schäßern sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Hier würde sich eine erstklassige Verbindung nach Niederösterreich ergeben. Im nordoststeirischen Zipfel unseres schönen Landes würde es dann möglich sein, den Fremdenverkehr, speziell aus Wien her in dieses schöne Gebiet anzuziehen. Und umgekehrt den Pendlern, die nach Wien zur Arbeit fahren, eine günstige Kurzverbindung zu verschaffen. Das seien so die wesentlichsten Dinge in Bezug auf die Landesstraßen. Es sei aber erwähnt, daß es noch eine Reihe von kleineren Verbindungsstraßen gibt, die ebenfalls dringend ausgebessert werden müssen.

Nun, zur Wechsel-Bundesstraße selbst. Wie Ihnen bekannt ist, bildet bereits die Wechsel-Bundesstraße eine sehr gute Verkehrsverbindung von Graz über Hartberg nach Wien. Sie wurde zum Großteil schon ganz gut ausgebaut. Aber wesentlich ist, daß die Umfahrungen in Penzendorf, Laßnitz, Rohrbach a. d. L., Schlag bei Talberg oder Talberg—Dechantskirchen, Friedberg fertiggestellt werden. Es würde somit eine sehr günstige Verbindung geschaffen werden, die wir sehr dringend brauchen. (Landeshauptmann Krainer: „Nächstes Jahr im Herbst kannst schon fahren drauf!“)

Danke sehr, das ist eine sehr erfreuliche Mitteilung. Ich möchte aber erwähnen, daß der Ausbau und der Weiterbau der Autobahn von besonderer Bedeutung ist. Vorerst einmal zur Entlastung des Verkehrs von Graz bis Gleisdorf. Diese Fertigstellung der Autobahn von Graz bis Gleisdorf würde schon große Fortschritte zeitigen, aber auch der weitere Ausbau bis nach Wien würde die Oststeiermark, aber auch die gesamte Steiermark, auch das Gebiet von Graz und die Weststeiermark besser dem weltweiten Verkehr anschließen und es wären umgekehrt wieder Möglichkeiten geschaffen, neue Menschen in unser Land zu bringen, neue Betriebe, der Fremdenverkehr würde gefördert, es würde hier für die Steiermark eine sehr wirkungsvolle Sache werden, wenn dieser Autobahnbau gefördert und weiterhin durchgeführt wird.

Nun möchte ich noch auf einige Dinge kommen, die mir auch am Herzen liegen. In bezug auf die Verkehrssicherheit möchte ich betonen, daß es — leider Gottes — noch sehr viele Haltestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln gibt, die äußerst ungünstig angebracht sind. Auf Straßenkuppen, vor Kreuzungen, an unübersichtlichen Stellen und hier ist es sehr angezeigt, daß auch in dieser Frage eine Abhilfe geschaffen wird. Ein gutes Verkehrsnetz ist für unsere Wirtschaft und für alle daran Beteiligten von besonderer Bedeutung. Nur gute Straßen bringen uns der gesamten Welt näher. Nur über gute Straßen kommt der Auslandsgast in unser Land, schöne Straßen sind daher auch für die weitere Belebung des Fremdenverkehrs von besonderer Wichtigkeit. Beim Straßenbau möge, soweit es

die Zustände und Umstände erlauben, auf die Landschaft weitestgehend Rücksicht genommen werden, insbesondere daß diese Straßen richtig in die Landschaft eingefügt werden.

Ich möchte es nicht unerwähnt lassen, daß unsere steirischen Gemeinden für ihre Wegerhaltung sehr große Beiträge leisten und sehr große Opfer bringen müssen. Ich bitte daher, alles daranzusetzen, daß von Seiten des Bundes — schon wieder ist es der Bund — Landstraßen übernommen werden, damit es dem Land Steiermark ermöglicht wird, weitere Gemeindestraßen zu übernehmen und damit auch den Gemeinden ein Teil ihrer Belastungen abgenommen wird.

Abschließend darf ich noch sagen. Die laufenden Strukturveränderungen erfordern ein modernes Verkehrsnetz, erfordern Schnellverbindungen nach allen Richtungen, damit der Pendler von heute morgen kein Pendler im heutigen Sinne mehr ist, damit wieder neue Impulse für die Wirtschaft, für die Landwirtschaft und für alle, die in unserem Gebiet leben, kommen.

Nun noch ein kurzes Wort zur Frage der Eigenheimbauer. Nachdem ich leider feststellen mußte, daß von der sozialistischen Seite wieder ein Peitschenhieb auf die Eigenheimbauer ausgeteilt wurde. Da es hieß, man soll in erster Linie die Genossenschaften berücksichtigen, es wäre sehr unzweckmäßig, die Eigenheimbauer zu fördern, hier möchte ich entschieden zum Ausdruck bringen, daß gerade die Eigenheimbauer mit geringsten Mitteln, mit größten eigenen Opfern, großen Wohnraum schaffen. Daß die Eigenheimbauer selbst initiativ sind, daß diese bei Genossenschaftsbauten keine Eigenleistung in Form der eigenen Arbeitsleistung erbringen können. Und wenn die Eigenheime ausfallen würden, so würde die Wirtschaft einen sehr großen Verlust erleiden, von der Baumaterialienherzeugung angefangen bis zu den Bauhandwerkern, die hier genau so benötigt werden, bis zu den Bauunternehmern usw., weil diese Eigenheimbauer wahrscheinlich nicht in die Lage versetzt werden könnten, sich an einem Genossenschaftsbau zu beteiligen, weil erstens nicht überall Genossenschaftsbauten vorhanden sind und weil sie eben nicht immer das Geld aufbringen, um an solchen Genossenschaftsbauten mitbeteiligt zu sein. Ich möchte also entschieden festhalten, daß der Eigenheimbau von besonderer Bedeutung ist und daß wir unseren Eigenheimbauern, unseren Häuselbauern im Volksmund genannt, besonders unter die Arme greifen müssen. Es sei unser Konzept und unser Leitsatz in der Österr. Volkspartei, daß es jedem einzelnen in unserem Lande möglich gemacht werden muß, sich ein Eigenheim zu schaffen, Eigentum zu schaffen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Das Wort hat Herr Abg. Leitner. Nächster Redner ist Herr Abg. Heidinger.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Auf

Grund des neuen Bundeswohnbauförderungsgesetzes hat der Landtag ein Gesetz über die Zusammensetzung des Landeswohnbauförderungsrates in der Steiermark zu beschließen. Im Gegensatz zu den bisherigen Bestimmungen des Wohnbauförderungsrates, wo die Beschlußfassung eine 2/3-Mehrheit notwendig machte, wird die ÖVP in Zukunft — wie ich schon angeführt habe — mit einfacher Mehrheit alle Beschlüsse in diesem Beirat fassen können, so wie es ihr beliebt.

Dieses Beispiel zeigt schon, daß die ÖVP die äußerst wichtige Wohnungsfrage in der Steiermark (Abg. Bürger: „Glücklich löst!“) zu ihrer alleinigen Sache machen will, und zweifellos nicht umsonst. Die Landesregierung wird außerdem . . . (Abg. Bürger: „Da geht einem ja der Hut hoch bei solchen Sachen. Wir sind ja nicht in Rußland!“)

Kollege Bürger, reden Sie nicht von Rußland, reden Sie vom Nazi-Regime, das Sie mit all Ihrer Kraft verteidigt haben. (Abg. Bürger: „Warum sagen Sie das mir!“)

Weil Sie ein verantwortlicher Funktionär dieser Partei waren. (Abg. Bürger: „Das müssen Sie beweisen!“)

Das kann ich beweisen. (Landeshauptmann Krainer: „Laß dich nicht mit ihm ein, Bürger, es ist ja keine Schande . . .!“)

Eine große Schande. (Abg. Bürger: „Soldat sein heißt nicht Funktionär sein. Ich bin mit 17 Jahren eingerückt!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Die Landesregierung wird schon in Kürze drei Verordnungen beschließen müssen, die bestimmen, wie die Wohnbauförderung in Steiermark zur Durchführung gelangt. Diese drei Verordnungen wurden, so wie der Herr Landesrat Doktor Niederl schon gesagt hat, verschiedenen Institutionen zur Begutachtung zugesendet. Ich bin ebenfalls wie der Herr Landesrat Bammer der Meinung, daß im Zusammenhang mit dem Wohnbauförderungsgesetz besonders zwei Gesichtspunkte im neuen Gesetz und in den Verordnungen erfüllt werden müssen:

1. Es müßten mehr Wohnungen, ja sogar viel mehr Wohnungen gebaut werden als bisher, um die Wartezeit, die jetzt bis zu zehn Jahren beträgt, wesentlich abzukürzen. Es kann doch einer jungen Familie, noch dazu mit Kindern, nicht zugemutet werden, in einem Kabinett oder in einem Zimmer bei den Eltern oder Schwiegereltern oder sogar getrennt zu leben. Zu dieser Frage hat der Herr Landesrat Bammer schon ausführlich gesprochen. Er hat nachgewiesen, daß auf Grund der Wohnbauförderung nicht die Voraussetzungen bestehen, daß mehr Wohnungen gebaut werden, sondern daß die große Gefahr besteht schon ab dem nächsten Jahr, daß statt mehr weniger Wohnungen in Steiermark gebaut werden.

2. Eine Familie müßte einen solchen Zins zu zahlen haben, damit sich der Normalverdiener eine neue Wohnung leisten kann, das würde bedeuten, daß der Zins einer solchen neuen Wohnung nicht mehr als 10 bis höchstens 15 Prozent

des Nettoeinkommens des Familienerhalters beträgt.

Diese Frage möchte ich besonders beleuchten. Es wurde hier schon gesagt, daß es im Gestrüpp der Paragraphen und auch der Punkte in den drei Verordnungen offensichtlich nicht leicht ist, den wirklich sich daraus ergebenden Zins zu errechnen. Selbst für einen Fachmann, der sich schon jahrelang mit den Wohnbauförderungsfragen befaßt und der auch sehr viel Erfahrung hat, ist es schwer zu errechnen, wie hoch der Mietzins in Zukunft auf Grund der neuen Gesetze und Verordnungen sein wird. Aber gerade die Höhe des Mietzinses ist ja eine der wichtigsten Fragen für jeden Wohnungssuchenden, da er die dazu nötigen Mittel aufbringen muß und auch die Mittel, damit er den monatlichen Zins zahlen kann. Daß es schwer ist, den Zins auf Grund des bestehenden Gesetzes und der Verordnungen, die zwar noch nicht beschlossen, aber über die Landesregierung schon veröffentlicht wurden, wie sie sich die Verordnungen vorstellt, möchte ich einen Zeugen nennen, der von der ÖVP nicht abgelehnt werden kann, den Herrn Nationalrat Vollmann. Er hat vor einer ÖAAB-Konferenz zu dieser äußerst wichtigen Frage gesprochen und auf die Frage: Wie hoch werden wirklich die Mietzinse sein? geantwortet hat. Ich kann mich nicht auf den Herrn Abg. Ing. Schaller stützen, dem es offensichtlich nicht gelungen ist, den wirklichen Mietzins herauszurechnen, obwohl er über seine Fachleute einschließlich des Herrn Landesrates Dr. Niederl bessere Möglichkeiten hätte haben müssen. Daß ihm so ein Lapsus, wie er ihm hier aufgezeigt wurde, nicht passieren hätte dürfen. (Landesrat Dr. Niederl: „Das war kein Lapsus!“)

Außerdem, Herr Landesrat, wissen Sie ganz genau, daß der Mietzins nicht nur aus den Rückzahlungsraten, sondern auch — ich komme noch darauf zurück — aus den Betriebskosten besteht, die dazugezählt werden müssen und die sich bei einer solch angeführten Wohnung ungefähr auf 200 Schilling belaufen. Ich möchte deshalb den Herrn Nationalrat Vollmann zitieren, weil es für die ÖVP hier sehr schwer sein wird, das, was dieser Herr vor einer ÖAAB-Funktionärskonferenz gesagt hat, abzustreiten. Ich habe hier die Tagespost und könnte Ihnen meine Behauptung schwarz auf weiß beweisen. (Landesrat Sebastian: „Schwarz auf schwarz!“ — Landesrat Dr. Niederl: „Das kann man nicht lesen!“)

Der Herr Nationalrat Vollmann erklärte, daß er auf Grund der neuen Wohnbauförderungsgesetze — er beruft sich auf das Bautenministerium — errechnet hätte, daß eine Eigentumswohnung — eine Miet- oder Genossenschaftswohnung kostet nämlich mehr — für die ein zehnprozentiger Bau-Zuschuß geleistet werden muß pro m² mit den Betriebskosten 13.50 Schilling kosten wird. Eine 80-m²-Wohnung, das ist eine Dreizimmerwohnung, kostet demnach nach den Berechnungen des Bautenministeriums 1.050 Schilling, eine 60-m²-Wohnung, eine Zweizimmerwohnung daher 789 Schilling. (Abg. Schaffer: „Da sind sicher nicht die Wiener Gemeinde-Wohnungen gemeint damit!“)

Herr Kollege, wenn Sie hier schon den Zwischenruf machen, muß ich Ihnen sagen, daß in Wien eine besondere Wohnbauförderung beschlossen wurde, dort werden nicht nur 60 Prozent des Bauaufwandes gefördert, sondern 80 Prozent. (Landesrat Dr. Niederl: „Aber Gemeinde und Land zusammen!“)

Dadurch ist es möglich, wie die Wiener SP in der Arbeiterzeitung darlegt, ich habe sie auch hier: Nach ihrem Vorschlag 80 Prozent Förderung und 20 Prozent Baukostenzuschuß kostet eine 60- bis 65-m²-Wohnung ca. 460 Schilling mit den Betriebskosten. Wenn ein Wohnungswerber diese 20 Prozent nicht hat und nur 10 Prozent Baukostenzuschuß gibt, erhöht sich sofort der Mietzins um 200 Schilling ungefähr auf 640 Schilling.

Dieselbe Wohnung würde nach dem Vorschlag, wie ihn die Bundesregierung oder die ÖVP macht 1.000 Schilling kosten ohne die Grundkosten, die bekanntlich auch nicht gering sind. Vielleicht wird man einwenden, daß diese Zahlen, die der Herr Nationalrat Vollmann angegeben hat, in der Steiermark etwas anders sind. Er hat aber zu steirischen Funktionären gesprochen. Vielleicht wird man einwenden, daß durch die Subjektförderung des Landes durch eine sogenannte Wohnbeihilfe, wie dies in einer der Verordnungen der Landesregierung festgestellt wird, eine Wohnung für Wohnungswerber mit niedrigem Einkommen doch billiger sein wird. Ich möchte die ÖVP-Funktionäre wirklich ersuchen, vielleicht kann Herr Landesrat Dr. Niederl am Schluß dieser Debatte einige Beispiele bringen, nicht Extrembeispiele, wie es der Herr Abg. Schaller getan hat, sondern Normalbeispiele, weil doch bei uns die Arbeiter und Angestellten, jüngere oder ältere ungefähr zwischen 2.500 und 3.000 Schilling netto verdienen.

Das ist die große Masse der Arbeiter und Angestellten. Man muß auch bedenken, daß in dieser Verordnung nicht nur der Gehalt oder der Lohn des Familienerhalters zur Grundlage genommen wird, sondern das Familieneinkommen. Dadurch werden sehr viele, vor allem junge Ehepaare, wo ja bekanntlich in den meisten Fällen Mann und Frau arbeiten, doch zu einem Familieneinkommen kommen von 3.000 Schilling und mehr. Dann fällt die Wohnbeihilfe entsprechend. Der Herr Abg. Schaller hat ein Beispiel genommen, wonach ein Familienerhalter mit drei Kindern 1.700 Schilling netto verdient. Meine Damen und Herren! Natürlich würde gerade so eine Familie besonders eine neue Wohnung brauchen, vor allem schon deswegen, weil in diesen neuen Wohnungen doch ein Bad mit eingeplant ist, gar nicht zu sprechen von einem Wohnzimmer usw. Aber Herr Abg. Schaller, wenn Sie ein so extremes Beispiel anführen, möchte ich Ihnen sagen, daß ein Rentner, man kann sie auch Pensionisten nennen, mit einer Mindestrente bei zwei Personen von etwas über 1.400 Schilling finanziell sich besser steht als ein Familienvater mit drei Kindern, der nur 1.700 Schilling verdient. Damit möchte ich beweisen, daß eine Familie wie sie Ing. Schaller anführt nicht imstande ist, sich eine neue Wohnung zu beschaffen. Deswegen ist das ein Extrembeispiel, das

außerdem gar nicht gestimmt hat, kein Normalfall. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe ja drei Beispiele angeführt, da müssen Sie von den beiden anderen auch reden mit Einkommen von 3.000 und 4.000 Schilling!“)

Ich habe nur eines gehört. Ich möchte weiters darauf verweisen, daß das Bautenministerium bei seinem Beispiel eine 60prozentige Förderung der Gesamtbaukosten rechnete, während es in der Steiermark nach den Veröffentlichungen in ÖVP-Zeitungen nur 50 Prozent sein sollen. Laut Tagespost wird groß geschrieben „50 Prozent können gefördert werden“. Aber überlegt sich die Landesregierung zumindest eine 60prozentige Förderung, so wäre das nicht schlecht. In der Verordnung über die Gesamtbaukosten heißt es im § 2 Abs. 4, — dieser Vorschlag einer Verordnung wurde ausgeschickt, ich weiß nicht, ob sie noch gilt — ausdrücklich, daß im Falle einer nachträglichen Erhöhung der Gesamtbaukosten, so z. B. wenn die Lohn- und Materialpreise steigen, eine Nachforderung nicht gewährt wird. Das heißt, daß diese zusätzlichen Kosten der Wohnungswerber zu tragen hat.

Es ist bekannt, daß es sehr wenige Bauten gibt, wo die Kalkulation mit der Abrechnung übereinstimmt. Auch in diesem Falle wird der Wohnungswerber gezwungen sein, die Mehrausgaben durch teure Darlehen abzudecken, wodurch sich der Zins wieder erhöht. In der Verordnung über die Gewährung einer Wohnbaubehilfe § 2, 3 b heißt es, daß für die Tilgung und Verzinsung der Eigenmittel und der Grund- und Aufschließungskosten anfallende Beträge sowie die Betriebskosten nicht in die Berechnung der Wohnungsaufwandsbelastung herangezogen werden dürfen. Das heißt, daß der Wohnungswerber keine öffentlichen Darlehen für die Grund- und Aufschließungskosten bekommt, die der Herr Abg. Schaller zwischen 20 und 30.000 Schilling wahrscheinlich in den meisten Fällen etwas zu gering eingeschätzt hat, aber die wieder der Wohnungswerber zur Gänze über eine Bank oder eine Sparkasse aufnehmen muß, worauf wieder ein neuer Posten entsteht und der Zins erhöht wird. Wenn man alle diese zusätzlichen Ausgaben, die es zweifellos in einer sehr großen Anzahl von Fällen geben wird, in Betracht zieht, und die nicht gefördert werden, so wird man nicht fehlgehen, daß eine Wohnung mit 60 m² nicht 789 Schilling, sondern mehr, 1.000 Schilling und noch mehr kosten wird. Ein junges Ehepaar mit einem Kind, braucht mindestens eine Zweizimmerwohnung. Ob es auf die Dauer aber diesen Zins aufbringen kann, das steht auf einer anderen Seite.

Der Herr Abg. Pichler, forderte mich voriges Jahr bei der Budgetdebatte auf, hinzuhören, als er sagte, die Sozialistische Fraktion sei der Ansicht, daß der Wohnungszins für eine Familie auf Grund des Einkommens des Familienerhalters nicht höher als zehn Prozent sein dürfte. Ich bin auch dieser Meinung. Sein Parteigenosse, der frühere Staatssekretär Weikhard, sprach bei der Beratung des neuen Wohnbauförderungsgesetzes im Nationalrat bereits von 15 Prozent und die Wiener Sozialisten, die gegenüber Steiermark

eine viel bessere Wohnbauförderung haben, und nicht 60, sondern 80 Prozent fördern. (Landesrat Dr. Niederl: „Als Gemeinde und Land!“)

Ja aber doch.

Ja, der Herr Dr. Götz hat selbst gesagt, seit fünf Jahren ist die Förderung danebengegangen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Niederl.)

Herr Landesrat, wenn die ÖVP über den Finanzausgleich und auch die Landesregierung die Stadt Graz nicht so benachteiligen würden, dann wäre es möglich, Sie kennen das Sprichwort: „Wo nichts ist, da hat selbst der Kaiser das Recht verloren!“ Die Miete, die man für einen Wohnungswerber in Steiermark auf Grund der neuen Verordnungen als zumutbar hält, das ist eine Zumutung. Oder ist, meine Damen und Herren, Ihrer Meinung nach einem Familienerhalter mit 3.000 Schilling Nettoverdienst zumutbar, wenn er gleich 33 Prozent seines Einkommens für die Miete ausgeben muß? Wie sind solche horrenden Mieten mit all den Versprechungen vereinbar, die jungen Leuten und anderen Wohnungssuchenden besonders vor den Wahlen gegeben wurden? Können solche Mieten noch sozial genannt werden?

Oder ist es gar schon an der Zeit, den Begriff „sozial“ aus dem Vokabular der Wohnungswirtschaft zu streichen? Die ÖVP-Mandatare sprachen auch immer davon, daß das künftige Wohnungsförderungsgesetz besonders auf die Familien mit Kindern Rücksicht nehmen wird. In der Verordnung über die Gewährung einer Wohnbeihilfe wird aber durchschnittlich pro Kind nur ein Prozent von der zumutbaren Wohnungsaufwandsbelastung berechnet, das sind pro Kind zwischen 20 und 30 Schilling im Monat. Wer kann da behaupten, daß diese Bestimmungen familienfreundlich sind? Die Verordnungen sind schon ein paar Wochen in den Händen der verschiedenen Interessenverbände, u. a. auch in der Hand der Arbeiterkammer. Mich wundert, daß über diese Verordnungen bisher nur in der ÖVP-Presse geschrieben wurde, während die SPÖ-Presse es bis jetzt ängstlich vermieden hat, die Öffentlichkeit über die Absichten der steiermärkischen Landesregierung zu informieren und Vorschläge zu machen und Alternativen zu zeigen und die ÖVP zu zwingen, daß sie zumindest alle jene Bestimmungen in den drei Verordnungen abändert, die schlechter sind, als dies vom Bundes-Wohnbauförderungsgesetz her zwingend vorgeschrieben wird. (Landesrat Doktor Niederl: „Da wird die Bevölkerung schauen, wenn sie das erfährt!“)

Die werden schauen. (Landesrat Dr. Niederl: „Wenn Sie sagen, die Verordnung ist schlecht!“)

Der Herr Landesrat Bammer hat ja hier erklärt, mit den 50 Prozent ist seine Fraktion nicht einverstanden. Offensichtlich wird das auf Druck von verschiedenen Interessenverbänden von unten her doch abgeändert werden. Die große Sorge des Herrn Landesrates Bammer ist allerdings nur, daß dann auf Grund der anderen Bestimmungen der Verordnungen und auf Grund der Haltung der Bundesregierung immer weniger Mittel zur Verfügung stehen werden, daß es dazu kommen könnte, wo überhaupt nichts mehr

gefördert werden kann. Meiner Ansicht nach müßte die sozialistische Fraktion große Sorgen haben, mit diesen Förderungsbestimmungen, da ein großer Teil der sogenannten Normalverdiener in größte finanzielle Schwierigkeiten kommen wird, sie müßten ein Drittel ihres Einkommens, soweit es den Familienerhalter betrifft, für Miete ausgeben. Meiner Ansicht nach müßte die SPÖ, nachdem sie das Bundes-Wohnbauförderungsgesetz im Parlament abgelehnt hat, auch den Ausführungsverordnungen der Steiermärkischen Landesregierung, die erst beschlossen werden sollen, die Zustimmung verweigern. Den Kampf um ein besseres Wohnbauförderungsgesetz und bessere Verordnungen zu führen, ist eine dringende Aufgabe aller Arbeiterparteien und der Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten.

3. Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Heidinger. Nächster Redner ist der Herr Abg. Hofbauer.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Leitner hat mir fast alles weggeredet, nicht an Inhalt, aber an Zeit. Ich werde mich daher bemühen, außerordentlich kurz zu sein. Nur eine kleine Anmerkung zum Herrn Kollegen Loidl, vielleicht, wenn Sie die Lektüre da inzwischen einstellen, daß Sie nicht falsch verstehen eventuell. Sie haben mit Recht verschiedene Probleme der Bauwirtschaft angezogen. Ich möchte aber auf der anderen Seite auf zwei Faktoren hinweisen:

1. daß das Bauvolumen in den letzten Jahren so außerordentlich gestiegen ist. Ich könnte Ihnen die Reihe vordekklamieren, nur die letzten Jahre 14 Prozent, 15 Prozent, 10 Prozent nominal und real immerhin 11, 4 und 6 Prozent. Daß irgendwo einmal diese Kurve abflachen muß, das wird sich nicht vermeiden lassen;

2. ist festzustellen, daß das Vorjahr, das Jahr 1966 ein außerordentlich gutes Baujahr gewesen ist. Es heißt, das Bauvolumen ist 1966 viel stärker gestiegen als im Jahr vorher. Real betrug der Zuwachs sechs Prozent — so das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung. In den letzten Heften steht, daß wohl die Saison verspätet angelaufen ist aus den Gründen, die wir alle wissen und die letztlich nicht der Staat, die öffentliche Hand, sondern diejenigen zu verantworten haben, die da vielleicht doch nicht ganz so gewesen sind, daß man nicht Zweifel haben konnte. Und nun ist das Bauvolumen voll in Schwung gekommen, und Sie haben auch anerkennend vermerkt, daß das Land schon jetzt eine Menge Bauarbeiten für das nächste Jahr finanziell gesichert und auch schon ausgeschrieben und vergeben hat, oder in den nächsten Tagen vergeben wird, so daß wir mit Ihnen hoffen, daß im Jahre 1968, soweit die Witterung es erlaubt, die Bausaison früh und vehement einsetzt. Wir sind uns völlig klar, daß die Bauwirtschaft ein Schlüssel zur Krisenbekämpfung ist. Eine Dissertation an der Hochschule, an der ich mitgearbeitet habe, hat diesen Titel gehabt, ich

habe mich also schon sehr früh mit diesen Dingen beschäftigt.

Und nun zu den Straßen in der Region Süd-West, das sind die Bezirke Voitsberg, Deutschlandsberg und Leibnitz. Eine kurze Vorbemerkung: Die Finanzierung der Landesstraßen weicht von den sonstigen Straßenbaufinanzierungen erfreulich ab. Während wir sonst praktisch nur aus zweckgebundenen Mitteln, Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer, die Straßenbauten dotieren können, hat das Land praktisch 50 Prozent Zuschuß aus dem allgemeinen Steuertopf.

Das darf hier auch vermerkt werden. Ein kleiner statistischer Blick auf die drei Bezirke, wir haben rund 190 km Bundesstraßen, das sind 15 Prozent der steirischen Bundesstraßen, 654 km Landesstraßen oder mehr als 20 Prozent und dann über 3.000 km Gemeinde- und sonstige Straßen. Von diesen Straßen sind die Bundesstraßen praktisch 100prozentig bis auf die Ausbaustrecken an der Soboth und am Radlpaß und die Landesstraßen sind zu 80 Prozent staubfrei. Ich stimme mit Kollegen Zinkanell überein, wenn er als Hauptziel und Schwerpunkt für den Straßenbau im Bezirk Deutschlandsberg, ich erweitere das auf die ganze Region, das Öffnen nach Nord und West stellt. Daher müssen wir in erster Linie, den Fortsetzungsbau der Autobahn Süd über die Pack, weiters den raschen Ausbau der Soboth-Bundesstraße, die Radlpaßrampe mit Anschluß an das Drautal, hier hat es allerdings nur einen Sinn, wenn wir, mit den Jugoslawen abgestimmt, diesen Bau durchführen und letztlich die Gaberl-Landesstraße, über die auch schon wesentlich gesprochen wurde, ausbauen. Noch eine kleine Anmerkung. Die Bundesstraße 70, zwischen Mooskirchen und Köflach, also zwischen der seinerzeitigen Autobahnabfahrt Mooskirchen und zwischen Köflach, wird zeitgerecht ausgebaut werden müssen, weil sonst der Ausbau der Gaberl-Landesstraße nichts hilft, mit dem Ziel, den obersteirischen Verkehr wenigstens soweit er Pkw-Verkehr ist, auf die Gaberlstraße abzulenken, weil dann der Flaschenhals zwischen Mooskirchen und Köflach, die Straße ist heute schon sehr belastet, zu einer restlosen Verstopfung führen würde. Und eine weitere Verbesserung nach dem Westen, vor allem für den Raum Deutschlandsberg, könnte durch die Umlegung der Steilrampe der Heilmstraße, erreicht werden. Ebenso wichtig ist die Transitstraße Autobahn Satledt—Spielfeld, darüber wurde schon gesprochen, es wird aber notwendig sein, im Zuge dieser Straße — ich darf hier auf eine Anfragenbeantwortung im Landtag zurückkommen — daß wenigstens die Umfahrung Wildon, das sind ca. 10 km in diesem Straßenzug bevorzugt ausgebaut werden, weil es sonst passieren wird, daß man für eine halbe Lösung viel Geld ausgeben muß. Die Durchfahrt durch Wildon und über den Wildonerberg sind auf dieser auch sehr stark frequentierten Transitstraße ein kaum mehr zu überwindendes Hindernis.

Wir dürfen mit Freude feststellen, daß die Lokalstraßen besonderer Bedeutung, sowohl Bundes- als auch Landesstraßen weitgehend aus-

gebaut sind. Ich darf nur verweisen auf die Grenzland-Bundesstraße, Karnerberg und das neue Baulos Arnfels—Unterhag. Ich darf verweisen auf die Radl-Bundesstraße, wobei ich gleich die Wünsche nach der Umfahrung Frauental—Stainz und damit ein Schwerverkehr in Richtung Autobahn und Graz wirklich möglich ist, auch den Wunsch nach Kriechspuren, wo irgend technisch möglich anmelden möchte, weil die Straße leider ziemlich steil über hügeliges Gelände führt. Der Sulmtalausbau ist im Gange, das Baulos Gleinstätten—Altenmarkt finden Sie ja heuer im Budget, ebenso ist der zügige Ausbau der Straße von Arnfels über Gleinstätten, Groß-Florian—Stainz nach Mooskirchen zu begrüßen, der heute schon auf die zukünftige Autobahnauffahrt Rücksicht nimmt. Allerdings, und das möchte ich hier in aller Offenheit sagen, sollten solche Fehlplanungen wie sie bei der Rampe von Gleinstätten, Richtung Gündorf, also der Aufstieg aus dem Sulmtal, geschehen ist, nicht passieren. Es ist nicht notwendig, daß in einem solchen Gebiet Steigungen von über zehn Prozent hineingenommen werden. Da wird mich kein Techniker davon überzeugen, daß das notwendig war.

Wenn ich noch kurz eine Notwendigkeit für die nächsten Jahre erwähne, so ist es der Vollausbau der Kainachtal-Landesstraße Wildon—Lieboch, die zwar als eine der ersten Landesstraßen seinerzeit staubfrei gemacht wurde, aber den heutigen Verkehrsbelastungen und vor allem den zukünftigen Verkehrsbelastungen, wenn man die Entwicklung im Raum Wildon, aber auch eventuell die Entwicklung in Lannach im Zuge der Pipeline im Auge hat, nicht mehr gerecht werden wird.

Schließlich darf ich noch einige kleine Lokalwünsche anmelden. Es sind dies die Staubbefreiung und Verbesserungen von Lokalstraßen, die Landesstraßen sind, die aber vornehmlich dem Fremdenverkehr dienen und ich bin auch der Überzeugung, der Herr Kollege Zinkanell hat das ja sehr ausführlich gesagt, daß der Raum der Koralm und auch der Gleinalm noch viel mehr als bisher als Fremdenverkehrsgebiet ausgebaut werden kann. Ich darf hier auf die Straße Köflach—St. Martin am Wölmißberg—Edelschrott verweisen, ich darf mit Freude vermerken, daß der Ausbau der Glashüttenstraße ab Herdhütte vorgesehen ist, ebenso der Ausbau der Straße Schwanberg—St. Anna und ich darf schließlich noch die Wellinggrabenstraße erwähnen, denn die anschließenden Gemeindestraßen und Güterwege sind wesentlich besser ausgebaut, als diese Landesstraße.

Nun liegt mir noch etwas am Herzen, mit wenig Kosten. Es kann sehr viel mehr Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs erreicht werden, wenn neuralgische Punkte beseitigt werden. Ich darf hier auf den seinerzeitigen Antrag unserer Fraktion verweisen, daß Standspuren vermehrt vorgesehen werden. Im Zuge der Straße B 67, das ist also die Bundesstraße Graz—Spielfeld, sind leider eine Reihe neuralgischer Punkte, wo solche Standspuren nicht oder unzureichend vorhanden sind. Ich will mir die Aufzählung er-

sparen, möchte aber bitten, daß diesem Gebiet besondere Beachtung seitens der Bundesstraßenverwaltung geschenkt wird. Ein ebenfalls, allerdings größeres Bauvorhaben in dieser Hinsicht, wird der zeitgerechte Ausbau des Knotens Lieboch im Zuge der Bundesstraße 70 mit Abzweigung Radlpaß-Bundesstraße sein. Im übrigen darf ich doch sagen, daß das Land besonders, aber auch der Bund sehr viel für den Straßenbau tut und gerade in unserer Region ist schon sehr viel geschehen bzw. sehr viel im Bau, hoffen wir, daß das auch in Zukunft so bleibt. (Beifall.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abg. Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort. Ihm folgt der Herr Abg. Dipl.-Ing. Fuchs.

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich auch betont kurz halten und ursprünglich wollte ich mich zu diesem Kapitel überhaupt nicht melden. Aber nachdem ich gestern und heute über die einzelnen Abgeordneten von allen Seiten gehört habe, wie intensiv sie ihre Straßenwünsche vorbringen, habe ich mich doch entschlossen, kurz einige Worte zu sagen. Hoher Landtag! Ich bin die vierte Periode in diesem Haus und das hat mich bewogen, die Intensität in solchen Sachen und die Dringlichkeit der Abgeordneten, wie sie ihre Vorschläge vorgetragen haben, besonders zu vermerken. Wir haben in diesem Hohen Haus beim 2-Milliardenbudget Höhepunkte erlebt, in diesem Jahre erleben wir den Höhepunkt, weil wir die 3-Milliardengrenze überschritten haben. Sehr, sehr viele Probleme wurden in diesem Hohen Haus gemeistert, aber eines, sehr verehrte Damen und Herren, nicht. Und das seit 14 Jahren nicht. Ich verhehle nicht, daß sehr viel auf dem Gebiete des Straßenbaues geschehen ist aber in punkto Übernahme von Gemeindestraßen in Landesstraßen, Hohes Haus, sind praktisch vielleicht, ich kann es nicht genau sagen, 20 oder 30 km, vielleicht werden es auch 50 sein (Landeshauptmann Krainer: „300 km Herr Kollege!“) übernommen worden. Ja, ist durchaus möglich, Herr Landeshauptmann, beschlossen würden sehr wenige. Ich entsinne mich genau der Debatten: von 1953 bis 1958 wurden wir getröstet mit der Staubbefreiung, solange die letzten Landesstraßen nicht staubfrei gemacht werden, sei das Land Steiermark nicht in der Lage, neue Straßen zu übernehmen. 1957 oder 1958 kam der Gedanke und auch der Antrag an das Hohe Haus, solange der Bund nicht 500 km Straßen übernimmt, sei das Land Steiermark nicht in der Lage, Landesstraßen zu übernehmen.

Seit dieser Zeit sind wiederum 10 Jahre ins Land gezogen, und ich weiß es nicht, ich habe es nicht gezählt, ich allein habe 15 oder 20 Anträge auf Übernahme von Straßen eingebracht, und das dürfte wohl jeder im Laufe der Jahre gemacht haben. Übernommen wurden sehr, sehr wenig. (Abg. Leitner: „Aber der Landeshauptmann Krainer hat etwas anderes versprochen!“)

Daher meine Bitte an die Regierung: So vieles,

wie schon erwähnt, ist in diesen Jahren geleistet worden. Wir werden uns auch in Zukunft nicht darauf verlassen können, das haben wir im Finanz-Ausschuß gehört, daß uns der Bund in der nächsten Zeit Straßen abnimmt, aber ich möchte an die Regierung appellieren, sich in die Lage eines Abgeordneten zu versetzen, wenn man durch x Wahlperioden hindurch Straßenwünsche einbringt, man weiß ja nicht mehr, was man in der Öffentlichkeit dazu sagen soll. (Landeshauptmann Krainer: „Nicht so viele Anträge einbringen!“)

Wir haben nicht mehr und nicht weniger eingebracht, als die ÖVP und, Herr Landeshauptmann, ich traue mich zu wetten, daß kein Abgeordneter, ob rechts oder links, leichtfertig einen Antrag auf Straßenübernahme eingebracht hat. Es wird jeder Abgeordnete des Hohen Hauses sicherlich von seiner Bevölkerung und seinem Gebiet einen Auftrag erhalten haben und erst auf Grund dieses Auftrages den Antrag eingebracht haben. Ich würde wirklich bitten, daß man sich bis zur nächsten Budgetberatung intensivst damit befaßt, wie in Zukunft Gemeindestraßen übernommen werden sollen. (Abg. Leitner: „Das wurde für heuer versprochen vom Herrn Landeshauptmann!“)

Herr Landeshauptmann, Sie wissen ganz genau, da sind Gemeinden dabei, die alles eher als finanziell stark sind. So viele Hilfen haben wir in diesen 14 Tagen gegeben, aber echte Hilfen für die Gemeinden, also Entlastung durch Straßenübernahmen, wurden meines Erachtens sehr wenig gegeben. Und das ist meine wirkliche Bitte, sich von diesem Budget zum nächsten Budget zu entschließen — 14 Jahre warte ich darauf, daß wir doch im nächsten Budget erfahren, daß die Möglichkeit besteht, einige Gemeindestraßen vom Land zu übernehmen.

Das ist mein kurzer Beitrag zur Gruppe 6 (Beifall.)

3.Präsident: Der Herr Abg. Dipl.-Ing. Fuchs hat das Wort. Nächster Redner ist der Herr Abg. Stöffler.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich auf einen ganz kurzen Beitrag beschränken, der nur erläuternd, ergänzend und aufklärend wirken sollte. Eigentlich habe ich vorgehabt, dem Herrn Vizebürgermeister DDr. Götz auf sein Wohnbaureferat, das er hier gehalten hat, zu antworten, aber nachdem er nicht da ist, werde ich es bei einer Bemerkung bewenden lassen. Der Herr Abg. DDr. Götz hat es beklagt, daß im neuen Gesetz drinnen steht, daß nur jeder Österreicher eine geförderte Wohnung haben darf. Er hat gefragt und es sehr bezweifelt, wie es den möglich sein wird, dies zu überprüfen. Er hat des weiteren auch gesagt, daß man doch unbedingt anregen müßte, daß leerstehende Wohnungen entsprechend höher bewertet werden; eine Maßnahme, die durchaus richtig ist. Nur frage ich mich, ob dies mit einem geringeren Personalaufwand zu überprüfen sein wird als die Frage, ob jemand zwei geförderte Woh-

nungen hat. Denn es wird dabei nicht nur darauf ankommen, daß man möglicherweise, wie der Herr Landesrat Bammer gesagt hat, eine Zentralkartei anlegen müßte, sondern hier würde es Inspektoren geben müssen, um festzustellen, daß sie wirklich leer sind. So erfreulich diese Anregung, die übrigens nicht zum ersten Mal hier vorgebracht wurde, ist, muß ich doch zu bedenken geben, daß sie noch wesentlich undurchführbarer ist als das, was er angezweifelt hat. Die Krücke, die der Herr Vizebürgermeister DDr. Götz uns angeboten hat, wenn er meint, daß wir uns auf die Opposition, in diesem Falle auf die Freiheitliche Partei stützen sollten, wäre bestenfalls eine Krücke — ich darf hinzufügen — eine sehr morsche Krücke, auf die wir uns lieber nicht verlassen wollen. (Landesrat Bammer: „Aber in Oberösterreich schon!“)

Das Ziel hat er erreicht. (Abg. Scheer: „Warum? — Landesrat Bammer: „Daß sie in Oberösterreich hält, dafür betet ihr!“)

Ich rede jetzt von der Bundesregierung. (Landesrat Sebastian: „Hängt damit zusammen!“ — Abg. Scheer: „Was meinen Sie mit der morschen Krücke?“)

Herr Kollege, wenn Sie es wissen wollen, eine etwas unverlässliche Krücke wäre das für uns. (Abg. Scheer: „Da ist aber ein ganz großer Unterschied zwischen verlässlich und unverlässlich und morsch und nicht morsch!“)

Wenn etwas morsch ist, dann ist es unverlässlich. Aber der Herr Abg. DDr. Götz hat erreicht, was er wollte, nämlich den Applaus vom Kollegen Leitner bis ungefähr vor dem Kollegen Heindinger, und um das ist es ihm ja im wesentlichen gegangen dabei.

Was ich aber eigentlich sagen wollte, war das: Es ist zweimal in dieser Debatte der Eindruck erweckt worden, daß die Unternehmer im übermäßigen Maße vom Staat mit Wohltaten beteiligt worden. Es hat der Abg. Groß gesagt, daß die Unternehmer insgesamt 2 Milliarden Schilling bekommen hätten oder bekommen werden — und er meint glaube ich hier die Wachstumsgesetze. Es dürfte hier eine Verwechslung vorliegen. Es sind nicht die Unternehmer, sondern bestenfalls die Unternehmungen und wem kommt das in erster Linie zugute? Natürlich auch denen, die dort beschäftigt sind. Das war nur ein Lapsus.

Das, was der Herr Kollege Loidl gesagt hat, war schon etwas ernster. Dazu möchte ich auch noch etwas sagen. Die Unternehmer haben zweifelsohne — und damit ist es mir jetzt sehr ernst — ihren Beitrag am Wiederaufbau dieses Landes geleistet so wie jeder andere Berufsstand in diesem Lande. Und wenn heute ein Abgeordneter sagen kann, daß die Bundesregierung — und er meint damit die jetzige Bundesregierung, ich glaube nicht die vergangene, das Menschenmöglichste für die Unternehmer getan hätte, nicht aber für die Arbeitnehmer, so muß ich das aufs entschiedenste zurückweisen. Ich habe die Herren, die da sitzen, von der Bank aus gefragt, ob sie das wirklich glauben. Ich habe weder eine bejahende noch eine verneinende Antwort bekommen, weil sie mit dem Herrn Kollegen Loidl wahrscheinlich nicht disharmonieren wollten.

(Abg. Heidinger: „Man darf doch nur in der Kanzel reden!“ — Abg. Leitner: „Das ist Klassenkampfideologie!“)

Es könnte fast so aufgefaßt werden, Herr Kollege Leitner, und deshalb habe ich geglaubt, ich muß es richtigstellen, und wenn ich nicht dabei unterbrochen werde, bin ich auch sehr schnell fertig damit. Es ist dann auch gesprochen worden von der Unternehmerinitiative, die man nicht gar so hoch preisen sollte. Da bin ich aber doch ganz anderer Meinung, weil ich glaube, daß die Unternehmerinitiative eine der wertvollsten Kräfte dieses Landes ist. (Landesrat Sebastian: „Einverstanden!“)

Denn es war die Initiative der österreichischen Unternehmer (Landesrat Sebastian: „Diese Formulierung nehme ich zur Kenntnis!“) die den Arbeitswillen und den Aufbauwillen so gelenkt hat, daß wirklich etwas herausgekommen ist. Es ist weiters die Initiative der österreichischen Unternehmer, die von Peking bis zum Nordkap und von Südafrika bis Südamerika herumfahren, um Aufträge hereinzubringen in einer Zeit, in der auf der ganzen Welt eine gewisse Wirtschaftslaute eingetreten ist. Und wenn wir heute in Österreich Beschäftigungsverhältnisse haben, die zum Teil günstiger sind als in unseren Nachbarländern, dann ist es unter anderem auch Schuld der Unternehmer und ihrer Initiative. Und ich möchte Ihnen — ich hätte das sonst nicht gemacht — doch einige besondere Beispiele von Unternehmerinitiative in der Steiermark jetzt mitteilen, weil ich glaube, daß wir viel zu leichtfertig über die Dinge manchmal urteilen. (Abg. Loidl: „Sie haben mich völlig mißverstanden. Es ist überhaupt nicht die Rede gewesen, daß die Unternehmer keine Initiative hätten. Ich habe gesagt, es ist Aufgabe der Regierung, diese Unternehmerinitiative zu ermöglichen für eine gesunde Wirtschaft!“)

Herr Kollege Loidl, ich glaube, Sie haben so gesagt: Man sollte endlich aufhören, das übermäßig zu preisen. (Abg. Leitner: „Was ist mit meinem Vorschlag?“ — Abg. Pözl: „Der Leitner will kein Kommerzialrat werden!“ — Abg. Loidl: „Es sind gerade die Bauunternehmungen, die die meiste Initiative entwickeln müssen, das wissen wir ganz genau!“)

Aber es ist doch so herausgekommen, als ob man zuviel über die Unternehmerinitiative sprechen würde, und um diesen Eindruck zu verwischen, in Ihrem Sinne, wie ich sehe, möchte ich also jetzt etwas über diese Initiative sagen. Ich glaube, wir sind ja da gar nicht so verschiedener Meinung. Es gibt in der Steiermark ein Beispiel, wo durch Initiative eines Unternehmers, und zwar des Präsidenten Dr. Peter Reininghaus und der ihm unterstehenden Reininghaus und Gösser-Brauerei eine Maßnahme auf dem Struktursektor gesetzt wurde, die ohne einen Schilling öffentliche Mittel zu kosten immerhin heute 93 Familien eine neue Lebensbasis gegeben hat.

Sie alle kennen den Hopfenanbau in Leutschach, der durch die Privatinitiative des Präsidenten Dr. Reininghaus ins Leben gerufen wurde und wo heute auf 70 ha 93 Familien insgesamt 275.000 Hopfenstöcke betreuen und eine jähr-

liche Ernte von 85 bis 100 Tonnen an Trockenhopfen hervorbringen. Diese Maßnahme ist ein sehr gutes Beispiel dafür, was mit Initiative zu erreichen ist und so sehr ich und wir alle jede gesetzliche Maßnahme auf diesem Sektor begrüßen (Landeshauptmann Krainer: „Es gibt einen Herrn Fuchs, Ingenieur und Abgeordneter, der auch eine solche Initiative bewiesen hat!“)

Herr Landeshauptmann, keine Zwischenrufe von der Regierungsbank! Es ist weiters die Initiative von Firmen, wie der Firma Humanic, die in Radkersburg, in Eibiswald und anderen Orten ihre Betriebe aufmachen und damit doch Wesentliches beitragen. Ein Gesetz auf diesem Gebiet ist nur so gut wie die Unternehmer, die es dann zu nützen verstehen, zum Interesse der Bevölkerung in den Teilen des Landes, in denen diese Betriebe errichtet werden. (Landeshauptmann Krainer: „Ich kenne noch einen, der heißt Abmann, der hat 3 Betriebe errichtet.“)

Ja, der ehemalige Kollege von uns, der Gewerke Abmann. (Landesrat Sebastian: „Ich bin ja dafür, Herr Kollege, aber Sie haben jetzt aufgezählt, ohne öffentliche Mittel!“)

Das macht nichts, die öffentlichen Mittel sind kein Schaden, solange sich noch ein Unternehmer findet, Herr Landesrat, der mit den öffentlichen Mitteln ordentlich wirtschaftet, sollten wir froh sein.

Besonders wenn ich höre, wie die Herren Referenten ihre eigene Arbeit, nicht zu unrecht, loben und auch bestrebt sind, das, was sie leisten, der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, dann glaube ich, verdienen es auch unsere Unternehmer, wenn man ihre Arbeit öffentlich würdigt und bei den Formulierungen in dieser Hinsicht etwas vorsichtiger ist, damit nicht der Eindruck entstehen könnte, daß hier mancher den Unternehmer und seine Arbeit geringer achtet, wie die Arbeit der anderen. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Stöffler das Wort. Nächster Redner ist Herr Abg. Aichholzer.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Ich möchte nur ganz kurz zu den Fragen der Koordinierung des Baugeschehens, die der Herr Abg. Loidl angezogen hatte, etwas sagen und zwar aus der Praxis, die ich also nun seit Jahren als Baureferent in dieser Sparte ja ziemlich kenne. Wir sind — geehrter Herr Abg. Loidl — in Graz überhaupt froh, wenn ein auswärtiger Bauherr in diese Stadt Baukapital bringt und wir sind dann froh, wenn er überhaupt zu bauen beginnt, ganz gleich zu welchem Zeitpunkt.

Wir sind auch in einer völlig anderen Situation als andere Landeshauptstädte oder gar andere Städte im Ausland, wo man sehr wohl den Bauwilligen auch bestimmte Bauzeiten vorschreiben kann. Wir sind z. B. schon seit Jahren bemüht, jemanden zu finden, der mit seinem eigenen Geld in Graz eine zweite Tiefgarage erbaut. Wenn sich ein solcher privater Bauherr findet, dann sind wir darüber froh und wir würden ihn zu jeder Zeit den Bau beginnen lassen, weil

hierdurch wieder Arbeitsplätze gesichert werden und uns auch die Lösung der Verkehrsprobleme erleichtert wird. Wir können auch den gesamten Siedlungsbau in Graz nicht terminisieren, weil die Siedler ihre Häuser nach den eigenen Leistungs- und Arbeitsmöglichkeiten bauen. Hierbei spielt auch die Beschaffung des Baumaterials und die Jahreszeit eine große Rolle. Wir können und wollen auch nicht den Siedler zwingen im Winter zu bauen.

Dann bitte ich, nicht zu übersehen, daß sich ja doch im Laufe der Zeit auch die Praxis entwickelt hat, daß nämlich im Winter die Installationen erfolgen, während im Sommer gebaut wird. Wenn man also diese Ordnung wesentlich verändert, so wird sich das wieder irgendwo im Raum stoßen. Ich gebe zu, daß es hier Möglichkeiten gibt, aber sie sind nicht unbegrenzt. Wenn ich den Tiefbau erwähne, so darf ich berichten, daß ich mich z. B. seit Jahren zu erreichen bemühe, daß das Geld für den Kanalbau schon mit dem Budget des Vorjahres bewilligt wird, weil dann der Kanalbau rechtzeitig einsetzen kann. Schauen Sie, wie geht es mir heuer. Wir werden am 21. Dezember mit den Budgetverhandlungen in der Stadtgemeinde beginnen. Wenn es gut geht, werden wir knapp vor dem Heiligen Abend fertig werden. Dann kann ich erst beginnen, die ganzen Arbeiten in die Wege zu leiten. Wir konnten jetzt nur ausschreiben, sonst konnten wir nichts machen. Dann beginnt der Hl. Bürokratismus in Schwung zu kommen, nämlich mit der Aufwandgenehmigung und allem Drum und Dran. Bis wir zum Bauen kommen, ist wertvolle Zeit verstrichen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn ich die Geldmittel für dieses Kanalbaujahr schon im heurigen Budget gehabt hätte — wir hätten bereits Mitte November zu bauen beginnen können. Ich will versuchen, daß wir bei der Sanierung des Wasserschongebietes zu dieser Regelung kommen. Aber Herr Kollege, ich bemühe mich seit 5 Jahren, diese Ordnung herbeizuführen. Es ist mir bisher nicht gelungen, weil es einfach nicht durchzusetzen war.

Wie sieht es beim Straßenbau aus. Wir koordinieren im Straßenbau auch die Leistungen aller, die die Leitungen in die Straßen verlegen. Auch das läßt sich jahreszeitlich leider nicht so verändern, wie man möchte. Straßen kann ich nur im Sommer bauen und unter 10 Grad Bodentemperatur bringen wir keinen Asphaltbelag auf. Wir müssen also doch in der Zeit arbeiten, in der es jahreszeitlich und technisch möglich ist. Man muß auch miteinplanen, daß die Post ihre Kabel verlegt und daß das Wasserwerk seine Leitungen verlegt. Hierbei trifft man auf verschiedene Budgethoheiten und auf die Schwierigkeit, daß Versorgungsleitungen vielfach auch nicht im Winter verlegt werden können. Die Dinge schauen theoretisch sehr schön aus, in der Praxis zeigen sich aber doch oft erhebliche Schwierigkeiten.

Und schließlich denke ich also noch an einen Bau, den wir in nächster Zeit vor uns haben, den Bau der neuen Tegetthofbrücke. An dem Tag, an dem die Fachleute sagen, die Brücke kann ihren

Dienst nicht mehr versehen und sie lehnen die Verantwortung ab, muß die Brücke gesperrt werden. Ich fürchte sehr, daß der Tag sehr bald vor uns stehen wird. Und dann müssen wir beginnen, weil Wartezeiten, die entstehen würden, wenn der Bau in den Winter verlegt wird, solche Verkehrsbehinderungen nach sich ziehen würden, die nicht verantwortet werden könnten.

So hängen also die Dinge schon sehr verzahnt miteinander zusammen und es lassen sich die Räder nicht einfach voneinander lösen.

Und vielleicht darf ich abschließend noch darauf hinweisen, daß die Verlegung von Bauzeiten in die Wintersaison — seien wir hier ganz ehrlich — von den Bauarbeitern vielfach nicht begrüßt wird. Ich stelle selbst oftmals fest, wenn ich mit Bauarbeitern im Gespräch bin, daß sie für die Wintersaison andere Beschäftigungen vorhaben. (Abg. Loidl: „Es sind 10 Prozent!“)

Aber sie sind vorhanden, ich kann den Prozentsatz sagen.

Fest steht, daß ein ganz beträchtlicher Teil der Bauarbeiter gar nicht bereit ist, im Winter zu arbeiten, weil sie sich in dieser Zeit etwas anderes vorgenommen haben, entweder zu Hause zu bleiben oder irgendwelche andere Arbeiten durchzuführen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abg. Aichholzer. Als nächster ist Herr Abg. Schrammel vorgemerkt.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir werden in den nächsten 10 oder 20 Jahren noch immer dasselbe Problem haben, daß wir zuwenig Straßen oder zu schmale Straßen haben werden für unseren Verkehr. Auch der Bau der Autobahnen wird uns über dieses Problem nicht ganz hinweghelfen. Ich möchte daher heute einen Vorschlag unterbreiten, der unseren Verkehr auf der Straße wesentlich erleichtern würde. Es wäre dies eine richtige Koordinierung des Schwerlastverkehrs zwischen den einzelnen Verkehrsträgern, zwischen den Schienenwegen, Wasserwegen, der Straße und zum Teil durch den Luftverkehr. Es wäre sehr, sehr zweckmäßig, wenn die Bundesregierung, und das dürfte ja jetzt, Herr Landeshauptmann, nicht so schwer sein, nachdem ja der Verkehrsminister und der Handelsminister einer Partei angehören, wird es wahrscheinlich weniger Kompetenzschwierigkeiten geben (Landeshauptmann Krainer: „Das ist sehr wichtig, daß Sie das gesagt haben!“) einen Plan entwickeln würde. (Landesrat Bammer: „Sogar im gleichen Bund!“ — Landeshauptmann Krainer: „Die zwei haben sich nie gut vertragen, der Probst hat sich nicht gut vertragen mit den anderen!“) Das habe ich nicht gewußt, Herr Landeshauptmann — der wirklich unsere Straßen entlastet. Der Schwerlastverkehr und der Tankwagenverkehr verstopfen unsere Straßen derart, daß damit auch die Verkehrssicherheit sehr bedroht ist. Wenn man den Schwerlastverkehr und den Tankwagenverkehr von der Straße verbannen könnte, könnte die Verkehrssicher-

heit ich glaube, behaupten zu können um 80 Prozent gehoben werden.

Ich ersuche daher, unseren seinerzeitigen Antrag neuerdings der Bundesregierung vorzutragen. In diesem Zusammenhang darf ich Sie, Herr Landeshauptmann, als zuständigen Referenten auch an unseren seinerzeitigen Antrag erinnern, in Leibnitz der Landesstraße zwischen Leibnitz und Wagna (Landesstraße 149) Ihr Augenmerk zu schenken. (Landeshauptmann Krainer: „Unterführung?“)

Ja, es ist die Unterführung der Straße unter der Eisenbahn hindurch. (Landeshauptmann Krainer: „Ist fast nicht zu lösen!“)

Oh ja. (Landeshauptmann Krainer: „Unterführung überhaupt nicht, nur Überführung!“)

Ist uns auch recht.

Ich möchte aber noch ein Problem hier anschnitten, weil es für uns im Gebiete von Leibnitz von großer Bedeutung ist, und zwar ist das der Grundwasserhaushalt. Vor zwei Jahren hat uns das Grundwasser große Sorge gemacht, weil es durch — wie einige Fachleute behaupten — den Aufstau von Gralla etwas in Unordnung geraten ist, aber außerdem überhaupt der Grundwasserspiegel sehr hoch war. Das Grundwasser ist in einigen Gebieten unserer Gemeinde sehr hoch angestiegen und hat dadurch die Keller unter Wasser gesetzt. Das ist ein Problem.

Ein anderes Problem, welches uns jetzt beunruhigt, ist die Schottergewinnung im gesamten Leibnitzer Feld nördlich von Leibnitz, die immer größere Ausmaße annimmt und dadurch unsere Trinkwasserversorgung in Leibnitz, Wagna und auch Retznei gefährdet. (Landeshauptmann Krainer: „Da sind wir nicht zuständig, da ist der jeweilige Bürgermeister zuständig!“)

Ja, Herr Landeshauptmann, ich möchte dazu einen Vorschlag bringen. Es ist nun so, daß bisher den Schottergrubenbesitzern oder den Firmen, die den Abbau vornehmen, vorgeschrieben wurde, daß sie einen Meter über dem Höchstgrundwasserspiegel abbauen dürfen. Diese Vorschrift steht am Papier, weil bisher noch niemand kontrolliert hat, ob das auch eingehalten wird. Es passiert nun vielfach, daß der Grundwasserspiegel wieder höher steigt und dadurch die 1-m-Grenze nicht eingehalten ist. Das wäre noch das kleinere Übel. Es kommt dazu, daß sehr viel Unrat und Abfälle in diese Gruben eingebracht werden und durch die Niederschlagswasser in das Grundwasser kommen.

Soweit der jetzige Zustand. Es wird aber nun versucht, da in der heutigen Zeit der Schotterbedarf für den Straßenbau sehr groß ist, auch Tiefbaggerungen vorzunehmen, um eine größere Menge an Schotter auf einem kleinen Stück Grund zu gewinnen, was natürlich für dieses Gewerbe auch rationeller und vorteilhafter wäre. Von unserer Seite gesehen, wäre gegen diese Tiefbaggerungen nichts einzuwenden, wenn man dabei erreichen könnte, daß das Grundwasser als Nutzwasser und als Trinkwasser nicht gefährdet wird. Wir fordern daher, Herr Landeshauptmann, in diesem Gebiet, im Leibnitzer Feld, um diese beiden wichtigen Erfordernisse

durchführen zu können, auf der einen Seite die Trinkwassernutzung weiterhin zu erhalten, die ja nur im Tal vorhanden ist, auf den Hügeln und auf den Bergen ist ja kein Wasser vorhanden, und andererseits auch den Schotterabbau, der auch für den heutigen Straßenbau unbedingt erforderlich ist, zu gewährleisten, für dieses Leibnitzer Feld eine Rahmenplanung erstellen zu lassen, die nach Möglichkeit diesen beiden wichtigen, ich möchte fast sagen lebenswichtigen Erfordernissen Rechnung trägt.

Und nun noch zwei kleine Dinge zur Flußregulierung. Bisher hat man, um nur zwei Beispiele anzuführen, bei der Laßnitz und bei der Sulm am Mittellauf begonnen, die Flüsse zu regulieren. Wir haben immer mit großer Vehemenz gefordert, am Unterlauf zu beginnen. (Landeshauptmann Krainer: „Die Unterlieger sind nicht zusammengekommen!“)

Herr Landeshauptmann, wir haben das immer wieder gefordert, mit der Regulierung am Unterlauf zu beginnen. (Landeshauptmann Krainer: „Geld kann man nicht verfallen lassen, wenn sie unten nicht zusammenkommen!“)

Es liegen die Pläne bereits auf dem Tisch für den Unterlauf der Sulm und der Laßnitz und ich hoffe, daß auch im nächsten Jahr bereits ein Teil der Regulierung verwirklicht werden kann. Ich möchte aber vor allem auf eines aufmerksam machen, Herr Landeshauptmann. Man sollte nicht von einem Extrem in das andere fallen. Jetzt scheint es so zu sein, daß es nicht möglich ist, auch noch ein kleines Stück in der Mitte zu machen. Ich glaube, Herr Landeshauptmann, es ist nicht zweckmäßig, wenn man einmal zwei Flüsse, die im letzten Stück des Unterlaufes zusammenfließen im Mittellauf reguliert, die dann große Ballungsgebiete gefährden, jetzt doch im Unterlauf reguliert, aber ein kleines Stück, welches weiter im Norden liegt, 30 oder 25 km entfernt, plötzlich jetzt mit der Begründung, der Unterlauf sei gefährdet, nicht mehr reguliert. Ich glaube, das wäre jetzt das andere Extrem. Ich ersuche Sie daher, Herr Landeshauptmann, in diesem Sinne einzuwirken, daß auch dieses Stück dort, ich glaube es ist die Mündungsstrecke der Stainz, weiter betrieben wird.

Und dann habe ich nur noch abschließend eine Forderung, Herr Landeshauptmann, und das bezieht sich auf die Murregulierung. Immer wieder, wenn die Mur Hochwasser führt, tritt bei der Kainachmündung in Wildon, aber auch in Untervogau, die Mur aus den Ufern, und zwar auf der linken Seite. Wir haben schon vor längerer Zeit gefordert, daß an diesen Stellen Dämme errichtet werden. Es ist unbedingt erforderlich, diese Regulierung durchzuführen, zumal ja bei Untervogau auf der einen Seite durch die Ausdehnung des Zementwerkes Retznei eine Überflutung oder eine Ausuferung des Wassers nicht mehr möglich ist und daher nur auf der linken Seite das Wasser austreten kann. Daher ist es von besonderer Bedeutung für das gesamte Gebiet von Untervogau, Obervogau, Straß, ja sogar hinunter bis Spielfeld, diese Regulierung auf der linken Seite durchzuführen.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schrammel das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Unterabschnitt „Flußregulierungen“ nur ein ganz kurzer und bescheidener Beitrag, bescheiden und kurz in der Ausführung, natürlich Geldmittel würde er sicher mehr zur Ausführung brauchen. Die Oststeiermark gilt als industriearmes Gebiet, hier insbesondere der Bezirk Fürstenfeld. Ich möchte hier erwähnen, daß der Ausläufer des oststeirischen Hügellandes der Bezirk Fürstenfeld ist. Es münden daher sehr viele Bäche und Flüsse in unseren Bezirk. Die Schäden, die durch die periodischen Überflutungen alljährlich entstehen, machen Millionenwerte aus. Im Jahre 1965 wären es beispielsweise rund 20 Millionen Schilling Schaden, die durch Überflutungen und Verschlammungen und zum Teil Rutschungen in unserem Bezirk Fürstenfeld entstanden sind. Es erhebt sich nun der berechnete Wunsch, daß die Bäche und Flüsse in unserem Bezirk, zum ehestmöglichen Zeitpunkt ausgebaut werden.

Ich möchte daher namens der Bevölkerung des Bezirkes Fürstenfeld die Landesregierung ersuchen, daß mit der Feistritzregulierung und der Lafnitzregulierung ehebaldestig begonnen werden möge. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß beispielsweise bei der Lafnitzregulierung es Schwierigkeiten mit dem Bundesland Burgenland gibt und hier wieder in der weiteren Folge eine Zusatzregulierung, eine Einmündung und zwar der Ausbau des sogenannten Hühnerbaches in Fürstenfeld abhängig gemacht wird, daß eben dieser Fluß ausgebaut werden kann.

Es soll daher die Steiermärkische Landesregierung ersucht werden, hier zügig mitzuhelfen, daß diese Bauvorhaben ehebaldestig realisiert werden könnten. Die Schäden im Jahre 1965, hier möchte ich ein Beispiel bringen und darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit eines Ausbaues gegeben ist, betragen — wie schon früher bemerkt — 20 Millionen Schilling. Wir haben im Bezirk Fürstenfeld rund 2.500 bäuerliche Betriebe. Somit wäre das ein Schaden pro Betrieb von rund 8.000 Schilling. Dies ist sehr beachtlich, wenn man bedenkt, daß im Bezirk Fürstenfeld doch vorwiegend klein- und mittelbäuerliche Betriebe ihre Existenz haben.

Es soll aber auch erwähnt werden, daß es der Bezirk Fürstenfeld nicht verabsäumt hat, zu Selbstmaßnahmen zu greifen und zwar wurde auf Initiative der Gemeinden ein Pionierzug aufgebaut über Mitarbeit der Feuerwehren im Bezirk und die Gemeinden haben sich zur Finanzierung dieses Pionierzuges freiwillig bereit erklärt, pro Einwohner einen Betrag von zwei Schilling einzuheben. Man will damit wenigstens die Ausrüstungsgegenstände zur Aufräumung von Elementarschäden anschaffen. Dies wäre mein Beitrag und ich möchte noch einmal hervorheben, daß eben vor allem an den dringendsten Flüssen wie der Feistritz und der Lafnitz ehebaldestig mit dem Ausbau begonnen wird und gleichfalls auch bei den derzeit im Bau be-

findlichen Flüssen wie der Ritschein, Safen, Ilz und Gschmeierbach und an dem im Bau befindlichen Hühnerbach zügig weitergebaut wird und wenn es möglich ist, mehr Mittel, als wie in den vergangenen Jahren, bereitgestellt werden. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner vor der Mittagspause erteile ich dem Herrn Abg. Scheer das Wort.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Debatten über die Straßen in diesem Kapitel haben im Laufe der Jahre eine besondere Wandlung erfahren, indem die Wünsche immer größer und immer bukettreicher im Umfang werden als es früher war, aber ein Phänomen hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, wir haben früher hier immer davon gesprochen, daß wir die Straßen begradigen, daß wir Umfahrungen bauen müssen, daß wir das Straßennetz flüssiger gestalten müssen, um vor allem die Sicherheit auf diesen Straßen zu gewährleisten. Paradoxiertweise müssen wir aber feststellen, daß durch diese Begradigungen oder durch den Ausbau dieser Straßen vielfach geradezu das Gegenteil eingetreten ist, daß die Unfallziffern auf den begradigten Straßen sich wesentlich vermehrt haben, ja die Unfälle noch viel nachhaltiger und viel schrecklicher im Umfang waren als das früher der Fall war, wo die Straßenbenützer gewußt haben, hier sind gefährliche Stellen, hier muß ich aufpassen und jetzt flitzt ein jeder so, als ob es eine Rennbahn wäre, dahin.

Ich komme deshalb auf diesen Punkt zu sprechen, weil unser Augenmerk natürlich auch in einem gewissen Maß auf den Benützer der Straßen gerichtet sein muß. Und einer der Benützer dieser Straßen, den ich in eigener Anschauung besonders unter die Lupe nehmen möchte in meinem Beitrag zu den Straßen, der ja durch die Kürze der Zeit bis zur Mittagspause auch beschränkt erscheint, ist der, daß ich beobachtete, daß von der Pötschenstraße bis hinunter nach Spielfeld täglich eine Unzahl von Wracks und Alt- und Ältestfahrzeugen durch unser Land geschleust werden, noch dazu von Fahrzeugen, die weitestgehend nicht fahrtsicher sind, es fahren da Lkw's, die Wracks eines, zwei, manchmal drei in einer unglaublichen Art und Weise aufgebockt haben, durch unser Land und bilden eine außergewöhnliche Gefahr — ich habe schon mehrere und schwerste Unfälle mit ansehen müssen — die sich durch diese Fahrzeuge auf unseren Straßen ereignet haben. Ich glaube daher, man müßte, wenn es schon an der Grenze nicht gemacht wird, an unserer steirischen Landesgrenze durch unsere eigene Gendarmerie eine entsprechende Überprüfung nach der Verkehrssicherheit dieser Wagen einmal durchführen. Herr Landeshauptmann, wer diese Straßen einmal gefahren ist von Bad Aussee herunter bis nach Graz und weiter nach Spielfeld, der das erlebt hat, vor allem nächtlicherweise, was diese Fahrer aus Jugoslawien und Griechenland an Verkehrsunsicherheit auf dieser Strecke bedeuten, der wird er-

messen, daß ich zweifellos mit diesem Beitrag einen ganz großen Verkehrsunsicherheitsfaktor auf unseren steirischen Straßen aufgezeigt habe.

Es werden mir sicherlich verschiedene Abgeordnete dieses Hohen Hauses dies bestätigen können und ich glaube, man wird mit Fug und Recht eine entscheidende Maßnahme setzen müssen, daß wir auf der Pötschenstraße von mir aus eine Gendarmeriestation fordern, die diese Fahrzeuge überprüft, ob sie in der Lage sind, verkehrssicher hier durchzufahren. Es handelt sich meistens um alte Fahrzeuge, die vor allem mit völlig abgefahrenen Reifen durch die Gegend fahren, die ihre aufgebockten Fahrzeuge so wenig vertaut haben, daß sie abstürzen usw. Die Zahl dieser Übertretungen sind Legion und meine Damen und Herren, ich bitte Sie, mich in diesen Bestrebungen zu unterstützen für das Leben und die Gesundheit unserer Landesbürger auch Ihren Beitrag in jeder Hinsicht beizutragen und unsere Verantwortlichen auf diesem Gebiet bei diesen Bestrebungen auch entsprechend zu unterstützen. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 14 Uhr. Um 14 Uhr wird sie wieder eröffnet.
Unterbrechung der Sitzung: 13 Uhr.
Fortsetzung der Sitzung: 14 Uhr.

Präsident: Ich nehme die mittags unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile zur Gruppe 6 Herrn Landesrat Dr. Niederl das Wort.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden sich nach dieser Debatte denken: was wird der Wohnbauförderungsreferent jetzt sagen? Was stimmt überhaupt? Haben wir mit dem Wohnbauförderungsgesetz etwas Gutes getan oder war es umsonst, daß wir im Frühjahr monatelang in Wien beisammengesessen sind, die Landeshauptleute genauso wie die Landesfinanzreferenten und auch die Wohnbauförderungsreferenten.

Es waren mehrere Hauptpunkte, die während dieser Debatte zum Streit geworden sind.

Es war vorerst die Frage, ob im Jahre 1968 mehr oder weniger Wohnungen gebaut werden, und es war auch die Frage, ob die Wohnungen teurer oder billiger werden. Schließlich war die weitere Frage, ob es ein gutes oder ein schlechtes Gesetz geworden ist. Es war die Unterscheidung der Geldfrage, die in der Budgetdebatte eine Rolle spielen soll, und die Frage der Güte des Gesetzes herauszuhören.

Sie gestatten mir, daß ich als der zuständige politische Referent zusammenfassende Worte sage.

Voriges Jahr um diese Zeit haben die verschiedenen Redner die Forderung auf Reform der Wohnbauförderung erhoben. Es wurden auch die Gründe angeführt, warum eine Änderung der Förderungsmaßnahmen unbedingt notwendig sein wird. Heuer können wir festhalten, daß der Nationalrat am 29. Juni 1967 das Wohnbauförderungsgesetz 1968 verabschiedet hat, mit dem sehr entscheidende und sehr grundsätzliche

Änderungen verbunden sind. Diese Änderungen betreffen vor allem die Maßnahmen für die Bundesländer, wenn dieses Gesetz am 1. Jänner 1968 in Kraft treten wird. Es ist ein Gesetz, das zu einer Zeit verteuftelt wird, wo es noch keine einzige Verwaltungsstelle vollzogen hat. Denn erst ab dem 1. Jänner 1968 werden Verwaltungsbeamte dieses Gesetz vollziehen. Vielleicht ergibt sich dann, daß da und dort ein Mangel auftritt, das gebe ich offen zu. Ich bin ja selbst Verwaltungsjurist und weiß, daß solche nachträgliche Mängel in einem Gesetz möglich sind. Vielleicht ergibt es sich auch, daß dies nicht der Fall ist. Wir wollen hoffen, daß in der Vollziehung dieses Gesetzes all das in Erfüllung geht, was wir uns erwarten.

Ich möchte Sie aber auch zurückerinnern, warum wir alle dieses neue Gesetz verlangt haben. Es waren die hohen Ablösen, die in der Debatte auch aufgeklungen sind, die hohen Anzahlungen und die Wohnungskosten besonders für unsere jungen Menschen, wenn sie zu einer Wohnung kommen wollten. Es waren die verschiedenartigen Förderungssysteme, die für den Außenstehenden einen wahren Irrgarten darstellten. Es war der Trend, Klein- und Kleinstwohnungen zu bauen, es war das starre Förderungssystem, die jede Wohnbauvereinigung und jede Gemeinde dazu verleitete, die Wohnbauförderungsmittel möglichst günstig auszunutzen und daher eine größere Anzahl von Klein- und Kleinstwohnungen zu bauen. Alle diese Förderungsmaßnahmen zusammengetan haben auch in der Vergangenheit — das muß man feststellen — das Ihre getan. Es wurde ein guter Teil geleistet, wenn man bedenkt, daß allein in der Steiermark nach dem 2. Weltkrieg fast 80.000 Wohnungen und Eigenheime gebaut wurden. Wenn ich allerdings die Ziffer — ich habe sie mir aus der Statistischen Abteilung ausheben lassen — von rund 160.000 Eheschließungen in der gleichen Zeit gegenüberstelle — muß ich sagen, daß wir uns sicher noch sehr anstrengen müssen. Ich möchte gerade das mit allem Ernst sagen, um die Wohnbauförderung letzten Endes dorthin zu bekommen, daß jeder die von ihm gewünschte Wohnung bekommen kann. Dazu kommt ein weiteres, daß immer mehr Menschen das Bestreben haben, ihre Wohnungsqualität zu verändern. Gerade auf diesem Gebiet ist eine Konsolidierung gar nicht abzuschätzen. Dies wird immer sein, und nach 30, 40 Jahren wird vielleicht auch ein Landtag Beschlüsse fassen, der sich mit dem gleichen Problem zu beschäftigen hat, und zwar daß Menschen da sind, die ihre Wohnungsqualität ändern wollen. Ich möchte aufmerksam machen, daß aus allen Fonds seit 1945 mehr als sieben Milliarden Schilling der steirischen Bevölkerung für die Wohnbauförderung zugute gekommen sind.

Nach dem neuen Wohnbauförderungsgesetz haben die Bundesländer im Rahmen ihrer Vollziehung die sicher nicht leichte Aufgabe erhalten — und ich weiß das als Referent sehr gut — alles daranzusetzen, um den sozialen Wohnungsbau für alle förderungswürdigen Menschen, die alten genauso wie die jungen Familien, die kin-

derreichen genauso wie die kinderlosen, erfolgreich fortzusetzen. Der soziale Wohnbau muß deshalb vollzogen werden, weil uns die Verfassung denselben vorschreibt. Es handelt sich nach diesem Gesetz um das Volkswohnungswesen, das im Artikel 11 der Bundesverfassung verankert ist. Wir können daher gar nichts anderes machen, sonst würden wir letzten Endes verfassungswidrig werden. Die Abwicklung der gesamten Wohnbauförderung über die Bundesländer wird für den Förderungswerber — das ist ebenfalls aus der Debatte hervorgegangen — sicher besser sein und zwar deshalb, weil die Bundesländervertreter leichter in der Lage sind zu beurteilen, wo und was gebaut werden soll, als die Zentralstellen in Wien. Sicher gibt es mit der Wohnbauförderung 1968 auch einige Probleme, die wir nicht übersehen dürfen. Es ist das Fertigwerden mit dem qualitativen und quantitativen Mangel an Wohnraum, der in der Stadt genauso vorhanden ist wie am Land. Es ist die Sorge um das notwendige Geld, und Sie können sicher sein, daß ich als Wohnbaureferent immer bestrebt sein werde, genug Geld zu bekommen. Es ist nur die Frage, ob der Herr Finanzreferent mit mir immer einer Meinung sein wird, denn wie Sie wissen, sind die Landesmittel mit den Bundesmitteln junktimiert. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, ich bin nicht der einzige wie Sie wissen. Vom Bund kommt auch etwas.“)

Meine Sorge wird es sein, daß das notwendige Geld für die Wohnbauförderung herkommt. Es ist auch der Trennungsstrich — das gebe ich zu — der mit 31. Dezember 1967 bezüglich der Art und des Ausmaßes der Wohnbauförderung gezogen wird nicht erfreulich. Es ist schließlich die hohe Abwanderungsquote von rund 29.000 Personen pro Jahr aus der Landwirtschaft, die zusätzlichen Wohnraum notwendig macht.

Es ist die umstrittene Frage des Aufteilungsschlüssels zwischen den Ländern, über den sich die Bundesländervertreter nicht einigen konnten. Die Bundesländervertreter waren sich alle gegenüber Wien einig. Trotzdem ist es zu einem Kompromißschlüssel gekommen, nach dem die Steiermark bis zum 31. Dezember 1970, 13,34 Prozent Wohnbauförderungsmittel aus allen Fonds bekommen wird. Ab 1. Jänner 1971 werden es 14,79 Prozent sein.

Ich möchte aber auch jene Punkte aufzeigen, die weitgehende positive Änderungen für den Förderungswerber bringen. Es sind eine Reihe von Neuerungen, die bei den Konferenzen der Ländervertreter im heurigen Frühjahr von allen Anwesenden gut geheißen wurden. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner ist schon ein paarmal bei den Besprechungen vis a vis von mir gesessen und wir haben bei diesen Konferenzen viele Dinge gemeinsam gutgeheißen, die im Wohnbauförderungsgesetz enthalten sind.

Wir begrüßen vor allem die Förderungsmöglichkeit nach § 1 dieses neuen Wohnbauförderungsgesetzes, ein Paragraph, der gegenüber der Wohnbauförderung 1954 erweitert wurde. Es sind beispielsweise die Ordinationen aufgenom-

men worden. Wenn man bedenkt, daß immer wieder Landbürgermeister kommen, um für die praktischen Ärzte Wohnraum und Ordination zu fördern, so ist das eine gute Neuerung. Es sind auch die Abstellplätze, die gefördert werden und zwar gerade in einer Zeit, in der die Straßen zu Parkplätzen werden. Positiv ist auch die Erhöhung der Gesamtnutzfläche auf maximal 150 m². Erst im Ausschuß des Nationalrates ist das beschlossen worden. Das bringt für die Großfamilien mit mehr als vier Kindern eine wesentliche Erleichterung, weil sich damit der Wohnungsabschluß für solche Familien erübrigt. Es sind auch die Bestimmungen, daß Räumlichkeiten innerhalb einer Wohnung, die speziell gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken dienen, bei der Ermittlung der Gesamtnutzfläche nicht berechnet werden.

Das ist eine wesentliche Erleichterung, wenn man aus der täglichen Praxis weiß, wie schwierig es gerade in diesen Bereichen war, mit den 130 m² auszukommen. Eine wichtige Maßnahme ist das Abgehen von der bisherigen starren Förderungsform und die Gewährung eines einprozentigen Direktdarlehens mit einer Laufzeit von über 50 Jahren bis zu 60 Prozent von den festgestellten angemessenen Gesamtbaukosten. Es stehen derzeit 50 Prozent zur Diskussion und ich gebe zu, daß diese Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Man wird darüber reden müssen, wieviel Prozent man gibt und zwar auch deshalb, weil die Mittel bei Gewährung eines Direktdarlehens wieder zurückfließen, während die Wohnbeihilfe ein verlorener Zuschuß ist. Es wurde vorerst ein Prozentsatz vorgeschlagen und herausgearbeitet, der auch der Realität entspricht, wenn man bedenkt, daß bis heute dem Erbauer eines Einfamilienhauses rund 30 Prozent und den Gemeinden und Wohnbauvereinigungen pro Wohneinheit rund 45 Prozent der Wohnbauförderungsmittel, gerechnet von den Gesamtbaukosten zur Verfügung gestanden sind. Dazu kommt noch, daß nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 und nach dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds die Förderung ganz gleich war, ob es sich um eine Garçonniere oder eine Vier-Zimmer-Wohnung handelte, ob man viel oder wenig Geld hatte, oder ob es sich um Alleinstehende oder um eine achtköpfige Familie handelte. Ich glaube, daß gerade hier das Essentielle dieses Wohnbauförderungsgesetzes liegt, daß es auch familienpolitisch angewendet werden kann.

Zum Direktdarlehen, das vorgesehen ist, kommt die sogenannte Wohnbeihilfe, die bezwecken soll, daß die tatsächlichen Wohnungsaufwandskosten je nach dem Einkommen und dem Familienstand zumutbar werden. Die Steiermärkische Landesregierung wird auf diesem Gebiet nach sehr eingehender Beratung mit allen Gremien eine Verordnung erlassen, die die sozialpolitische Komponente bei dieser Wohnbauförderung hervorstellen soll. Es wurden vorerst theoretische Berechnungen aufgestellt. Wir vollziehen ja — ich möchte es nochmals sagen — dieses Gesetz noch nicht. Praktische Berechnungen können wir dann machen, wenn wir das

erste Mal diese Wohnbeihilfe ausbezahlt haben.

Ich hätte auch eine Reihe von Berechnungsbeispielen da. Ich komme aber auf das ganz Gleiche, wie es in der Debatte aufgezeigt wurde. Es kommt immer darauf an, von welcher Seite man diese Berechnungen betrachtet. Natürlich sind die Grund- und Aufschließungskosten zu bezahlen, wir wollen hier ja keine Spiegelfechtereie begehnen, sondern bei der Wahrheit bleiben. Diese Grund- und Aufschließungskosten bleiben und werden pro Wohneinheit nach den Erfahrungen der Wohnbaugenossenschaften mit rund 30.000 Schilling berechnet. Ich möchte allerdings sagen, daß im Wohnbauförderungsgesetz 1968 auch die Bestimmung enthalten ist, daß Gemeinden dazu beitragen sollen. Wir müssen dankbar anerkennen, daß gerade unsere steirischen Gemeinden immer wieder bereit sind, das ihre dazuzuleisten. Das wissen wir alle, welche Leistungen gerade auf diesem Gebiet durch die Gemeinden gemacht werden, um die Grund- und Aufschließungskosten entweder billiger zu machen oder zu beseitigen. Es sind die zehnpromzentigen Eigenmittel, die geleistet werden müssen, sofern es sich nicht um junge und kinderreiche Familien oder um soziale Härtefälle, auch alle zusammen wieder abhängig vom Einkommen, handelt. Nach dem Verordnungsentwurf, der derzeit vorliegt, wird die zumutbare Wohnungsaufwandbelastung bei ungefähr 15 bis 20 Prozent je nach Einkommen und Familienstand liegen.

Ich glaube, dieser Aufwand kann tatsächlich zugemutet werden. Natürlich spielt auch das angemessene Ausmaß der Wohnnutzfläche eine Rolle. Nach unserem Entwurf liegt dieses Ausmaß zwischen 30 und 150 m². Im Gesetz ist für eine Person ein Höchstausmaß von 50 m² gegeben. Wir haben uns erlaubt, den Entwurf mit 30 m² Nutzfläche für eine Person zu beginnen, weil die derzeitigen gut ausgestatteten Garçonieren für die alleinstehenden Personen auch nicht größer sind. Dazu ist aber festzustellen, daß im vorliegenden Entwurf für Jungfamilien von vornherein 70 m² Nutzfläche vorgesehen werden sollen, damit sich diese Familien auch wirklich entwickeln können. Wenn man mit dem Schlagwort „familiengerecht“ operiert, dann glaube ich ist es richtig, daß man diesen Jungfamilien eine Wohnnutzfläche von 70 m² gibt.

Eine sozialpolitisch gute Tat liegt wohl darin, daß an Stelle der zehnpromzentigen Eigenmittel, die in der Regel vom Förderungswerber aufzubringen sind, unter Berücksichtigung des Familieneinkommens — und hier werden wir einen strengeren Maßstab anlegen müssen — und nach Anzahl der Familienmitglieder ein zinsfreies Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren gewährt werden kann. Es wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß die Wohnbeihilfe in ungefähr 10 bis 15 Jahren unsere Wohnbauförderungsmittel aufbrauchen wird. Ich habe Berechnungen vorliegen, nach diesen liegt der Aufwand für die Wohnbeihilfen pro Jahr zwischen 17 und 25 Millionen Schilling.

Es ist natürlich eine Schätzung, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können nur

schätzen, wir haben derzeit keine Erfahrung. Wieviele Mittel für die Wohnbeihilfe tatsächlich gebraucht werden, wissen wir noch nicht. Voraussichtlich wird die Wohnbeihilfe in größerem Ausmaße erstmalig im Jahre 1970 in Anspruch genommen werden. Es werden schätzungsweise — wie schon erwähnt — zwischen 17 und 25 Millionen Schilling sein. Es würde 10 bis 15 Jahre, also bis 1980 oder 1985 dauern, bis unsere Wohnbauförderungsmittel aufgebraucht wären. Ich würde mir wünschen, daß wir im Jahre 1980 keine Wohnbauförderung mehr brauchen, sondern daß wir soweit wären, daß die Wohnbauförderung zu diesem Zeitpunkt bereits als abgeschlossen gelten könnte. Sollte sie aber zu diesem Zeitpunkt noch erforderlich sein, wird sich der Gesetzgeber, der dieses Gesetz geschaffen hat, wohl sehr überlegen müssen, wie er die Mittel aufbringt, um die Wohnbauförderung weiter zu betreiben, genau so wie er sich auch überlegen muß, wo er die Sozialbeiträge, die gebraucht werden, hernimmt. Denn alle diese Maßnahmen, das muß gesagt werden, kosten Geld das ist richtig, denn Sozialpolitik kostet immer Geld. Es ist dies eine Binsenweisheit, und wenn ein Staat in Form eines Gesetzes den Willen ausgedrückt hat, den Wohnungsbedürftigen zu helfen, damit eine spürbare Erleichterung der angestiegenen finanziellen Belastung für die Wohnungsbeschaffung und den Betrieb der Wohnung eintritt, dann haben wir alle als Träger dieses Staates mitzuwirken, damit die Möglichkeit besteht, diese Förderungsmittel auch aufzubringen. Dazu gehört die Möglichkeit der Arbeit für jeden Staatsbürger, damit über die Arbeit Steuerleistungen erbracht und unter anderem auch die Wohnbauförderungsmittel geleistet werden können. (Beifall.)

Es wurde immer wieder gesagt, daß die Wohnungen teurer werden, das stimmt nicht. Bei gleichen Baupreisen werden die Wohnungen weder teurer noch billiger, sondern sie bleiben im Preis gleich. Nur für gewisse Bevölkerungskreise mit geringerem Einkommen und entsprechendem Familienstand werden sie durch die bereits aufgezeigten Maßnahmen erschwinglicher.

Ich möchte auch eine Stellungnahme zu den Wohnbauförderungsmitteln, die im Budget 1968 zur Verfügung stehen, bringen. Hier muß wohl eines gesagt werden, daß immer wieder die verschiedensten Ansichten und Berechnungen durchgeführt werden. Einmal werden die Vorgriffe abgerechnet und dann wieder dazugerechnet. Je nachdem wie es gerade hineinpaßt. Ich kann Ihnen sagen, daß aus den einzelnen Fonds jene Mittel zur Verfügung stehen, die vom Generalredner, dem Landtagsabgeordneten Feldgrill, bereits genau aufgezeigt wurden. Ich habe hier die amtliche Liste, wer in diese Einsicht nehmen will, kann es jederzeit tun.

Ein Sprecher dieses Hauses hat gesagt, wir werden schon in einem Jahr sehen, welche Wohnbauförderungsmittel zur Verfügung gestanden sind. Ich bin ebenfalls dieser Meinung. Auch, ich bin dafür, daß man lieber Bilanz machen soll als einen Voranschlag. Ich kann das

auch untermauern, denn im Voranschlag 1967 haben wir z. B. für die Wohnbauförderung 4.000 Wohneinheiten geschätzt und haben gehofft, diese Wohneinheiten auch bauen zu können. Ende 1967 können wir mit Befriedigung feststellen, daß es 4.941 Wohneinheiten waren (Beifall bei der ÖVP), die wir fördern konnten, und wir wollen hoffen, daß auch mit Ende 1968 der gleiche Umstand eintritt. Die Berechnung mit den Vorgriffen ist ja so irreführend. Wenn ich dies bis zur letzten Konsequenz durchführen wollte, dann müßten auch die 2.000 Wohneinheiten abgezogen werden, die in diesen Tagen von der Regierung zu beschließen sind sowie alle Einzelsiedler, die wir schon vom Oktober bis Dezember für das nächste Jahr bewilligt haben.

Auch die Wiederaufbaufälle, die für 1968 bewilligt wurden und die Fälle des Bundeswohn- und Siedlungsfonds müßten abgezogen werden. Für die Wohnungssuchenden und auch für die Bauwirtschaft ist aber eines wichtig und wesentlich, wieviel Wohnungen tatsächlich im Jahre 1968 gebaut werden. Es ist weniger wesentlich, wann die Landesregierung oder der einzelne Fonds das Vorhaben formell bewilligt, sondern wann das Geld für die Wohneinheit zur Verfügung steht und wieviel tatsächlich im Jahre 1968 gebaut wird. Nur das ist für den Wohnungssuchenden und auch für die Bauwirtschaft interessant. Der Wohnungssuchende weiß, daß die Wohnung gebaut wird und die Bauwirtschaft weiß, daß sie dann Arbeit hat. Mit dieser Berechnung, glaube ich, müssen wir auch in die Öffentlichkeit gehen.

Die vorzeitigen Freigaben haben wir deshalb gemacht, damit die Gemeinden und die gemeinnützigen Bauvereinigungen die Gelegenheit haben im Frühjahr — und zwar sobald als möglich — die Bauten auszuschreiben und mit dem Bau zu beginnen. Wir haben das absichtlich vorverlegt, denn anlässlich einer Fragestunde im Jahre 1967 bin ich darauf gekommen, daß wir wohl die öffentlichen Mittel bewilligt haben, daß aber viele Gemeinden und gemeinnützige Bauvereinigungen nicht mit dem Bau begonnen haben.

Bemerken möchte ich noch, daß Graz bei der Vergebung der Wohnbauförderungsmittel deshalb eine Sonderstellung hat, weil hier der größte Wohnungsfehlbestand ist. So werden rund 40 bis 45 Prozent, (im Jahre 1967 waren es genau 41 Prozent) der gesamten Wohnbauförderungsmittel für die Stadt Graz vergeben.

Wir wissen, daß die Wünsche sehr groß sind und ich wäre der letzte, der nicht möchte, daß man den dreifachen Jahresbetrag im Budget hätte, dann könnten wir ungefähr alle Anträge, die derzeit beim Wohnungs- und Siedlungsamt liegen erledigen. Ich habe auch dringend empfohlen, daß die Bauarbeiten so ausgeschrieben werden sollen; daß tatsächlich mit Beginn der günstigsten Jahreszeit mit dem Bau begonnen werden kann. (Beifall.)

Ich habe die zuständige Rechtsabteilung beauftragt, alle Mittel den Förderungswerbern dann zu entziehen, wenn bis zum Frühjahr die für die

Wirtschaft so wichtigen Beiträge nicht ausgenutzt werden. Um die Kontinuität im Bausehen mehr als bisher zu geben und überflüssige Anträge mit dem damit verbundenen Bürokratismus zu vermeiden, wurden als weitere Maßnahme die Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen eingeladen, ihre Pläne auf dem Wohnbausektor für die nächsten zwei Jahre bis zum 15. Dezember bekanntzugeben. Bereits im Jänner werde ich dann Gespräche führen, um für die nächsten zwei Jahre unter Zugrundelegung der derzeitigen Budgetziffern ein Wohnbaukonzept ausarbeiten zu lassen, damit die Gemeinden und die gemeinnützigen Bauvereinigungen tatsächlich wissen, für welche Vorhaben sämtliche Unterlagen vorgelegt und bearbeitet werden sollen. Damit schleppen wir nicht mehr 8.000 bis 10.000 Anträge mit, sondern es werden nur jene Anträge amtsmäßig bearbeitet, die in den nächsten zwei Jahren auch bewilligt werden können.

Aus der Wechselrede konnte man wohl übereinstimmend feststellen, daß die Förderung besser wird, daß die sozialen Gesichtspunkte und die familienpolitischen Elemente mehr Berücksichtigung finden; aber ein wahres Wort sei dazu gesagt.

Auch in Zukunft wird derjenige, der sich Eigentum und damit für sich und die Seinen Vermögen in Form eines Heimes schaffen will, eigene Kräfte einsetzen müssen. Das werden wir auch in der Verordnung berücksichtigen. Gerade dieses Opfer wird nie aufhören, denn das gehört zu unserer Gesellschaftsordnung. Wir wissen, daß gerade diese Form des Eigentumserwerbes zu den erstrebenswerten Gütern unserer Bevölkerung gehört. Gerade Menschen mit geringerem Einkommen — ich bewundere das immer wieder, wenn die Leute zu mir kommen — bringen die größten Opfer, um sich ein Eigenheim zu bauen. Wir fühlen uns mit diesen Menschen verbunden und wir sind ihnen dankbar für das Vertrauen und für das Bekenntnis, das sie zu diesem Staat abgeben. Für jene unter uns, die unverschuldet aus eigener Kraft nicht imstande sind, die Mittel für den Bau aufzubringen, soll diese neue Form der Wohnbauförderung helfen.

Das neue Wohnbauförderungsgesetz gibt uns schließlich auch Gelegenheit, zusammen mit dem aufgezeigten mehrjährigen Wohnbaukonzept durch Planung größerer Vorhaben auf die städtebauliche Gestaltung und auf die besondere Art der Bauformen Einfluß zu nehmen. Das ist sehr wesentlich. Es wurde von einem der Herren gesagt, daß man nicht zwölf und zwölf oder sechs und sechs bauen soll, sondern daß man tatsächlich einmal einen größeren Wohnblock bauen müßte. Durch diese Vorplanung wird das gelingen, so daß man unter Umständen für einen größeren Wohnblock die Förderungsmittel auf zwei oder auch auf drei Jahre im voraus vergibt.

Wir wollen und sollen uns auch von den neuen Wohnformen nicht verschließen. Das Leben geht vorwärts und die Wohnbedürfnisse der Menschen sind immer in Weiterentwicklung. Ich war

vor Wochen in Donawitz bei der Einweihung und Übergabe eines neuen Wohnhauses der Alpine. Der dortige Wohnungsreferent hat mir mitgeteilt, daß die neuen Wohnungen bevorzugt beansprucht werden, während die Werkswohnungen, die vor 40 oder 50 Jahren gebaut wurden und heute schon veraltet sind, nicht begehrt sind. Daher haben wir gerade auf die Weiterentwicklung zu schauen. Zusammen mit den Vollzugsorganen der Bauordnung und der Raumplanung wird uns gerade auf dem Gebiet des Wohnungsbaues eine sehr große Verantwortung übertragen. Eine Verantwortung deshalb, damit wir nicht in späteren Jahrzehnten den Vorwurf hören müssen, wir wären nicht fortschrittlich genug gewesen. Wir müssen in Zusammenarbeit mit allen modern denkenden Menschen trachten, daß wir die zukünftigen Wohnansprüche irgendwie beachten können.

Nun einige Worte zu den Ausführungen der Abgeordneten während der Wechselrede. Herr Abg. DDr. Götz hat die Theorie und Praxis verglichen. Bezüglich der theoretischen Erkenntnisse sind wir ja einer Meinung. Wir können derzeit nur theoretische Beispiele haben. Praktische Beispiele werden wir höchstwahrscheinlich nächstes Jahr im Dezember, (Landeshauptmann Krainer: „In zwei Jahren!“) im Jahre 1970 oder vielleicht erst im Jahre 1971 vorlegen können.

Ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe wegen des Parteibuches, aber ich kann Ihnen bestätigen, von denen, die zu mir kommen, verlange ich kein Parteibuch, sondern die Frage ist immer: Beruf, Einkommen und Familienstand. Sie können jeden fragen, der zu mir kommt. Es wird keiner nach dem Parteibuch gefragt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Ich habe Graz gemeint!“ — Landeshauptmann Krainer: „In Graz muß man also ein Parteibuch haben, entweder rot oder blau?“ — Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Da haben Sie nicht zugehört, Herr Landeshauptmann, ich erzähle es Ihnen gerne nochmals!“)

Herr Abg. DDr. Götz, Sie haben auch angeführt, daß an den Bedürftigen vorbeigebaut wurde. Aus meinen Ausführungen konnte man entnehmen, daß das neue Wohnbauförderungsgesetz hier eine Änderung bringt. Die bessere Lösung liegt nun in diesem Wohnbauförderungsgesetz 1968.

Bezüglich der Versorgung unserer Altfamilien bin ich Ihrer Meinung. Ich glaube nur, daß wir ohne weiteres die Möglichkeit haben, diese alten Menschen unter die sozialen Härtefälle zu subsumieren. Ich möchte mich Ihren Ausführungen, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1968 eine lex imperfecta ist nicht anschließen. (Abg. Dipl.-Ing. Götz: „Nur in der Frage der Erfassung der Doppelwohnungen und der Mehrfachwohnungen!“)

Hiezu muß man eines sagen: Eine Sanktion ist im Gesetz enthalten. Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird es unsere Aufgabe sein, alles streng zu überwachen, damit die Möglichkeit des Erwerbes einer zweiten geförderten Wohnung nicht gegeben ist. Das kann man, glaube ich, ohne besonderen Aufwand mit dem

Antrag allein tun. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „In Steiermark, nicht für Österreich!“)

Herr Landesrat Bammer hat während der Diskussion einige Probleme aufgezeigt. Natürlich ist alles eine virulente Sache. Gerade die Tatsache, daß so viel diskutiert wird, zeigt das große Interesse am Wohnbauförderungsgesetz und zeigt auch, daß der richtige Weg gegangen wird. Aus der Diskussion soll ja in einem demokratischen Staatswesen immer das Beste herauskommen. Daß die Salzburger Tagung zu keinem Erfolg geführt hat, möchte ich nicht sagen. In gewissen Teilen der Presse ist es so hingestellt worden (Landeshauptmann Krainer: „In der sozialistischen, sag die Wahrheit!“), aber wenn man die Protokolle von Salzburg liest, dann kann man schon sagen, daß eine grundsätzliche Einigung in wichtigen Dingen vorhanden ist. Bei den Ziffern wird es deshalb keine Einheitlichkeit geben können, weil ja die Verhältnisse in Vorarlberg oder Burgenland anders sind und weil man doch sagen muß, wenn es schon eine föderalistische Bestimmung ist, dann sollen auch Unterschiede bestehen können.

Wenn ich zum Abschluß dieser Debatte zusammenfassen kann, dann muß ich sagen, es ist eigentlich eine Stunde der Pessimisten und eine Stunde der Optimisten gewesen. Der Verfasser unserer Bundesverfassung Prof. Kelsen würde sehr erstaunt gewesen sein, wenn er zugehört hätte. Er hat sich sicher etwas anderes vorgestellt als er diese Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 verfaßt hat. Keine Teilung der Meinungen in einen absoluten Pessimismus und in einen absoluten Optimismus. Der Zweck einer solchen Diskussion müßte es eigentlich sein, nicht zu verteuflern, sondern jenen Weg zu finden, der der gesamten Bevölkerung am besten dient. Das ist unser Auftrag. Ich darf Ihnen versichern, daß es mein Ziel ist, jedem zu helfen, so gut es geht. Das Land Steiermark hat hinsichtlich der Wohnbauförderung in der Vergangenheit sehr viel getan und wird auch in Zukunft für unsere jungen Familien und auch für die Alleinstehenden ihr Bestes leisten. Für die einkommenschwachen Bevölkerungsschichten aller Berufsstände und für die sozial Bedürftigen soll das Wohnbauförderungsgesetz 1968 die Möglichkeit bieten, daß sie besser als bisher zum notwendigen Wohnraum kommen können. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren! Ich muß zuerst ein Geständnis ablegen. So um 1/2 3 herum, ist sonst eigentlich Ruhezeit nach dem Essen, aber die Budgetdebatte und die ausgiebige Debatte erfordert für den heutigen Tag eine Ausnahme, und so bin ich also gezwungen zu reden. Ich werde mich daher kürzer fassen, um die Müdigkeit, die zu dieser Zeit einsetzt, zu überwinden. (Landesrat Bammer: „Gestörte Siesta!“)

Meine Damen und Herren! Dieser Abschnitt

unseres Voranschlages gibt ja stets Anlaß, umfassende Wünsche anzumelden und zur umfassenden Diskussion, das ist sehr wohl verständlich, Straßen sind ja letzten Endes die Lebensadern eines Landes, eines Volkes und Bauten, ob es Zweckbauten sind oder Wohnungsbauten, das sind ja letzten Endes die Dinge, die der Mensch immer wieder planen und immer bauen wird, um so die Entwicklung eines Volkes oder die Entwicklung der Heimat sicherzustellen.

Die Herrin von Riegersburg, die Gallerin, hat ja schon gesagt: Bauen ist eine Lust, sie hat aber auch dazugesetzt: Bauen ist eine schöne Lust, es ist mir aber wohl bewußt, was es kostet. Ich habe in diesem Hohen Hause gesehen, daß die Meinungen über die Kosten nicht immer überlegt sind. Sie können uns glauben, meine Damen und Herren, wir würden noch gerne mehr bauen. Wir würden auch noch etwa 200 Millionen Schilling mehr verbauen können mit dem bestehenden Apparat, mehr nicht, aber 200 Millionen Schilling gingen noch etwa, aber diese 200 Millionen haben wir nicht. Alles in allem, man muß sich immer wieder nach der Decke strecken.

Heute wird immer einmal versucht, ein bißchen zu jammern, daß es schlecht geht. Ich sage aber immer wieder, gerade auf die Zeit jetzt bezogen, was uns die Zukunft noch alles bringt, das steht in den Sternen geschrieben, das ist nicht vorzusehen. Dafür gibt es auch keine echte Prophezeiung und keine echte Voraussage, weder von den Politikern noch von der Wissenschaft her. Solche Voraussagen könnten sehr schief gehen, aber zur Zeit und für die Zeit sage ich, Gott erhalt uns die schlechten, wenn jemand über die Zeit jammert.

Ja, Bauen ist wahrlich eine Lust. Wir haben im Jahre 1967 über das Landesbauamt 1.651.800.000 Schilling verbaut. Das ist ein sehr respektable Betrag, der zum Teil vom Land, zum größeren Teil vom Bund und auch von den Interessenten aufgebracht wurde. Damit haben wir außer Zweifel nicht nur wieder ein Stück neue Heimat geschaffen, neue Straßen, neue Häuser, Wasserbauten, Wasserleitungen, Kanäle, sondern wir haben auch Menschen beschäftigt. Und letzten Endes ist nicht nur die weitere Entwicklung der Heimat, sondern immer wieder auch die Beschäftigung in diesem Lande ein entscheidender Faktor. Wenn das Landesbudget erhöhte Mittel für das Jahr 1968 vorsieht und auch das Bundesbudget höhere Mittel, vor allem schon aus der Sicht 1966/67 eingesetzt hat, dann ja auch nur, um die etwa ausfallenden Bauten oder die nicht vorhandene Entwicklung in der Wirtschaft aufzufangen und dafür eben Bauten zur Verbesserung der Infrastruktur zu erweitern. Wir haben also nach dem Bundesvoranschlag und nach dem Landesvoranschlag festgestellt, daß wir im kommenden Jahr in der Steiermark, nicht über das Landesbauamt, über das Landesbauamt ist es weniger, etwa 2.7 Milliarden Schilling verbauen werden. Davon kommen vom Bund 1 Milliarde 424 Millionen und das Land — wie das ja schon mehrmals geäußert wurde — wird 1.3 Milliarden einsetzen,

um das Baugeschehen zu fördern und zu beleben.

Das sind also sehr beachtliche Beträge, Milliardenbeträge. Wenn wir etwa umrechnen würden, wieviele Bauarbeiter damit Beschäftigung finden, so würden wir an sich sehr zufrieden sein, aber, das muß sehr deutlich gesagt werden, die öffentliche Bauwirtschaft ist nicht allein imstande, eine Vollbeschäftigung zu garantieren, auch nicht auf dem Bausektor. Wenn die private Bautätigkeit, wenn die Investitionstätigkeit, im besonderen in der Industrie, nicht wieder zum Leben erweckt werden kann und die Voraussetzung hierfür ist vor allem Vertrauen in die Zukunft, dann werden hier selbstverständlich Lücken aufscheinen und die Besorgnisse wenigstens zum Teil, eintreten, die der Herr Abg. Loidl hier auch sehr bewegt vorgebracht hat. Ja, wesentlich und entscheidend ist, daß die Privatinitiative eingesetzt und verstärkt sichtbar wird. Es ist Mißtrauen vorhanden, nicht nur bei uns. In der weiten Welt, vor allem in der westlichen Welt ist eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken. Wenn wir etwa versuchen würden, zu diskutieren, wie das mit dem Schilling und mit der Abwertung ist und all den Dingen, die um uns vor sich gegangen sind und wenn wir hier Mißtrauen aufkommen lassen und wenn wir überhaupt nur Pessimisten sein würden, dann würde eine Krise von uns als Pessimisten entfacht werden.

Das Wesentliche und Entscheidende ist natürlich auch die Politik der Regierung, der Landesregierung genauso wie der Bundesregierung, der Parlamente und der Landtage und auch natürlich der Gemeinden. Wesentlich ist, daß der Bürger dieses Landes, ob er Unternehmer ist oder ob er Sparer ist oder ob er Arbeitnehmer ist, Vertrauen in die Zukunft irgendwie besitzt und sich auch danach verhält. Wir wissen ganz genau, wenn wir, was wir alle könnten, ein Jahr nichts kaufen würden, weder an Schuhen noch an Kleidern, an Möbeln, alles, was wir zum täglichen Verbrauch mit Ausnahme des Essens für unser Leben aufzuwenden haben, würden wir damit eine totale Krise herbeiführen. Und ebenso ist es in den Betrieben, wenn das Vertrauen besteht. Wenn man das Geld, das man etwa noch bei den Banken aufnehmen muß, nicht wieder zurückzahlen kann, dann wird man nicht investieren. Und wenn jemand nicht den guten Glauben hat, daß er außer den möglichen Investitionen auch noch etwas verdient, dann wird er kein Risiko eingehen. Und das Risiko, das Unternehmerrisiko, das so entscheidend ist, das hängt sehr wesentlich damit zusammen, daß er glaubt, mit seinem Geschäft, mit seiner Produktion durchzukommen.

Hier ist der Unternehmer von größter Bedeutung, gleichgültig, ob er ein Privater oder ob er ein Vorstandsdirektor oder Generaldirektor eines verstaatlichten Unternehmens ist. Ich habe keinen Witz damit gemacht, wie ich dem Herrn Leitner angeboten habe, er soll Unternehmer werden, sondern es ist wohl so, daß wir leider die Leute nicht finden, die bereit sind, Unternehmerrisiko zu übernehmen, die auch dann

nicht dazu bereit sind, wenn wir dafür sehr, sehr beachtliche Rimessen anbieten, wie wir das sehr wohl aus unserem Landesbudget tun können. Aber es ist die Lust nicht da, es ist das Vertrauen nicht da, das Geld aufzunehmen und damit zu arbeiten.

Ich darf in dem Zusammenhang auch noch eines sagen: Bauen oder nicht bauen, Sozialleistungen oder bauen, das ist auch ein sehr entscheidendes Problem. Ich will jetzt nicht etwa in die Gruppe 5 zurückgreifen, aber das hängt sehr innig damit zusammen: Wir stehen beispielsweise vor der Auseinandersetzung mit den Kassen, ob wir ihnen die von uns geforderten Schillinge abnehmen sollen oder ob wir uns irgendwo einigen sollen; weil wir einen Abgang im Haushalt haben von 35 Millionen, wollen wir begreiflicherweise wenigstens einen Teil davon durch Gebührenerhöhungen hereinbringen, denn wenn wir das nicht tun, würden wir pflichtvergessen sein. Und dann muß auch ganz offen gesagt werden, daß dann um die Abgänge weniger gebaut wird und weniger Menschen beschäftigt sein werden. Wir sind keine Zauberer. Und nirgends in der Welt gibt es Zauberer, die Geld ins Land bringen ohne Arbeit. Wir können Sozialleistungen nur dann für alle Zukunft gewährleisten und sicherstellen, wenn Arbeit da ist. Die Produktion, die Steigerung der Produktion, die Weiterentwicklung auch der Löhne und Gehälter, wenn wir all das wünschen, müssen wir wollen, daß Arbeit, und zwar trachtige, schöpfende, Geld schöpfende Arbeit da ist. Daher ist die Frage, sollen wir einfach sagen, jawohl, wir geben aus unseren Steuermitteln lieber auf die Seite hin, und wir geben auf die Seite Arbeitsbeschaffung weniger? Das ist die große Entscheidung, die wir zu verantworten haben. Wenn man versucht, uns vorzuwerfen, wir haben nicht das notwendige soziale Gewissen, dann darf ich Ihnen sagen, an dem Gewissen fehlt es uns nicht. Das haben wir durch die Jahre hindurch bewiesen, wo es uns noch leichter fiel, steigende Abgänge immer wieder zu decken. Aber heute, wo wir vor der Frage stehen: Arbeit beschaffen oder Sozialleistungen decken, müssen wir natürlich Überlegungen anstellen, weil wir nur von der wertschöpfenden Arbeit überhaupt alle, auch soziale Leistungen erbringen können.

Das ist es ja gerade, wenn man ans Bauen, denkt — und Sie alle, meine Damen und Herren, fast ausschließlich, haben ja in diesen paar Stunden jetzt nur ans Bauen gedacht. Aber, wie gesagt, das hat seine Grenzen. Wir haben viel Geld dafür, es wurde im heurigen Budget auch namhaft aufgestockt, es wird viel Geld von uns aus fließen, aber das allein genügt nicht, um alle die Sorgen zu bewältigen, die sicher dort und da berechtigterweise auftreten.

In dem Zusammenhang ist vielleicht auch wichtig festzustellen, daß die Koordinierung und die Einschränkung der Winterarbeitslosigkeit ein echtes Problem ist, das nicht vom guten Willen der Zusammenschau abhängt, sondern daß hier so viele Imponderabilien ein exaktes Bestimmen überhaupt nicht ermöglichen. Ich will nicht dar-

auf verweisen, daß der Herr Abgeordnete Stöffler zu dem Problem auch kurz Stellung genommen hat — so wie es der Gemeinde geht, geht es zum Teil auch uns — aber ich möchte nur folgendes meinen:

Herr Abgeordneter Loidl, es wird also von den Unternehmern stets gesagt, daß sie nicht zu disponieren wissen für die nächste Zukunft. Das ist auch gesagt worden in der überhitzten Zeit der Baukonjunktur, weil begreiflicherweise der Unternehmer gerne wissen möchte, wie auch noch in zwei oder drei Jahren sein Beschäftigungsstand und die Auslastung seiner Maschinen möglich sein wird. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Wer will das nicht? Jeder Arbeiter möchte seinen Arbeitsplatz gesichert haben. Der Beamte hat ihn ja gesichert. Jeder möchte Sicherheit haben, auch der Unternehmer. Auch hier kommen wir schon in echte Schwierigkeiten. Wir können nicht einfach zusehen, wie dort und da versucht wird, auch die Arbeit zu pragmatisieren. Das lähmt. Wissen Sie, daß der Zeitpunkt der Ausschreibung und der Vergabe, bis die Arbeit einsetzt, ein sehr, sehr langer Weg ist? Und diesen Weg vermochten wir in den vergangenen Jahren nicht abzukürzen. Man hat uns gesagt: Stellen Sie uns die Leute zur Verfügung, dann werden wir früher anfangen. Wir müssen zuerst dort fertig machen, jenen Bau, jene Straße fertig machen, wir müssen in Tirol oder in Oberösterreich oder in Niederösterreich fertig werden, dann werden wir schon beginnen — und wir hätten schon gern gesehen, daß im Frühjahr die Arbeit eingesetzt hätte, und nur, damit man bemerkt, daß überhaupt an der Straße gearbeitet werden wird, hat man im Herbst ein bißchen den Rasen des Bankettes vielleicht abgeschoben. (Abg. Scheer: „Das sieht man!“)

Das ist der Anfang, es wird wenigstens angedeutet, daß versucht wird, zu arbeiten, aber die Arbeit setzt dann in Wirklichkeit um ein Jahr später ein, als wir uns vorgestellt haben. Und dann muß ich auch dazu sagen: Wir haben uns letzstens über diese Frage im arbeitsmarktpolitischen Ausschuß unterhalten. Wir haben unsere Karten auf den Tisch gelegt. Der Herr Landesbaudirektor hat mitgeteilt, daß 60 Prozent der Arbeit im kommenden Jahr an Brücken bereits ausgeschrieben und vergeben sind. Er hat weiter berichten können, daß 40 Prozent im Straßenbau, etwa dasselbe im Hochbau und besonders bei den sehr interessanten Autobahnbrücken auch über 60 Prozent schon vergeben sind, so daß also von unserer Seite vieles vorgesorgt ist, um eine solche Zusammenschau zu erreichen. Wir werden sehen, wie es funktioniert. Es wurde dann gesagt, weil ich auch diese Frage aufgeworfen habe, da muß man halt schwarze Listen auflegen, da muß man kontrollieren. Ich bin also ein absoluter Gegner von schwarzen Listen. Es darf keine schwarzen Listen in einer Demokratie geben. Der Herr Birzele hat sie gefordert.

Die Kontrolle: Natürlich wird man kontrollieren, das Arbeitsamt hat die Möglichkeit, zu kontrollieren. Aber was sollen wir tun, außer daß wir dem Unternehmer sagen: Was ist denn, fangen Sie endlich mit der Arbeit an!

„So einfach sind die Dinge nicht, am guten Willen möchte ich ausdrücklich sagen, fehlt es nicht. (Landesrat Gruber: „Herr Landeshauptmann, der Ausdruck, schwarze Listen ist nicht gefallen!“)

Hat er gesagt, ausdrücklich, ist auch protokolliert. Er hat es sicher nicht im schlechten Sinne gemeint, aber Listen führen, was heißt denn das letzten Endes? Ich kann ihn ja gar nicht ausschließen, wenn er sonst ein ordentlicher Unternehmer ist, wenn er alles ausgezeichnet erfüllt hat, wenn er Bestbieter ist, wie soll ich ihn ausschließen? Das ist alles außerordentlich schwierig. Die Koordinierung in der Bauwirtschaft ist nicht so einfach. Sie hängt letzten Endes auch mit den Arbeitnehmern selbst zusammen. Es ist ja heute auch schon ein paarmal gesagt worden, es gibt halt Leute, die sehr fleißig und viel arbeiten im Sommer und die dann im Herbst, im Spätherbst und in den harten Wintermonaten Dezember, Jänner, ganz froh sind, wenn sie sich auch einmal ein bisserl ausruhen oder ausrasten können.

Ich müßte also eigentlich auf das Baugeschehen im Lande eingehen, aber das würde, wenn ich etwas präzise sein wollte, zwei Stunden in Anspruch nehmen. Ich hätte da eine Menge Unterlagen, es ist gar nicht wenig, was man so an Papier zur Verfügung gestellt bekommt, aber ich möchte mir das ersparen, vielleicht ist einmal eine Gelegenheit, daß man näher darauf eingeht. Ich darf Ihnen nur folgendes sagen. Wir bauen jetzt, wir haben Gott sei Dank ein paar Großbaulose, die größten, die es überhaupt in der Steiermark auf dem Bausektor bisher gegeben hat, das ist das Baulos Aulalafnitz, das ist das Baulos von Gleisdorf herein bis nach Nestelbach. Es gibt großartige Bauwerke, das eine allein, das letzte Baulos, das ausgeschrieben ist, kostet 178 Millionen Schilling. Es kostet 1 km Autobahn bei uns 30 Millionen Schilling, 1 km Bundesstraße 4 Millionen und 1 km Landesstraße etwa 250.000 Schilling. Das sind also ungeheure Unterschiede. Aber es ist erfreulich, daß wir dieses Baugeschehen bei uns zu verzeichnen haben, weil es uns einen echten Aufschwung gegeben hat, ein echtes Anfeuern seit dem vorigen Jahr gegeben hat, wir haben allein bisher schon 60 Millionen für die Grundablösen ausgegeben und wir sind mit unseren Vorarbeiten so weit, daß wir ohne große Schwierigkeiten weiterbauen können, also von Aulalafnitz bis Mooskirchen. Und es geht die übrige Planung nach dem Norden, als nach dem Süden sehr ordentlich weiter. An Plänen, weil das heute auch schon einmal gesagt wurde, es fehle an Plänen und Konzepten, ich bitte Sie, lassen Sie sich das nicht einreden, ich bitte Sie, glauben Sie das nicht, wenn es nur auf die Konzepte und auf die Pläne ankäme, Herr Gott noch mal, da könnten wir also bauen, daß es eine Lust wäre, es fehlt eben nicht an Plänen und nicht an Konzepten, sondern es fehlt wirklich nur am Geld, glauben Sie mir das.

Wir haben des weiteren eine sehr beachtliche Entwicklung überhaupt im Straßenbau zu verzeichnen, wir sind also wirklich ein Stück wei-

tergekommen, das glaube ich, darf ich also sehr sehr deutlich sagen, wir sind weiter als wir es bisher erwartet haben, wir haben doch die Einfahrtsstraßen etwa von Westen nach dem Südosten jedes Baulos im Bau und wir werden in 3 Jahren vom Pötschen bis nach Graz bzw. bis nach St. Michael besser gesagt, oder man könnte auch sagen bis Rottenmann, eine völlig neue Straße gelegt haben. Sie ist sicher zum größten Teil auf der alten Trasse aber völlig neu und modernst ausgebaut. Diese Entwicklung geht also sehr sehr gut weiter. Wir haben unser Teilstück von Schladming nach Mandling an die Salzburger Grenze ausgeschrieben, es kann also von uns aus zu Bauen begonnen werden, wie weit die Salzburger uns hier entgegenkommen bis Radstadt ist eine andere Frage, wahrscheinlich werden wir auf dieses Stück noch länger warten müssen. Wir sind endlich doch im Ausbau unserer Straßen, die durch das Ennstal gehen, sowohl der Landesstraßen, als auch der Bundesstraßen, wir kommen hier ein echtes Stück weiter, es ist die Mariazellerstraße, die ja nur zum Teil eine Einfallstraße ist, auch sehr großzügig ausgebaut worden, es ist lediglich noch die Nordrampe der Mariazellerstraße, die auf einen Ausbau wartet, wir haben die völlige Regenerierung der Straße von Bruck a. d. Mur bis nach Graz durchgeführt, es ist die Umfahrung Leoben hinter uns, es ist die Umfahrung Gratkorn hinter uns, es ist der Präbichl endlich begonnen, er wird uns noch sehr kostspielig einige Zeit in Anspruch nehmen, er ist sehr kostspielig, er wird ungefähr 160 Millionen kosten, er wird uns also noch einige Sorgen bereiten, es ist die Bundesstraße nach Soboth auf unserer Seite rasch vorangetrieben worden, wir könnten sie noch rascher bauen, wenn wir nicht zu Verzögerungen deshalb kommen mußten, weil eben die Kärntner erstens einmal mit der Planung sich sehr lange Zeit gelassen haben und nun noch immer nicht beginnen wollen, obwohl uns das Bautenministerium zugesagt hat, daß im kommenden Jahr auch das Bautenministerium alles tun werde, um diesen Baubeginn zu erwirken. Der Minister könnte ja schließlich und endlich den Kärntnern eine Weisung geben, wenn er wollte, ob er das will, weiß ich nicht. (Abg. Zinkanell: „Straßenbaureferent ist in Kärnten der Landeshauptmannstellvertreter Weißmann von der ÖVP!“)

Kriegen tut die Weisung auf jeden Fall der Landeshauptmann, wenn er sie auch weitergeben muß an den Stellvertreter. Aber der Minister kann sie nur dem Landeshauptmann geben. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ja bitte, ich weiß nicht, wie weit der Landeshauptmann von Kärnten auf seine Stellvertreter Einfluß hat. Wie das bei uns ist, weiß ich schon. (Heiterkeit) Er ist auch nicht sehr groß, aber immerhin. Ich meine in solchen Fragen, würde es gar keine Schwierigkeiten geben, würde leicht Übereinstimmung zu erzielen sein.

Wir haben die sogenannte Grenzlandstraße ausgebaut, und wenn ich jetzt nach dem Osten weitergehe, so ist die Wechsel-Bundesstraße im nächsten Jahr durchfahrbar von Pingauberg her-

unter über Dechantskirchen herein bis nach Rohrbach. Die Zwischenstücke sind auch schon geplant, das heute angeführte Stück von Hartberg in Richtung Rohrbach bzw. Laßnitz ist ja schon ausgeschrieben und schon in Arbeit. Es wird also in 3, spätestens 4 Jahren, weil auch das Stück von Pingauberg nach Mönichkirchen schon geplant ist und ausgeschrieben wird, es könnte also in 4 Jahren eine völlige durchgehende Straße, die Wechsel-Bundesstraße, von Mönichkirchen angefangen bis nach Graz fertig sein, das heißt schon Anschluß dann an die Autobahn finden. Es ist eine langwierige Arbeit und eine weitgehende Neuanlage überhaupt dieser ganzen Wechsel-Bundesstraße geschehen und erfolgt.

Wenn ich da weitergehe, so haben wir hier sicher noch einige offene Wünsche, vor allem die Querverbindungen vom Mürztal über das Feistritzal herüber in die Vorauer Gegend, wir gehen auch im kommenden Jahr wieder ein Stück weiter und schließlich und endlich bauen wir, was heute auch als Wunsch aufgetreten ist, den sogenannten Feistritzalsattel, der einen Übergang der Landesstraße 1, von Weiz, Rottenegg nach Kirchberg am Wechsel, nach Niederösterreich bringt und eine kürzere Verbindung vor allem für die Fremden, die aus Wien kommen sein wird. Es wird auch auf niederösterreichischer Seite gebaut und dann wird auch die Querverbindung errichtet, ein Teilstück, vor allem eine Brücke ist ja von Krieglach über das Alpl im Bau und wir werden dafür besorgt sein, daß der Weiterbau nach St. Kathrein a. Hauenstein vor sich geht und damit hätten wir auch dieses Zwischenverbindungsstück in Ordnung gebracht.

Die Triester Bundesstraße ist natürlich die frequentierteste Straße. Sie ist ja, soweit notwendig, regeneriert, sie ist natürlich mit den zwei Bahnen zu schmal. Hier wird ja sehr studiert, wie weit man überhaupt ausweichen kann. Hier komme ich dann zur Umfahrung von Mürzzuschlag. Wir sind der Auffassung, daß die Notumfahrung gemacht werden soll. Wir werden uns ja zusammenstreiten müssen. (Landesrat Sebastian: „Die Prethul müssen wir auch machen!“)

Das kommt später. (Abg. Leitner: „Herr Landeshauptmann, was Sie vorschlagen, ist ja keine Umfahrung, sondern eine Durchfahrung!“)

Die Mürzzuschlager werden bestimmt froh sein, wenn es so geschieht. (Abg. Leitner: „Die Mürzzuschlager wollen etwas anderes!“)

Es ist doch eine ernste Planung geschehen von zwei Seiten. Es wird sich zeigen, ob man mit der Stadtgemeinde jetzt endgültig zusammenkommt oder nicht. Ebenso ist die Umfahrung von Kindberg an sich abgesprochen. Mit dem Bau der Umfahrung Bruck wurde begonnen, es geht halt leider sehr langsam. Ich habe mir schon überlegt, ob man nicht dort die eine oder andere Stahlbrücke bauen könnte, vielleicht ginge das schneller. Wenn wir jetzt — und das wird großzügig angegangen — noch die Gaberlstraße, die eine Landesstraße ist, flott ausbauen, so könnten wir nicht nur eine entsprechende Entlastung errei-

chen, sondern dann hätten wir ein Straßennetz, das von Graz in alle Richtungen oder auch nach Graz geht und das ganze Land irgendwie befruchtet. Wir könnten sagen, wir haben gute Straßen, nur ist die Fahrbahnbreite, praktisch der Raum für die Autos, deshalb zu klein, weil halt zu viele Autos fahren. Es werden noch immer mehr und mehr fahren. Das ist uns völlig klar. Ich glaube aber auch, daß eine gewisse Entlastung mit dem Bau der Pipeline eintreten wird. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Schwersttransporte der Öl- und Benzintanker — die Benzintanker werden zwar nachher auch noch fahren müssen, — aber vor allem der Öltanker — des Rohöls, es wird ja sehr viel Rohöl transportiert — sicher ein echtes Verkehrshindernis sind. Der Bau der Pipeline wird im kommenden Jahr ernste Formen annehmen. Die bisher bestehenden Hindernisse in Kärnten sind beseitigt, wie wir sowohl in einem Fernschreiben als auch in den heutigen Zeitungen lesen. Es wird mit der Vermessung bereits im Frühjahr begonnen und auch im Spätherbst schon mit dem Bau der Pipeline angefangen werden. Ob sie auch bis in die Steiermark schon im Herbst kommen, oder ob sie hier Teilstücke beginnen, das steht noch nicht ganz fest. Jedenfalls ist mit dem Bau dieser Pipeline, die sicher eine Entlastung für die Straßen bringen wird, im nächsten Jahr zu rechnen. Eine etwa zweijährige Bauzeit ist vorausgeplant, so daß man rechnen könnte, daß 1970 hier eine echte Entlastung auf den Straßen mit diesen belasteten Tankern eintreten würde. Gleichzeitig wird ja zu diesem Zeitpunkt auch dann die Raffinerie, allerdings erst 1971, fertig werden, aber der Baubeginn wird Ende des Jahres einsetzen, die Grundablösen — so wurde uns vor kurzem mitgeteilt — werden im Jänner bereits beginnen. Der Raum der Raffinerie steht noch nicht endgültig fest, aber es ist zu erwarten, daß eine Änderung etwa in Richtung nach dem Westen vor sich gehen kann. Das ist noch nicht völlig abgeschlossen, aber es wird in den nächsten Wochen darüber völlige Klarheit herrschen.

Und jetzt soll ich Ihnen noch sagen, außer den Straßen, die wir zu bauen haben, unser Bauamt und die Herren in den Bauämtern, haben wir natürlich die umfassende Arbeit für den Wasserbau, der eine große Aufgabe ist und für den wir jährlich mehr Geld zur Verfügung stellen, dann ist damit der Bau unserer Kanäle und unserer Wasserleitungen verbunden, Landestief- und Hochbau, Orts- und Landesplanung, die immer mehr an Bedeutung gewinnt vor allem auch als Koordinationsstelle, die das Baugeschehen im Lande zusammenfassen soll, damit nicht dort Grund zusammengelegt und dann eine Straße darüber gebaut wird oder ebenso das Abstimmen mit den Bahnen, das Abstimmen mit der Straße oder dgl. oder umgekehrt oder mit Bauland und dgl. ist eine Sache der Landes- und Ortsplanung. Die Bearbeitung der von den Gemeinden zugeleiteten Flächennutzungspläne ist ebenso eine solche Aufgabe.

Nicht uninteressant ist vor allem der Tätigkeitsbereich auch für die allgemeinen technischen Angelegenheiten, der sogenannte Amts-

sachverständigendienst. Hier haben wir die Großprojekte Pipeline und Raffinerie, ebenso die Haldenschüttung auf dem Erzberg oder den Klärteich der Fohnsdorfer Kohlengrube oder das Gewerbe- und wasserrechtliche Verfahren der Steweag beim Dampfkraftwerk in Werndorf, die Bauplanung für die Bundesanstalt für Maschinenbau und Elektrotechnik und die bauoberbehördliche Genehmigung. Es ist reichlich zu tun. Außerdem haben wir noch die ganze Kraftfahrzeugüberprüfung. Damit ist auch eine beachtliche Arbeit verbunden.

Der Brückenbau sowohl des Bundes als auch des Landes: Hier sei gesagt, daß im Jahre 1967 etwa 146 Brücken gebaut wurden, davon 78 auf Bundesstraßen und 68 auf Landesstraßen. Es gäbe hier vor allem auch noch zu sagen, daß die Oberbauleitung der Südautobahn eine ganz große und eine der schönsten Aufgaben der Bauleute, wie man sie sich vorstellen kann, ist und daß wir dieser Frage unser ganzes Augenmerk zuwenden.

Ich möchte nicht verhehlen noch zu sagen, daß die Wasserversorgungswirtschaft natürlich auch bodenkundliche Untersuchungen notwendig macht, um überhaupt zu sehen, wie es im Grundwasser aussieht. Das Wasserbaulaboratorium hat die Aufgabe, die Trinkwasseruntersuchungen durchzuführen und die Dinge wissenschaftlich zu durchleuchten, alles Aufgaben die nach außen hin gar nicht so sehr in Erscheinung treten, dennoch aber für das Leben der Steirer von ganz entscheidender Bedeutung sind.

Der Wohnungswiederaufbau wurde ebenfalls vom Landesbauamt betreut, wird jetzt aber an die Abteilung 14 (Wohnungs- und Siedlungswesen) übergehen.

Und zum Schluß darf ich noch zu dem umstrittenen Projekt, das aber eine wichtige Verkehrsaufgabe der Zukunft meiner Überzeugung nach ist, etwas sagen, und zwar die sogenannte Phyrnpaß-Autobahn, gehen tut es um das Teilstück, das also von Satledt über den Phyrn nach St. Michael und durch die Gleinalpe nach Deutschfeistritz und Graz führen soll. Diese Straße hätte eine Länge von 235 km, es würde also, wie gesagt, eine Autobahn zu bauen sein, 170 km davon würden allein in der Steiermark liegen und das Stück, das uns hier besonders interessiert, um das wir ringen, ist das von St. Michael nach Deutschfeistritz, das würde ungefähr 25 km lang sein. Die Kosten dieser Autobahn liegen etwa nach dem Kostenfaktor 30 Millionen Schilling pro km bei 7 Milliarden, das Stück zwischen St. Michael und Deutschfeistritz etwa 1,7 Milliarden. Wir werden uns diese Sache, diese Aufgabe ganz besonders angelegen sein lassen, weil wir der Überzeugung sind, daß eine Entlastung der Straße Bruck—Graz, wie das ja schon heute von mehreren Herren gesagt wurde, unbedingt notwendig ist. Und wenn man also hier koordinieren könnte, eine Zusammenschau zusammenbrächte, daß man St. Michael—Deutschfeistritz vorziehen könnte, so würde wahrscheinlich auf der Strecke Graz—Bruck doch mit Ausweichen auch gedient sein, um einen fließenden Verkehr sicherzustellen.

Das sind also Probleme unseres Bauens, es ist wie gesagt eine Lust zu bauen, wir hatten das Glück, das es überall gut gegangen ist und wir keine größeren Unfälle zu verzeichnen hatten. Es wird auch der Versuch unternommen, das Abrechnen, das uns ja einige Schwierigkeiten bereitet, weil der Winter immer zu kurz ist, also die Zeit, in der man abrechnet und nicht draußen tätig ist, es wird also der Versuch unternommen, mit dem Rechenzentrum die Abrechnungen durchzuführen. Es ist an sich eine sehr einfache Sache, wenn sie einmal funktioniert. So einfach ist aber das Funktionieren nicht. Man braucht nur die Pläne auf ein Stahlband übertragen und dann kann man vom Baubeginn bis zum Bauende über das Rechenzentrum eine solche Baurechnung abrechnen. Es ist da noch einiger Widerstand, und es sind da noch einige ungläubige Herren, die etwa meinen, wer weiß kann das oder wird das gehen, es gibt also Unternehmer, die auch nicht ganz glauben, daß das funktioniert. Natürlich, es gibt beim Abrechnen immer Schwierigkeiten und Differenzen, solche Differenzen können auch bei der Abrechnung durch das Rechenzentrum oder durch den Computer in Erscheinung treten. Aber Toleranzen wird es immer geben. Wenn man nachträglich glaubt, man sei schlechter dran, und noch einmal nachzurechnen versucht und kommt z. B. darauf, daß etwa eine Toleranz von 0,5 Prozent auftritt, ja, wenn ich mir soviel Arbeit erspare, dann spielt diese Differenz überhaupt keine Rolle. Ich glaube, das wäre ja die große Zukunft des Rechnungswesens, wenn diese Experimente, die jetzt laufen, ihren notwendigen Rückhalt sowohl bei unseren Beamten, als auch bei den Unternehmern finden würden.

Ich darf zum Schluß noch eines sagen. Es scheidet mit Ende dieses Jahres unser Baudirektor Dipl.-Ing. Hahne aus. Er war ein treuer Diener dieses Landes und er hat von 1945 bis herauf in diese Tage und bis zum Ende dieses Jahres sein ganzes Können und Wissen in den Dienst des Straßenbaues gestellt und er hat es verstanden mit den Gemeinden, er hat verstanden mit den Menschen dieses Landes und mit den Politikern dieses Landes und auch mit seinen Referenten nicht nur zu reden, sondern treu zu dienen. Und dafür möchte ich ihm herzlich und aufrichtig danke sagen. (Allgemeiner Beifall)

Es scheidet ferner aus — das Gesetz würde es noch nicht befehlen — unser Hofrat vom Wasserbau Dipl.-Ing. Moosbrugger, er ist auch ein alter, getreuer Diener dieses Landes. Ich wünsche ihm, daß er, wenn er in Pension ist, sich leichter und wohler fühlt, daß er sich erholt und daß er noch recht lange uns doch auch einmal mit einem Rat zur Seite steht, er ist ja nicht nur ein gewissenhafter Mensch und Arbeiter gewesen, sondern er ist so der Typ des Wissenschaftlers, der sich sehr gründlich um den ganzen Wasserbau gekümmert hat. Ich wünsche auch ihm alles alles Gute und danke ihm herzlich. (Allgemeiner Beifall)

Es sind nicht nur die zwei, es gibt noch einen Hofrat Bittgen, der auch ausscheidet, der ist

zwar nicht in meinem Ressort, aber doch im Landesbauamt, auch ihm danke ich schön, und allen, die ausscheiden danke ich aufrichtig, weil sie treue und gute Leute waren. Und ich hoffe, daß wir das Jahr gut überstehen, lieber Loidl, ich glaube es, daß wir es gut überstehen, aber ich glaube auch eines, daß wir uns alle anstrengen müssen und es liegt überhaupt — meiner Überzeugung nach — nur in der Leistung und vielleicht wird das nicht ausgesprochen, weil es nicht angenehm ist, wenn wir nicht irgendwo in Schwierigkeit geraten, das wird nicht ausbleiben — wenn, dann würden wir die Insel der Glückseligen sein, oh welches Glück, wenn es so wäre. Aber, wenn irgendwo Schwierigkeiten auftreten, dann glaube ich wirklich, daß wir auch den Mut haben müßten, zu sagen, jetzt müssen wir etwas bescheidener sein, wir müssen sparen und vielleicht dort und da mit mehr Geist und auch mit der Hände Arbeit größere Leistungen erzielen und erbringen. Ich glaube, daß das sehr wohl ein gut angelegtes Kapital für die Überwindung von Schwierigkeiten sein würde. Es ist meine feste Überzeugung, daß man auch, wenn es einmal hart geht, wenn man sich anstrengt und wenn man will, solche Schwierigkeiten überwinden kann. Daß wir uns mehr anstrengen müssen in der Zukunft, das ist gar keine Frage, daß wir mehr suchen müssen um Aufträge in der Welt und daß wir dort und da auch mit unseren Preisen zurechtkommen müssen, um exportieren zu können. Es besteht gar kein Zweifel, daß wir die innere Ruhe brauchen auch auf der Lohnfront, auch auf der Preisfront, das ist meiner Überzeugung nach unumgänglich notwendig, wenn wir die Schwächen und noch dazu die Schwächen, die ein kleines Land überfallen, ausgleichen wollen. Sie sind viel schwerer auszugleichen wie in einem großen Lande, aber wenn wir wollen, werden wir — und das ist meine feste Überzeugung — Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten und ein härteres Leben auch überwinden, weil wir doch den Glauben und die Zuversicht haben können, es geht in der Zukunft alles wieder gut. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort zum Schlußwort.

Abg. Ing. Koch: Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In nahezu achtstündiger Beratung haben 32 Damen und Herren dieses Hohen Hauses eingehend zu diesem Kapitel 6 Stellung genommen. Das ist ein bisheriger Rekord, ebenso wie die Summe in dieser Gruppe, die ja erstmalig über 1.000 Millionen Schilling beinhaltet. Diese gewaltige Summe wird wahrscheinlich eine große Initialzündung im steirischen Bauwesen erbringen und in der gesamten steirischen Wirtschaft einen beachtlichen Auftrieb bringen und viele private Millionen mobilisieren. Ich glaube, wir dürfen mit Zuversicht und Optimismus in das Jahr 1968 gehen und ich bitte alle Damen und Herren, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben und

wiederhole diesen Antrag, den ich eingangs schon gestellt habe.

Präsident: Die Abgeordneten, die dem Antrage zustimmen, wollen ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.) Damit ist die Gruppe 6 angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.“

Berichterstatter ist Herr Abg. Josef Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort zu seinem Bericht.

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 7 gehört zu den umfangreichsten Gruppen des Landesbudgets. Wir können gleich beginnen mit dem Kapitel Feuerwehrwesen. Wer selbst aktives Mitglied der Feuerwehr gewesen ist, weiß, welcher Idealismus notwendig ist, um jederzeit, bei Sturm und Regen, bei Schnee und Kälte seine Pflicht zu erfüllen eingedenk des Wehrspruchs „Gott zur Ehr, dem nächsten zur Wehr“. Die mehr als 30.000 Idealisten, welche den Mannschaftsbestand der mehr als 700 freiwilligen Feuerwehren, der zahlreichen Betriebsfeuerwehren des Landes Steiermark bilden, haben ein Recht darauf, finanziell unterstützt zu werden. Das Land Steiermark stellt für diesen Zweck für das kommende Jahr einen Betrag von fast 12 Millionen Schilling zur Verfügung.

Über 2 Millionen betragen die Ausgaben für das Landestierspital und die angeschlossene Hufbeschlagsleherschmiede. Diese Hufbeschlagslehranstalt war einstmals weit über die Grenzen der Steiermark hinaus bekannt, hat aber naturgemäß in den letzten Jahren eine Schrumpfung erfahren — ich brauche die Gründe nicht weiter zu erklären, es ist das der Rückgang der Pferdehaltung.

Die Landwirtschaft steht mit 137 Millionen Schilling zu Buch. Wir finden hier die Unterabschnitte Meliorationen, allgemeine Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Tierzuchtförderung, Güter- und Almwege, Besitzfestigung, die Beiträge an die Bauernkammern und an die Landarbeiterkammer und einen Betrag, der mir besondere Freude macht: es sind die fast 33 Millionen, welche für die Erhaltung und den Ausbau unserer 14 steirischen landwirtschaftlichen Fachschulen im Voranschlag aufscheinen. Ich glaube, daß keine andere Summe so gut angelegt ist und so gute Zinsen tragen wird. Wir finden die Unterabschnitte land- und forstwirtschaftliche Versuchsanstalten, rund 1,5 Millionen stehen für die bäuerlichen Berufsschulen zur Verfügung, und ein Kapitel „sonstige Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft“.

Die gewerbliche Wirtschaft steht mit 14 Millionen Schilling zu Buch auf der Ausgabenseite, die Verkehrsförderung, im wesentlichen die finanziellen Unterstützungen für die Austrian Airlines, scheint mit über 4,5 Millionen auf.

Fast 45 Millionen Schilling gedenkt das Land Steiermark im kommenden Jahr zur Förderung des steirischen Fremdenverkehrs auszugeben. Es

hieße Wasser in die Mur zu tragen, wollte ich die große wirtschaftspolitische Bedeutung des Fremdenverkehrs noch weiter beleuchten. Es wird das sicherlich in der Spezialdebatte durch verschiedene Redner in erschöpfender Weise gesehen.

Für die Förderung der Industrie sind 13,630.000 Schilling vorgesehen, für Katastrophenschäden und deren Behebung 10,5 Millionen, wobei wir nur hoffen wollen, daß wir von diesem Betrag im kommenden Jahr möglichst wenig Gebrauch machen müssen.

Insgesamt scheinen in der Gruppe 7 Ausgaben von 238,678.100 Schilling auf, denen Einnahmen von 60,903.100 Schilling gegenüberstehen, so daß hier aus allgemeinen Steuermitteln ein Landeszuschuß von rund 178 Millionen nötig ist.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Budgetsitzung mit dieser Gruppe eingehend befaßt und im Auftrage des Finanz-Ausschusses darf ich den Antrag stellen, das Hohe Haus möge die Gruppe 7 mit den genannten Ansätzen zum Beschluß erheben.

2. Präsident Afritsch: Als erstem erteile ich Herrn Abg. Lafer das Wort.

Abg. Lafer: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie alle Wirtschaftszweige, so befindet sich auch die Landwirtschaft in einem großen Umwandlungsprozeß. Es ist aber sicherlich verfrüht, das Endergebnis dieses Prozesses voraussehen zu wollen. Jedenfalls sind sich alle objektiven Beobachter im Wirtschaftsgehen in Österreich und auch in fast allen Teilen der Erde darüber einig, daß in der Entwicklung, die sich zur Stadt und zur Industrie verschoben hat, die Landwirtschaft und das Land benachteiligt wurden. Der Bauer will nichts Besseres, er will aber auch nichts Schlechteres sein als die Angehörigen der übrigen Berufsstände. Der Bauer hat ein Anrecht darauf, als gleichwertiger Teil im Ganzen zu gelten. Unsere bäuerliche Jugend fordert Gleichberechtigung in allen Lagen des Lebens. Wir sind verpflichtet, diese Gleichberechtigung zu erwirken, wenn wir einer weiteren Landflucht begegnen und die Jugend als künftige Hoferben behalten wollen.

Wenn man die Landwirtschaft als Ganzes betrachtet, so ist ihre Tätigkeit überaus lebenswichtig. Die Menschheit wird sich in den nächsten 35 Jahren verdoppeln. Ihre Ernährung ist aber keineswegs sichergestellt. Im Kampf gegen den Hunger entscheiden nicht die industrialisierten oder kollektivierten Großbetriebe, sondern einzig und allein die bäuerlichen Familienbetriebe. Wir sind in der angenehmen Situation, daß unsere Landwirtschaft zum großen Teil aus Familienbetrieben besteht. Der flächenintensiv wirtschaftende Bauernstand darf nicht durch Gesundschumpfen geschwächt werden. Auf Ganze gesehen ist die sogenannte landwirtschaftliche Überproduktion, von der heute vielfach gesprochen und geschrieben wird, nur örtlich und kurzfristig. Der gesamte Ernährungsbedarf der Welt nimmt zu. Zu berücksichtigen ist dabei noch, daß manche Länder und Konti-

nente eine geradezu explosionsähnliche Bevölkerungszunahme aufweisen. Die Landwirtschaft ist aber nicht ein Industriekostenfaktor, sondern in ihrem noch lange nicht gedeckten Bedarf an Maschinen und Geräten, an Um- und Neubauten, als Konsument des Gewerbes und der Industrie ebenso wichtig. Auf die Dauer kann aber die Landwirtschaft nur soviel investieren, wie sie verdient. Es wäre deshalb, volkswirtschaftlich gesehen, unklug, das landwirtschaftliche Einkommen niedrig zu halten. Die agrarische Kernfrage heißt: Bäuerliche oder industrialisierte Landwirtschaft; Bauernhof oder Agrarfabrik?

Wenn auch manche Ökonomen in Ost und West die Entwicklung zum industrialisierten Großbetrieb auch in der Landwirtschaft für nicht aufhaltbar halten, so sieht eine andere Auffassung neben der Rentabilität übergeordnete soziologische Interessen und Notwendigkeiten. Der bäuerliche Familienbetrieb hat ein Recht auf eine Agrarpolitik, die seine Lebensfähigkeit und damit seine Existenz bewahrt. Auch die bäuerliche Landwirtschaft rationalisiert sich und ist bereit, sich strukturell anzupassen. Es ist aber wichtiger, die Zusammenarbeit der Betriebe zu organisieren als ihre ohnedies nur beschränkt mögliche Vergrößerung zu betreiben. Wichtiger als die Einsparung von Arbeitskräften ist in der Landwirtschaft die Erhaltung einer optimalen Zahl an lebensfähigen selbständigen Existenzen.

Die bäuerliche Landwirtschaft braucht aber auch die Unterstützung durch die Agrarwissenschaft. Sie ist bereit, sich aller wissenschaftlichen Erkenntnisse zu bedienen, soweit diese den Rentabilitätsbedingungen entsprechen und die Existenzen der Betriebe erhalten. Ich muß an dieser Stelle auch die unerfreuliche Feststellung treffen, daß wir wie in den anderen Ländern auch bei uns eine Unterbewertung der Landarbeit, eine Unterbezahlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die Überarbeitung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen bemerken.

Ich darf auch von hier aus an die furchtbaren Folgen der Kriegshandlungen erinnern. 13.000 Bauernhöfe waren zerschossen oder niedergebrannt. Oft war kein einziges Stück Vieh im Stall. Die Strukturprobleme in der Landwirtschaft kommen auch in deren Anteil am Nationalprodukt zum Ausdruck. Unsere Landwirtschaft erreichte im Jahre 1966 einen Reinertrag von nur 722 Schilling je ha. Es spricht für sich, wenn ich feststellen muß, daß der Reinertrag, gemessen am Aktivkapital bloß eine Verzinsung von 1,3 Prozent erbrachte. Die landwirtschaftliche Produktion kann nicht beliebig ausgeweitet werden, denn Grund und Boden lassen sich nicht vermehren. Der technische Fortschritt kann nicht beliebig gesteigert werden. Vom Markt her ist durch die Entwicklung der Nachfrage eine Begrenzung gegeben. Zum Strukturproblem gehört auch der Übergang von der Selbstversorgerwirtschaft zur Marktwirtschaft. Heute ist alles auf den Markt eingestellt. Nicht zu übersehen ist dabei auch der Anteil an der bäuerlichen Gesamtbevölkerung. Vor 100 Jahren betrug die bäuerliche Bevölkerung noch 80 Prozent, heute

beträgt dieselbe nur mehr 16 Prozent, in der Steiermark sind es noch 20 bis 22 Prozent. Der Abgang an menschlicher Arbeitskraft, der aus diesen Zahlen zu ersehen ist, mußte durch technische und maschinelle Hilfsmittel ersetzt werden. Von der Handarbeit mußte zur Maschinenarbeit übergegangen werden. Die Technik hat auch in den bäuerlichen Betrieben Eingang gefunden. Dies bedingt wieder, daß der Landarbeiter und alle in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen echte Facharbeiter sein müssen. Gestatten Sie mir einige Zahlen zu bringen, die den enormen Zuwachs an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aufzeigen.

In der Steiermark hatten wir im Jahre 1946 insgesamt 680 Traktoren, im heurigen Jahr zählten wir bereits 34.044 Stück. Bei den Motormähern verhält es sich ähnlich, so wurden im Jahre 1946 902 gezählt und diese Zahl hat sich bis zum Jahre 1967 auf fast 30.000 erhöht. Mährescher gab es im Jahre 1946 noch nicht, heute haben wir 819 Mährescher in bäuerlichen Betrieben. Diese gewaltige Erhöhung des Maschinenbestandes, verbunden mit den gleichzeitig vielfach notwendig gewordenen baulichen Investitionen, neben den Um- und Neubauten wurden vielfach völlig neue Bauformen entwickelt wie z. B. die Hallenbauweise, konnte natürlich nicht aus den vorhandenen Bargeldmitteln der Betriebe allein durchgeführt werden. Es war für die bäuerlichen Betriebsinhaber daher notwendig, den Kreditweg zu beschreiten. Wenn auch vielfach nieder verzinsliche Kredite vermittelt werden konnten, so hat doch die Gesamtverschuldung unserer Betriebe etwa 6,8 Milliarden Schilling, ein sehr bedenkliches Ausmaß angenommen. Wie kommt es nun zu dieser derartigen Verschuldung?

Diese Gründe liegen hauptsächlich in den für die Landwirtschaft geltenden Wirtschaftsbedingungen. Wissenschaft und Technik bieten der Industrie und vielfach auch dem Gewerbe unbegrenzte Möglichkeiten der Entwicklung. Die Landwirtschaft hingegen muß die Gesetze der Natur beachten und ist vollkommen dem Jahresablauf, dem Klima und den Witterungsverhältnissen ausgeliefert. Sie hat ihre Werkstätte in der freien Natur. Es ist daher auch nicht möglich, Menge und Preis der erzeugten Produkte im voraus genau festzulegen. Die Landwirtschaft kann sich die Technik auch nicht annähernd im gleichen Maße zu Nutze machen wie die anderen Berufsstände.

Es gibt keine einzige Maschine, die landwirtschaftliche Güter erzeugt. Gestatten Sie mir, einige Beispiele: Die Melkmaschine erzeugt keinen Liter Milch, der Motormäher keinen einzigen Grashalm, der Mährescher kein Brotgetreide, die Maschine ist hier nur Arbeitshilfe und Arbeiterleichterung und kann — was nicht oft genug gesagt werden kann — vielfach oft nur wenige Tage im Jahr eingesetzt werden. Als ausgesprochenes Bergland sind der Technisierung bei uns weitere natürliche Grenzen gesetzt. Die Wissenschaft hat unserer Landwirtschaft viel Gutes gebracht. Aber auch sie ist gegenüber den Naturgesetzen machtlos. Zwischen

Saat und Ernte, zwischen Belegung einer Kuh und der Geburt eines Kalbes, zwischen Blütezeit und Reife kann viel passieren. Es kann auch niemand im voraus sagen, ob es eine gute oder eine schlechte Ernte geben wird. Gerade diesem Risiko, das den Bauern niemand abnehmen kann, ist es aber zuzuschreiben, daß der Preis für die agrarischen Produkte als Lohn für die Bauernarbeit immer durch das eiserne Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

Die Landwirtschaft hat mit der Unterstützung der öffentlichen Hand für die Bauernschaft die landwirtschaftliche Zuschußrente gebracht. Von besonderer Bedeutung für den gesamten Bauernstand ist die neugeschaffene Bauernkrankenkasse. Hier wurde die Existenzfrage unserer Bauernschaft gelöst. Ich bedauere in diesem Zusammenhang aber sagen zu müssen, daß die Bauernschaft mit der Ärztekammer bisher zu keinem alle Beteiligten befriedigenden Übereinkommen kam, ich hoffe aber, daß in Kürze unter Vorsitz der Frau Sozialminister Rehor endlich die neu beginnenden Verhandlungen zu einem tragbaren Ergebnis führen werden.

Die Novelle zum Flurverfassungsgesetz hat das Ziel, die Grundzusammenlegungsverfahren zu beschleunigen und dadurch eine rationelle Betriebsführung zu ermöglichen. In den letzten sechs Jahren wurden in Österreich rund 143.000 ha zusammengelegt. Es sind aber noch fast eine Million ha zusammenlegungsbedürftig.

Das landwirtschaftliche Siedlungsgesetz soll dazu beitragen, daß landwirtschaftliche Betriebe geschaffen und erhalten werden können. Gedacht ist besonders an die Aufstockung bestehender kleinerer Betriebe, die Umwandlung von Pacht in Eigentum und die Übertragung ausgelaufener Höfe an geeignete Bewirtschafter.

Die Agrarverfahrensnovelle 1967 sieht vor, daß die erforderlichen Rechtsgeschäfte nicht mit Abgaben belastet sind. Das Ziel der Agrarpolitik muß sein, daß zu kleine Betriebe durch eine Besitzaufstockung größer und damit lebensfähig gemacht werden. Die für diese Maßnahmen vorgesehenen Agrar-Investitionskredite müssen dafür auch unbedingt weiterhin im vollen Ausmaße zur Verfügung gestellt werden. Im Sinne der Besitzaufstockung wirken natürlich auch die Meliorationen von Grundstücken. Meliorationen haben sehr häufig Flußregulierungen und Wildbachverbauungen als Voraussetzung. Zusammen mit den Kultivierungen von Grundstücken haben diese Maßnahmen bisher die jährlichen Verluste an landwirtschaftlichen Grundflächen im Ausmaß von 5.000 ha ausgleichen können. Die Weiterführung mit dieser Förderungsmaßnahme ist daher auch unerlässlich.

Die Situation auf dem Gebiete der Grundzusammenlegung ist dadurch gekennzeichnet, daß in Österreich im letzten Jahrzehnt ebenso viele ha zusammengelegt wurden, als in mehreren Jahrzehnten vorher. Eine ebenso große Fläche bedarf noch der Kommassierung. Bei dem derzeitigen Tempo würde es noch gute 20 Jahre dauern, bis die Flurbereinigung einigermaßen abgeschlossen ist. Der Engpaß liegt hier gar

nicht so sehr beim Geld, es fehlen hier vielfach auch die entsprechenden Fachkräfte und es ist daher Aufgabe der zuständigen Stellen, dafür zu sorgen, daß hier die entsprechenden Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden können.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Landwirtschaft ist auch die verkehrsmäßige Erschließung der Betriebe. Jeder Hof muß eine auto- und traktorbefahrbare Zufahrt haben, um in der Zukunft überhaupt bestehen zu können. In Österreich werden jährlich rund 2.000 km Güter- und Hofzufahrtswege gebaut. Auch hier würde es noch 20 Jahre bei Beibehaltung des derzeitigen Tempos dauern, um allen Betrieben diese lebenswichtige Verkehrsverbindung zu schaffen. Eine entsprechende Dotierung ist auch hier dringend notwendig.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Restelektrifizierung. Nach den Berechnungen der Verbundgesellschaft erfordert die Vollelektrifizierung, also Restelektrifizierung mit Vollelektrifizierung der Landwirtschaft noch eine Summe von etwa vier bis fünf Milliarden Schilling. Auch hier wird die öffentliche Hand gebeten, die öffentlichen Mittel bereitzustellen.

Zur weiteren Strukturverbesserung zählt schließlich auch die Wasserversorgung. Wir haben Bezirke in der Steiermark, in denen erst ca. 60 Prozent der Betriebe mit Fließwasser versorgt sind. Dieser Förderungsmaßnahme, die vor allem die Arbeit der Bäuerin erleichtern soll, ist größtes Augenmerk zuzuwenden und sind die entsprechenden Kredite und Beihilfen bereitzustellen. Die enorme Bedeutung der Verbesserung der Agrarstruktur und der Agrararbeit sind unbestritten. Es nimmt aber eine sehr, sehr lange Zeit, oft einige Generationen lang, in Anspruch. Sie ist sowohl für den einzelnen Betrieb als auch für die öffentliche Hand äußerst kostspielig. Ich bin aber der Meinung, daß der Verbesserung der Agrarstruktur auf lange Sicht der erste Rang gebührt.

Ich kann mit Stolz vermerken, daß die Versorgung unserer Bevölkerung zu rund 80 bis 85 Prozent durch die heimische Wirtschaft erfolgt. Dies gegenüber 75 Prozent in den Jahren vor dem Kriege.

Bedenken Sie aber, daß inzwischen die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft um ein gutes Drittel abgenommen haben. Ich möchte nochmals betonen, daß wir stolz auf diese Leistungen sind, obwohl unsere Gegner gerade bei der Erstellung der letzten Bundesbudgets immer wieder die Forderung nach einer Drosselung unserer Eigenenergie erhoben haben. Wir sind gottlob ein friedliches Land und haben uns zur immerwährenden Neutralität bekannt. Aber gibt uns dies einen Garantieschein, daß wir nicht durch kriegerische Geschehen oder politische Spannungen in anderen Ländern in Mitleidenschaft gezogen werden? Die heurige Nahostkrise hat uns bereits gezeigt, was alles möglich ist. Unsere Neutralität ist daher kein Unterpand, daß nicht heute oder morgen unsere Einfuhr aus dem Ausland unterbrochen werden kann. Verlassen wir uns nicht allzu sehr darauf, daß man in guten und ruhigen Zeiten oft Lebensmittel aus dem

Ausland billiger beziehen kann! Denn es gibt keine Sicherheit dafür, daß wir uns nicht eines Tages wieder mit dem bescheiden müssen, was unsere heimische Landwirtschaft hervorbringt. Wenn unsere Neutralität auch manche Sicherheiten verbürgt, wirklich frei ist ein Volk nur dann, wenn es sich aus eigener Scholle ernähren kann. Es ist daher angebracht, daß unsere Landwirtschaft auch weiterhin die verdiente Förderung erfährt. Ich muß in diesem Zusammenhang auch davor warnen, sich allzu sehr auf die Bodenverbundenheit der Bauernschaft und ihre Treue zur Heimat und zum Beruf zu verlassen. Auf die Dauer wird sie die Zurücksetzung und die Überbelastung nicht ertragen.

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, meine Ausführungen mit einem Satz aus der Rede unseres österreichischen Bauernführers Präsident Ök.-Rat Wallner, gehalten anlässlich einer Großkundgebung in Riegersburg, zu beschließen: „Einen größeren Brotlaib in der Tischlade zu haben, hat noch nie zum Unglück geführt, aber wehe, wenn sich die Mägen nicht füllen können.“ (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 7 sind zwei Problemkreise u. a. enthalten, mit denen ich im Bereich der Stadt Graz als Referent tagtäglich zu tun habe, auf der einen Seite das Feuerwehrwesen und auf der anderen Seite das wirtschaftlich außerordentlich bedeutsame Fremdenverkehrswesen. Ich möchte zu dem Abschnitt 716,701 Feuerwehr deshalb etwas sagen, weil in den erläuternden Bemerkungen zum Voranschlag ein Satz enthalten ist, in dem es heißt: „Außerdem soll die Stadt Graz Beihilfen erhalten.“ Mit den Beihilfen, meine Damen und Herren, ist es auf allen Gebieten so, daß man letztlich und berechtigt die Frage stellt, ob derjenige, der eine Beihilfe erhalten soll, auch selbst eine bestimmte Leistung erbracht hat.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen sagen, daß in den letzten Jahren die Ausrüstung der Grazer Berufsfeuerwehr in außerordentlich starkem Maße verbessert wurde. Neben Spezialfahrzeugen, wie dem Pulverlöschfahrzeug, einer neuen Drehleiter, einem neuen Kranwagen, das sind alles sehr umfangreiche, vor allem sehr kostspielige Fahrzeuge, ist auch eine Reihe von Löschfahrzeugen angeschafft worden. Es wurde die veraltete, ich glaube über 30 oder 40 Jahre alte Brandmeldeanlage in Graz erneuert und nach dieser Periode der Nachschaffungen ist nunmehr der Neubau der Feuerwache am Grazer Lendplatz, der Hauptwache, geplant und im ersten Teil auch bedeckt. Dieser Bau nun ist es, für den die Stadt Graz auch um eine Beihilfe an das Land herantritt und zwar deshalb herantritt, weil in diesem Bau, der — wie Sie sich vorstellen können, verhältnismäßig schwer durchgeführt werden kann, in allen vier Bauabschnitten muß die gesamte Einsatzbereitschaft

gewahrt bleiben usw. usw. — auch eine zentrale Meldestelle enthalten ist, mit einem sehr stark ausgebauten entsprechenden Schutzraum. Nachdem der Herr Landesrat Peltzmann ja auch der Zivilschutzreferent des Landes ist, ist das meiner Ansicht nach für das Land und für die Landeshauptstadt bedeutsam.

Um diese vier Bauetappen rascher und daher auch zweckmäßiger durchführen zu können, richtet die Stadt Graz an das Land das Ersuchen, von der Bestimmung in den erläuternden Bemerkungen auch real Gebrauch zu machen.

Der zweite Teil meiner Ausführungen richtet sich nun dem Fremdenverkehr und der Fremdenverkehrsentwicklung zu.

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, daß es kein Kunststück wäre, über die gesamtösterreichische oder steirische Entwicklung auf dem Fremdenverkehrssektor ein ausführliches, mit Ziffernmaterial belegtes Referat zu halten. Ich möchte mich aber darauf beschränken, jene Punkte anzuschneiden, die als Generallinie, als große Linie des Fremdenverkehrs in der Steiermark und der Landeshauptstadt zum Ausdruck kommen sollen, jene Generallinie, die auch gleichzeitig die Bemühungen und Bestrebungen in dieser Richtung erkennen läßt. Denn eines darf man nicht vergessen — selbst wenn man sich über die Tatsache freut, daß im Winterhalbjahr zum Unterschied von anderen österreichischen Bundesländern in der Steiermark noch eine Zuwachsrate im Fremdenverkehr zu verzeichnen war, — nämlich die Tatsache, daß wir hier in der Steiermark einen entsprechend großen Nachholbedarf gehabt haben und daß wir auf dem Sektor des Inländerfremdenverkehrs zweifellos schon weitgehend nachgeholt haben, beim Ausländerfremdenverkehr gegenüber anderen Bundesländern ebenso zweifellos noch etwas stärker in der Hinterhand sind.

Ich sage das nicht, um pessimistisch zu sein, um die Leistungen der Fremdenverkehrswirtschaft in der Steiermark herabzumindern, im Gegenteil, ich sage das in voller Anerkennung dieser Leistungen, aber unter dem Hinweis, nicht unbedingt den statistischen Vergleichszahlen volles Gewicht beimessen zu wollen, dann, wenn der Vergleich mit anderen Bundesländern angestellt wird.

Nun, meine Damen und Herren, diese Leitlinien oder Prinzipien: Vielleicht das erste als das Wichtigste herausgestellt. Nach dem 2. Weltkrieg, ja zu einem entsprechenden Ausmaß schon nach dem 1. Weltkrieg, ist die steirische Wirtschaft im besonderen Maße davon betroffen gewesen, daß das ursprüngliche Hinterland, daß die ursprünglichen Wirtschaftszweige, die vor dem ersten Weltkrieg in der starken Wirtschaftssader Triest—Graz bestanden haben, die den Südosten und zum Teil den Osten, ich meine hier die Gebiete des heutigen Jugoslawiens, Ungarn und Teile der Tschechoslowakei mit eingeschlossen haben, daß diese Gebiete nicht nur als Staatsgebiet verlorgengegangen sind nach dem ersten Weltkrieg, sondern daß auch vielfach neue Wirtschaftssysteme, neue Wirtschaftswege, neue Wirtschaftsverbindungen entstanden sind

und dadurch das wirtschaftliche Hinterland für den steirischen Raum verlorengegangen ist.

Der zweite Weltkrieg hat diese Entwicklung zweifellos noch verschärft, denn, wenn auch heute angesichts des wachsenden Verkehrsstromes in die Länder Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, nicht von einem eisernen Vorhang, von einer absoluten Grenze gesprochen werden kann, so darf doch nicht übersehen werden, daß dieser Zustand auch erst einige Jahre feststellbar ist und daß vorher sehr wohl ein vielleicht nicht ganz eiserner aber ein ziemlich eiserner Vorhang zwischen diesen Ländern und Österreich bestanden hat.

Nunmehr, und Hand in Hand gehend mit der von mir angeführten Entwicklung ist auch der gesamteuropäische Fremdenverkehr von der reinen Nord-Süd-Achse, die er bis dato inne gehabt hat, auf eine Nord-Süd und Süd-Ost-Achse umgeschwenkt. Mit der Zunahme des Ausbaues etwa der ganzen Urlaubsorte in Jugoslawien und am Schwarzen Meer ist diese Schwenkung vor sich gegangen und damit ist die Steiermark und ist Graz wieder verkehrsgeographisch in eine bessere und günstigere Position gekommen. Was ich mit den angeführten Tatsachen meine, ist folgendes: Daß es auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, also auf einem bedeutsamen Gebiet der Gesamtwirtschaft heute wieder möglich ist, die Wirtschaftsbeziehungen auch auf den Südostrum auszudehnen und die Wirtschaftsbeziehungen zum Nutzen der steirischen Wirtschaft wirken zu lassen. Es ist also so, daß verkehrsgeographisch und fremdenverkehrswirtschaftlich gesehen, die Steiermark und insbesondere die Stadt Graz mit den Verkehrsverbindungen, mit den Flugverbindungen, die Möglichkeit hat, einen Umschlagplatz für diesen Südostrum darzustellen und aus der Funktion des wirtschaftlichen Fremdenverkehrsumschlagplatzes ebenso an diesem Strom, wie er im Westen Österreichs nicht zu Unrecht heißt an diesem goldenen Strom, stärker Anteil zu haben als das bis nun möglich war.

— Ich glaube, daß diese Funktion besonders unterstrichen werden muß und daß in dem Sinne auch die Bemühungen der Steiermark und der Stadt Graz aufzufassen sind, weil es ja nicht möglich ist, in einer Stadt mit einer Größenordnung von einer viertel Million Einwohner nun eine Konkurrenz anzutreten mit einem reinen Kurort oder mit einem Sommerbad oder mit einer ähnlichen ausgesprochenen Fremdenverkehrsgemeinde. Diese Funktion des Umschlagplatzes ist also eine der Leitlinien. Und die zweite, meine Damen und Herren, ist die Auseinandersetzung mit dem sogenannten Gießkannenprinzip, jenes Prinzip das da also nun lautet — und es gibt eine Reihe von Vertretern dieses Prinzips — man müsse überall ein wenig für den Fremdenverkehr tun, man müsse überall ein wenig investieren und im Zusammenwirken dieser vielen niedrigeren Beihilfen, Unterstützungen, Förderungen könnte dann ein entsprechender Anreiz für eine Zuwachsrate im Fremdenverkehr gegeben sein. Meine Damen und Herren, die Entwicklung und zwar gerade

die Entwicklung dort, wo vielleicht 15 oder 20 Jahre überhaupt nichts im Fremdenverkehr geschehen ist und wo nunmehr auf den letzten Stand gebracht die notwendigen Investitionen durchgeführt werden, zeigt, daß es mit dem Gießkannenprinzip nicht getan ist, sondern daß es darauf ankommt, doch eine bestimmte Konzentration von Fremdenverkehrspunkten zu schaffen, wobei solche regional zusammenhängende Gebiete gemeinsam über eine große Zahl von Fremdenverkehrseinrichtungen verfügen müssen. Das heißt natürlich nicht nur, daß die Restaurationsbetriebe da sind, das heißt nicht nur, daß geeignete und modern ausgestattete Hotelbetten da sind, sondern, daß auch diese Unsumme von Nebeneinrichtungen, die bei der Kegelbahn meinethalben beginnen, die aber vielleicht beim Reitplatz, Tennisplatz, Golfplatz, bei Flugsport und Angeln, bei den Jagdmöglichkeiten ihr Ende finden, die ihre Aufenthaltsräume, Kurräume, Gesellschaftsräume mit einschließen und die auch die Möglichkeit bieten, eine Kette von Veranstaltungen abrollen zu lassen. Dieses Beispiel kann ja nicht nur bei uns, sondern ebenso im Ausland wirklich studiert werden, es ist ein Beispiel, das etwa einen Niederschlag in einem Veranstaltungsprogramm in einer solchen Fremdenverkehrszentrale als Kulminationspunkt des Fremdenverkehrs hat.

Diese beiden Dinge, meine Damen und Herren, also ich wiederhole nochmals, den Umschlagplatz für die Route Südost und Ost und als zweites, die Konzentration der in der Fremdeninvestition eingesetzten Mittel, das sind die zwei Dinge, die, glaube ich, in noch stärkerem Maße als bisher wirksam werden müssen.

Lassen Sie mich abschließend einen Gedanken aussprechen. In allen Betrachtungen und Statistiken, die wir vorfinden, wird die außerordentlich große wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs herausgehoben. Es wird also unterstrichen wie die österreichische Zahlungsbilanz ausgeglichen wird, es wird unterstrichen wie die Deviseneinnahmen für die Gesamtwirtschaft von Bedeutung sind usw. usw. Ich glaube aber, wir sollten alle nicht übersehen, daß neben dieser zweifellos außerordentlichen wirtschaftlichen Bedeutung der Fremdenverkehr noch eine Funktion trägt, deren Bedeutung, meines Erachtens nach, nicht geringer ist, nämlich die Funktion Menschen zueinanderzuführen, Verständnis für andere Länder, andere Völker, andere Meinungen und andere Lebensauffassungen mit sich zu bringen. Und ich glaube, daß dieses Verständnis, meine Damen und Herren, wenn man geschichtlich etwas zurückblättert, den Generationen vor uns vielfach gefehlt hat, einfach aus dem Mangel der Möglichkeit gefehlt hat, sich selbst ein Urteil bilden zu können und nicht auf irgendwelche Reiseschilderungen und Lebensschilderungen aus fernem Ländern angewiesen zu sein, wobei die fernem Länder meist schon an der Staatsgrenze begonnen haben. In dieser Funktion des menschlichen Verstehens und menschlichen Kennenlernens sehe ich eine besondere nicht ausgesprochene, nicht in Zahlen und Bilanzen wägbare Bedeutung des Fremdenverkehrsgesche-

hens. Daß der steirische Fremdenverkehr weiterhin einen entsprechenden, einen möglichst großen Aufschwung nehmen möge, ist ein Wunsch, den ich von dieser Stelle abschließend ausspreche. (Beifall.)

Präsident: Herr Präsident Koller hat das Wort. Nach ihm spricht Abg. Wuganigg.

3. Präsident Koller: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer das Schicksal der Gruppe 7, der Debatte um die Landwirtschaft, daß sie nach zwei- zweieinhalb- bis dreitägigen Tag- und Nachtberatungen, sozusagen nach der Zahlenfolge eben an die Reihe kommt und auch vor einem etwas überarbeiteten und zum Teil nervösen Haus diese Probleme dann behandelt werden müssen. Aber nichts desto weniger gestatten Sie mir, auch dazu einiges zu sagen:

Im Landesbudget für das Jahr 1968 sind wiederum ansehnliche Mittel für die Landwirtschaftsförderung vorgesehen. Sie dienen in den verschiedensten Sparten einem Ziele, nämlich unserer Landwirtschaft zu helfen, ihrem im Interesse der ganzen Bevölkerung notwendigen Einordnungsprozeß in die Industriegesellschaft zu verkraften, die Umstrukturierung zu erleichtern, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und sie letzten Endes als beachtenswerten Konsumenten gewerblicher und industrieller Erzeugnisse im Interesse einer positiven Entwicklung unserer ganzen Volkswirtschaft zu erhalten.

Aus zwei großen Kanälen fließen nun diese Förderungsmittel der Land- und Forstwirtschaft zu. Es ist der eine Kanal die Förderung durch das Land direkt, wobei hier neben den verschiedenen Förderungsmaßnahmen vor allem das landwirtschaftliche Schulwesen zu nennen ist, und der zweite Kanal sozusagen, das sind jene Förderungsaufgaben, die vom Land der Kammer für Land- und Forstwirtschaft übertragen wurden und heuer mit rund 33,5 Millionen Schilling dotiert sind.

Mit diesen vom Land der Kammer zur Verfügung gestellten Mitteln, zusätzlich mit den kammereigenen und den Bundesmitteln, werden nun von der Landes-Landwirtschaftskammer mit ihren Bezirksbauernkammern alle jene Aufgaben vollführt, die dem Sinne dieser Zuwendungen entsprechen.

Es ist dies, meine Damen und Herren, ein weit gespannter Bogen von der agrarischen Interessenvertretung über die Rechts- und Steuerberatung, der statistischen Datenverarbeitung, der Beratung in Baufragen bis zu den immens wichtigen Fragen der Bildung einerseits und den großen und vielseitigen Aufgaben des Förderungsdienstes in Haus, Land- und Forstwirtschaft auf der anderen Seite.

Insgesamt 611 Personen haben die Sparten der vielschichtigen steirischen Land- und Forstwirtschaft zu betreiben. Es ist dies eine oft mühevoll Kleinarbeit, von der unsere Förderungsbeamten ein Lied singen können.

Durch die Entwicklung im Laufe der Zeit war auch das Beschreiten neuer Wege in der Förde-

rung notwendig. Dies trifft z. B. für die Umstellungsgebiete zu. Derzeit bestehen 44 bäuerliche Arbeitsgemeinschaften für Umstellungsbetriebe im Bergland und im südsteirischen Grenzland. Sie erstrecken sich auf 317 Gemeinden und zählen etwa 10.000 Mitglieder.

Das Ziel dieser Umstellungstätigkeit war, das Einkommen jener Landwirte, welche bisher ausgesprochene Selbstversorgerwirtschaft ohne eine geeignete Marktleistung betrieben haben, durch eine gesamte Betriebsumstellung zu erhöhen.

Dieses Ziel konnte, und das sei hier dankbar festgestellt, in den meisten Gebieten weitestgehend erreicht und damit die Einkommenssteigerung und Existenzsicherung vieler in extremen Lagen liegender bäuerlicher Wirtschaftsbetriebe gesichert werden.

Welche Bedeutung diese Maßnahmen haben, möge daraus ersehen werden, daß es dadurch gelungen ist, viele Menschen auf nunmehr existenzfähigen Höfen zu erhalten, die sonst sicherlich abgewandert wären. Sie hätten damit einerseits eine Situation, die in den letzten Jahren nicht spürbar war, jetzt aber auf Grund der allgemeinen Wirtschaftssituation immer sichtbarer wird, verschärft, nämlich die Nachfrage nach dem Arbeitsplatz in jenen Gebieten, die durch die Kohle- und Eisensituation sowieso zu den Sorgenkindern des Landes gehören, und andererseits stehen sie jederzeit, auch in Krisensituationen, der Ernährungssicherung zur Verfügung.

Aus diesem Beispiel mögen Sie ersehen, wie weit Förderungsmaßnahmen weit über die Landwirtschaft hinaus im Wechselspiel der Kräfte ihre Auswirkungen haben.

Ich glaube daher im Hohen Hause die Zustimmung zu finden, wenn ich all jenen, die in der Förderung tätig sind, den Dank ausspreche. Aber, meine Damen und Herren, damit ist es nicht getan, denn man muß sich immer im klaren sein, daß die Zukunft eine Reorganisation der Förderungsaufgaben in der Land- und Forstwirtschaft verlangt. Es wird eine Konzentration des landwirtschaftlichen Förderungswesens auf Schwerpunkte notwendig sein, wobei mehr und mehr Einzelaktionen zugunsten dieser Schwerpunktbildungen natürlich zurückzustellen sind. Die Erfordernisse verschieben sich aber auch weitestgehend von der Produktion auf die Absatz- bzw. Marktseite.

Eine annähernd marktkonforme agrarische Produktion, die den Wünschen des Konsumenten in qualitativer und geschmacksmäßiger Hinsicht weitestgehend entspricht, muß angestrebt werden.

Es ist daher eine Kardinalfrage für unsere Landwirtschaft, ob es ihr gelingt, das Marktgeschehen ganz in den Griff zu bekommen und ein zusammenfassendes Angebot an agrarischen Produkten der konzentrierten Nachfrage des Marktes gegenüberzustellen.

Der einzelne Betrieb, meine sehr Verehrten, wird trotz aller Bemühungen nicht in der Lage sein — das ist uns völlig klar — sich mit seinen Erzeugnissen am Markt zu behaupten. Aus dieser Sicht heraus — und das möchte ich nur in

einem Satz sagen — erhalten unsere bäuerlichen Gemeinschaften und Genossenschaften neue Aufgaben, aber auch neue Verantwortung. Die Konturen der künftigen Förderungsschwerpunkte heben sich aus diesen Tatsachen deutlich ab. Hoffentlich gelingt es unseren gemeinsamen Bemühungen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Was — und das ist schon zum Ausdruck gebracht worden — unsere Landwirtschaft produziert, kommt infolge der Umstellung von der Selbstversorgung auf die Marktwirtschaft unserer Betriebe zu einem hohen Prozentsatz auf den Markt.

Wie sieht nun kurz die Marktsituation zur Zeit aus? Sie wissen alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir es auf dem Brotgetreidesektor mit namhaften Überschüssen zu tun haben. Hier hat die Bauernschaft, und das wurde festgestellt, in Erkenntnis der Notwendigkeit Maßnahmen getroffen und finanzielle Opfer durch Preisregelung gebracht, um nicht nur die Produktion auf das Futtergetreide umzulenkeln, sondern auch die Überschüsse zur Verwertung in den Futterkanal fließen zu lassen.

Dank der unermüdlichen Bemühungen der steirischen Landes-Landwirtschaftskammer auf dem Gebiete der Züchtung von Hybridmais-saatgut ist die Umstellung auf Maisbau in der Steiermark schon seit Jahren im Gange und sind die steirischen Maisanbauflächen in den letzten zehn Jahren verdoppelt worden. Mit dem Milch- und Rinderproblem und allen daraus resultierenden Erscheinungen werden sich meine agrarischen Kollegen im speziellen, weil sie entscheidend in die Belange unserer steirischen Landwirtschaft eingreifen, befassen.

Exportschwierigkeiten, wie sie durch die hohen Abschöpfungsbeträge, vor allem nach dem EWG-Raum und nach Italien, die in den letzten Wochen mit 6.51 Schilling pro Kilogramm Lebendgewicht den Jahreshöchststand erreicht haben, entstehen, sind nur kurze Zeit tragbar und es bedarf sicherlich gemeinsamer Anstrengungen, um katastrophale Auswirkungen zu vermeiden.

Die Veredelungswirtschaft meine sehr geehrten Damen und Herren, spielt nun einmal in unserer heimischen Landwirtschaft eine entscheidende Rolle, weil daraus weitestgehend die Einnahmen unserer bäuerlichen Familien resultieren. Es muß aber durch diese Veredelungswirtschaft das wettgemacht werden, was in der Struktur fehlt.

Auf dem Schweinesektor sind wir jetzt noch etwas unter der inländischen Bedarfsdeckung. Die Viehzählung läßt allerdings für das kommende Frühjahr einiges erwarten.

Anders sieht es auf dem Eier- und Geflügelsektor aus. Und ich möchte nur sagen, daß gerade dieser Produktionszweig über zehn Prozent des gesamten Fleischbedarfes in Österreich deckt. Hier machen sich zwei Maßnahmen auf internationaler Ebene besonders bemerkbar, und zwar im unangenehmen Sinne.

1. Seit 1. Juli 1967 hat die EWG eine Geflügelmarktordnung eingeführt, die gegenüber Drittländern — dies betrifft, von dieser

Sicht gesehen, vor allem Dänemark — bedeutende Erschwernisse für den Geflügel-export in die EWG brachte. Dadurch wurde der Druck auf Nicht-EWG-Märkte, wie Österreich, von seiten Dänemarks besonders stark und die dänischen Geflügelangebote zu Dumpingpreisen werden schon mehrmals Gegenstand heftigster Proteste. Daß sich diese Situation durch die Pfund- bzw. Kronenabwertung noch verschärft hat, muß leider festgestellt werden.

2. Nunmehr hat die EWG-Kommission in Brüssel mit Verordnung offiziell festgelegt, daß ab 1. November 1967 für jedes kg Geflügel, das aus dem EWG-Raum verbracht wird, also auch nach Österreich, ein Erstattungsbetrag von 4,70 Schilling pro kg und für jedes Ei ein solcher von 15 Groschen gewährt wird.

Was das auf dem österreichischen Markt für die heimische Eier- und Geflügelproduktion bedeutet, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden. Die Forderung auf Einbeziehung von Eiern und Geflügel in die Marktordnung, um mit einem EWG-ähnlichen Abschöpfungs-system die heimische Produktion zu erhalten, resultiert aus der vorgenannten Situation.

Aus dieser telegraphenstilartigen Marktübersicht ergibt sich, daß im Vordergrund Über-schlußprobleme stehen, Probleme, die etwa von 1938 bis 1960, also über 20 Jahre, keine waren und auch, das sei hinzugesagt, in drei Vierteln unserer heutigen Welt keine Probleme sind.

Wie schwierig und nicht leicht voraussehbar aber diese Überschußprobleme sind, zeigt uns ein Beispiel, nämlich das Jahr 1965, wo es infolge der Mißernte dieses Jahres überhaupt keinen Brotgetreideüberschuß gegeben hat im Vergleich zu den Rekord-Erntejahren 1966/67, die uns sicherlich durch diese Rekordernte viele Sorgen bereitet haben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer kann heute sagen, wie die Ernte 1968 ausfällt. Und damit zeigt sich, daß das Problem des Überschusses nicht so ohne weiteres in theoretisierender Weise zu lösen ist, weil hier Faktoren eine Rolle spielen, die heute einfach über alle Theorie hinausgehen.

Die nunmehr im Anfangsstadium der Beratung stehende neue Marktordnung muß die Bewältigung dieser Überschußprobleme soweit als möglich durch Produktionsumschichtungsmaßnahmen, durch die Verwendung von Abschöpfungsbeträgen in der neuen Marktordnung und von zur Überschußverwertung umgeschichteten Förderungsmitteln meiner Meinung nach zum Ziele haben. Daß dies, und darüber sind wir uns in der Landwirtschaft im klaren, harte Auseinandersetzungen auf politischer und Interessebene zur Folge haben wird, ist zu erwarten; denn die Ausführungen — und ich sage das jetzt nicht polemisch — des Herrn Nationalrates Dr. Staribacher in der „Zukunft“ unter dem Titel „Weniger wäre mehr“, er meint nämlich weniger österreichische Agrarproduktion, um mehr einführen zu können im Kompensationsweg — decken sich keinesfalls mit den bäuerlichen Interessen und sind in ihren Auswirkun-

gen nach allen Richtungen vielleicht nicht ganz überlegt.

Hiezu aber ein ernstes und offenes Wort zur Klärung.

Die Landwirtschaft verlangt nichts Unmögliches. Sie glaubt aber Anspruch darauf zu haben, daß man ihr — in Relation gebracht — selbstverständlich dieselben Entwicklungschancen zubilligt wie sie der ausländischen Konkurrenz und anderen Sparten selbstverständlich sind.

Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung, und das möchte ich in aller Deutlichkeit hier feststellen, gibt es auf der ganzen Welt und ist keine österreichische Erfindung. Wir stehen hier bei weitem nicht an der Spitze. Und es mutet uns daher sehr unangenehm an, wenn im Zusammenhang mit dem Budget von drohenden Budgetkrisen wegen agrarischer Forderungen gesprochen wird. Ich glaube, daß man hier doch etwas auf dem Boden der Sachlichkeit bleiben soll, im Interesse aller.

Kein „Agrarierparadies“ auf Kosten von Steuergeldern und Preiserhöhungen ist das Ziel, sondern eine gesunde und kaufkräftige Landwirtschaft als wichtige Säule unserer Volkswirtschaft gilt es im gemeinsamen Interesse zu erhalten.

Zu noch einem Problem ein offenes Wort. Aus manchen Kanälen der öffentlichen Meinungsbildung — und ich sage das bitte nicht vorwurfsvoll, sondern nur in der Absicht, hier die Dinge sozusagen aus der Welt zu schaffen und sie nicht aufzuputzen — wurden in letzter Zeit Strahlen und Giftdüsen gegen die Landwirtschaft wirksam, die niemandem Nutzen bringen und doch sicherlich nicht das Ziel haben, längst Überwundenen wieder aufleben zu lassen. In einer sichtlichen Entgleisung, das unterstreiche ich und unterstelle ich, bedient sich des Wortes „Bauernlümmel“ ein beachtenswertes Nachrichteninstrument, um eine besonders abscheuliche Tat anzuprangern. Nicht, daß ich diese Tat entschuldigen wollte oder dieses Wort aus dem deutschen Sprachgebrauch streichen wollte, glaube ich doch feststellen zu können, daß diese Steigerungsform eine völlig deplacierte Beleidigung eines ganzen Standes ist. Ich betone noch einmal, daß das sicherlich nur einer Entgleisung zuzuführen ist. Ich würde dem keine besondere Bedeutung beimessen, wenn nicht die Landwirtschaft — und das muß ich als Angehöriger dieses Standes schmerzlich zur Kenntnis nehmen und auch zum Ausdruck bringen — in den letzten Monaten die Zielscheibe vielseitiger offener und umschriebener Angriffe gewesen wäre, die wenig sachlich waren und deren Ton manchmal sehr zu wünschen übrig ließ.

Dazu muß ich sagen, die Landwirtschaft ist sich selbst der Unhaltbarkeit eines zügellosen „Agrarprotektionismus“ um die sogenannte „verfehlte Agrarpolitik“ zu subventionieren, bewußt, sie will es auch nicht und wer ihr dies unterstellt, tut das wider besseres Wissen. Aber sie will ja nur, daß sich die Disparität nicht weiter vergrößert, in der sie sich befindet und in der sie kämpft und länger wie mehr kämpfen

muß, weil ihr eine Möglichkeit, nämlich die Produktionssteigerung durch die Rationalisierung und Verwendung technischer Mittel, die ja in den letzten 10, 20 Jahren wirklich große Erfolge gebracht hat, weil ihr dieses Mittel ja langsam nicht mehr zur Verfügung steht, da ja auf diesem Sektor vieles erreicht wurde. Sie will, daß ihre Arbeit und ihre Leistungen und vor allem die Leistungen unserer Bäuerinnen anerkannt werden und daß tausende von Bauernfamilien einen einigermaßen gerechten Lohn und hier vor allem auch unsere jungen bäuerlichen Freunde einen gerechten Lohn für ihre Arbeit erhalten.

Weil Sie alle so vermessen sind, zu glauben, daß hinter der rund 84prozentigen Ernährungsdeckung doch auch eine Leistung steckt, und weil sie glauben, daß die aus politischen, sozialen und handelspolitischen und sonstigen Gründen bedingte unechte Preis- und Einkommensbildung in der Landwirtschaft ihr Äquivalent in Maßnahmen der öffentlichen Hand finden muß, kommt doch letzten Endes diese Preispolitik, die wir gar nicht kritisieren wollen — nehmen Sie zur Kenntnis, sie ist auch keine österreichische Erscheinung — der ganzen Bevölkerung zugute.

Ich glaube, meine sehr Verehrten, und damit komme ich zum Schluß, feststellen zu können, daß in gegenseitigen Vorwürfen nichts zu erreichen ist, sondern, daß sich die Fronten nur gegenseitig verhärteten. Dem Vorwurf der „Faust-auf-den-Tisch-Politik“ folgt zwangsmäßig die Frage, in welche Kategorie von Politik etwa die bei uns allgemein üblichen Praktiken zur Durchsetzung von Forderungen gehören.

Denn die Zuckerrübenbauern, meine sehr Verehrten, haben die drohende Ungewißheit, ob die Zuckerrübenkampagne wegen des geplanten Streikes rechtzeitig beginnen und damit die Ernte eines Jahres verwertet werden kann, ja auch nicht gerade als harmlose „Zuckerspiele“ betrachtet. Den errechneten Kosten einer „Milchminute“ wäre zwangsläufig der ebenso unsachliche „Minutenpreis“ vieler anderer aus öffentlichen Mitteln subventionierter Einrichtungen gegenüberzustellen.

Aber, meine Damen und Herren, wem soll dies alles dienen? Die Landwirtschaft anerkennt und würdigt die Leistung aller anderen Berufsgruppen. Sie nimmt Anteil an den Entwicklungen und nützt sie selbst. Sie schätzt die Fortschritte und Leistungen vor allem auf dem technischen Sektor. Sie nimmt Anteil am Schicksal der Bergarbeiter, die gleich der Landwirtschaft der Urproduktion dienen, die leider in Zeiten des Überflusses nicht mehr gefragt ist.

Möge man aber auch, und damit möchte ich schließen, der Landwirtschaft anerkennen, daß sie als Garant der Ernährungssicherung, als gewaltiger gewerblich-industrieller Konsument Säule unserer Volkswirtschaft ist, und als Erhalter unserer Kulturlandschaft Aufgaben für alle zu erfüllen hat.

Wenn uns dieses gegenseitige Verstehen gelingt, meine Damen und Herren, haben wir einen gewaltigen Schritt nach vorne getan. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Herr Abg. Wuganigg hat das Wort.

Abg. Wuganigg: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn ich nun zum Unterabschnitt Fremdenverkehr einige Worte sprechen werde, so bin ich mir wohl bewußt, wie sehr umfassend dieser bedeutsame Zweig unserer österreichischen Volkswirtschaft ist und wie gewaltig seine Impulse unsere gesamte Wirtschaft beleben. Es ist eine bekannte Tatsache, daß heute in den Sommer- und Wintermonaten mehr Fremde in unserem Lande übernachten, als Österreich überhaupt Einwohner hat. (Landesrat Wegart: „11 Millionen!“)

Nicht immer. Mit den durch die Fremden erbrachten Devisen sind wir in den letzten Jahren imstande gewesen, zwischen 84 und 97 Prozent des Passivums unserer Handelsbilanz abzudecken. (Landesrat Wegart: „Stimmt jetzt auch nicht mehr!“)

Die Zahl der Fremdenmeldungen stieg in den letzten 15 Jahren von 3,2 Millionen auf zehn Millionen, die daraus resultierenden Übernachtungen von 4,8 Millionen auf 45 Millionen. (Landesrat Wegart: „62!“)

Stimmt nicht ganz. Die Zahl der in gastgewerblichen Betrieben, in Hotels und in Kurhäusern vorhandenen Betten stieg im selben Zeitraum von 169.000 auf 464.000, auf fast das Dreifache. Schon diese wenigen Zahlen beweisen die Bedeutung des Fremdenverkehrs, der in vielen Teilen unseres Landes zum strukturbherrschenden Wirtschaftsfaktor geworden ist. Dieser bedeutende Faktor unserer Volkswirtschaft wird in den kommenden Jahren einer sehr harten Konkurrenz gegenüberstehen. Wir müssen uns dieser Tatsache rechtzeitig bewußt sein. Wir haben ja in diesem Jahre bereits erfahren, daß die Mark leider etwas knapper geworden ist. Das Bild, das man sich heute vom österreichischen Fremdenverkehr macht, ist nach wie vor ein gutes. Es ist das Bild eines Landes mit freundlichen Menschen, eines mit Naturschönheiten und Kulturgütern gesegnetes Landes.

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten alles tun, daß dieses Bild nicht da und dort etwas verblaßt. Kleine Mängel hat man dem freundlichen Menschen bisher verzeihen. Man wird es vielleicht nicht immer tun. Man wird vielleicht kritischer werden. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, daß man uns weiterhin verzeihen wird. Unsere Freundlichkeit wird das Fehlen eines gewissen Komforts, das Fehlen von Zimmern mit eigenem WC, Badezimmer oder Dusche nicht mehr ersetzen können, ebenso wenig das Fehlen von Schwimmbädern in Sommerfrischen. Dazu gehören natürlich auch die Straßen und einiges andere mehr. In der Steiermark hat sich der Fremdenverkehr trotz des allgemeinen Konjunkturrückganges gut entwickelt. Der Rückschlag an Ausländernächtingungen konnte durch ein Mehr an Inlandsgästen im Sommer wieder wettgemacht werden. Unsere Bemühungen, die Wintersaison zu intensivieren, haben große Erfolge gezeigt und berechtigen uns

zur Annahme, daß der Winterfremdenverkehr absolut Zukunft hat.

Die Bezirke der Oststeiermark zeigen eine erfreuliche Entwicklung des Fremdenverkehrs. Wenn ich auch hier noch einige Beispiele aus dem Bezirk Weiz nennen darf, will ich auf St. Kathrein am Hauenstein verweisen, das bei Schließung des Bergbaues im Jahre 1960 9.000 Nächtigungen aufzuweisen hatte, eine Zahl, die sich bis zum Jahre 1966 auf 26.000 Nächtigungen erhöht hat. Im Orte Gasen zählte man im Jahre 1958 rund 2.900 Nächtigungen. Diese Zahl erhöhte sich dann bis zum Jahre 1966 auf 16.000 Nächtigungen, und für 1967 zählte man bereits im Oktober ca. 20.000 Nächtigungen. St. Kathrein am Offenegg — das andere St. Kathrein — aber konnte im Jahre 1967 die Zahl der Nächtigungen gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Prozent steigern, was zweifellos einer Rekordleistung entspricht.

So will ich abschließend den Wunsch und auch die Bitte aussprechen, daß diesem bedeutenden Zweig unserer Volkswirtschaft jene Impulse gegeben werden, die ihn befähigen, im kommenden harten Konkurrenzkampf bestehen zu können. (Beifall.)

2. Präsident: Herr Abg. Dipl.-Ing. Fuchs hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme Österreichs sind in den letzten Tagen, vor allem heute vormittag, schon eingehend in einzelnen Referaten erläutert worden. Ich möchte daher zu einem Problem kommen, das wir als ein modernes Schlagwort bezeichnen können, ein Schlagwort, das erst vor ganz kurzer Zeit sozusagen entstanden ist, aber eine Popularität erreicht hat, wie selten ein anderes. Das sind die Worte Strukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umschichtungen u. dgl., die aber leider heute von einer so hohen Aktualität sind, daß wir sie gar nicht ernst genug nehmen können. Es ist bekannt, daß die Weltwirtschaft insgesamt in eine Krise geraten ist. Es ist uns in den letzten Jahren, vor allem im vergangenen Jahr, von Deutschland aus den Zeitungen bekannt, daß dort Kurzarbeit, Entlassungen und Betriebszusammenbrüche sozusagen an der Tagesordnung gestanden sind. Zu einer Zeit, da wir in Österreich noch die Segnungen der Vollbeschäftigung genießen konnten, waren in anderen Ländern bereits wesentliche Probleme. Ich möchte nur an die Entwicklungen erinnern, wie sie gekommen sind. Wir alle haben die finanziellen Schwierigkeiten verfolgt, in die die Firma Krupp geraten ist. Es hat Zusammenbrüche bedeutender Unternehmungen gegeben, die Tausende von Arbeitern betroffen haben — ich meine hier z. B. die Firma Schröder, die durch ihre Illiquidität allein einige Industriebetriebe mitgerissen hat und die schließlich in der Pfundabwertung den vielleicht dramatischsten Höhepunkt gefunden haben. Ich muß Sie enttäuschen, ich werde nicht die Pfundabwertung als ein Steckenpferd benutzen und daraus nachwei-

sen wollen, daß eine gewisse Wirtschaftspolitik dazu führen kann. (Abg. Brandl: „Sehr nett!“)

Ich möchte aber doch das sagen.

Das britische Beispiel soll uns ein wenig als Warnung vor Augen stehen. Denn seit Kriegsende — und dies hat mit der ersten Labourregierung begonnen und wurde dann von den weiteren konservativen und Labourregierungen fortgesetzt — hat die britische Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt. Man hat Vorgriffe auf die Zukunft gemacht in jederlei Hinsicht, und plötzlich haben sich dann die Erscheinungen gezeigt, die im Endergebnis dazu führen mußten, daß die Regierung Wilson solche Maßnahmen treffen mußte. Sie ist viel zu kurz im Amt, um selbst dafür verantwortlich gemacht werden zu können — ich sage das im vollen Bewußtsein, denn Sie haben in der Diskussion wiederholt gesagt, die Regierung Wilson ist nicht allein dafür verantwortlich, sie hat ein Erbe übernommen von der vorherigen Regierung.

Ich möchte Ihnen aber auch in Erinnerung rufen, daß alles das, was in den letzten 20 Jahren in Österreich an Wirtschaftspolitik geschehen ist, von den beiden großen Parteien gemeinsam zu verantworten ist. Und daß man einer Regierung Klaus, die heute auch ein schweres Erbe angetreten hat, nicht alles das anlasten kann, was man 20 Jahre hindurch nicht sehen wollte und selbst mitbeschlossen hat.

Nun, den Strukturschwächen der Steiermark, die sich auch nicht allein auf die Steiermark beschränken, sondern die in allen Ländern aufgetreten sind, wo Kohle, Eisen und Stahl die Hauptträger des Wirtschaftsgeschehens sind, muß begegnet werden. Die Steiermärkische Landesregierung hat die Initiative im vergangenen Jahr ergriffen und ich möchte einige Minuten jetzt verwenden, um Ihnen das Ergebnis dieser Bemühungen vor Augen zu führen.

Wir haben 3 verschiedene Maßnahmen, die hier in Frage kommen. Es sind zuerst einmal vom Bund 100 Millionen ERP-Mittel für Betriebsansiedlungen zur Verfügung gestellt worden. Es wurden vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung insgesamt 8 Kreditwerber dem ERP-Fonds gemeldet, wovon 3 abgelehnt wurden und 5 weitere mit einer Kreditsumme von insgesamt 21 Millionen, Arbeitsplätze lt. Plan 434 Beschäftigte, davon geeignet für Bergarbeiter 260, bekommen haben. Alle diese Betriebe, die jetzt zum Teil schon ihre Arbeit aufgenommen haben bzw. noch im Bau sind, befinden sich im Raume Köflach, Wies, Bergla, Deutschlandsberg und Leibnitz. Die Betriebe umfassen fast alle Sparten der industriellen und gewerblichen Produktion, es ist also eine weite Streuung, eine Tatsache, die auch günstig ist, denn wir haben gesehen wie gefährlich sich Monokulturen dann auswirken können, wenn ein Zweig, der dominierend in einem Gebiet ist, in Schwierigkeiten gerät.

Als zweites wären zu erwähnen die 100 Millionen, die wir im vorjährigen Budget beschlossen haben und die sich aus 80 Millionen Darlehen, 15 Millionen Beihilfen und 5 Millionen Zinszuschüssen zusammensetzen. Insgesamt wurden be-

willigt Darlehen in der Höhe von rund 37 Millionen, Beihilfen in der Höhe von rund 12 Millionen und Zinsenzuschüsse in der Höhe von rund 315.000 Schilling, womit die Anzahl der Arbeitsplätze von rund 434 auf 689, davon etwa 353 für Bergarbeiter geeignet, vermehrt wurden. In diesem Zusammenhang ist vielleicht zu erwähnen, daß die Ziffern selbstverständlich schwanken, denn die Planungen der einzelnen Betriebe werden zu einem Zeitpunkt erstellt, wo das Geschehen des nächsten Jahres vorausgeahnt werden kann und vorausgeplant wird. Was sich da nun wirklich ergibt ist nicht mit Sicherheit vorher zu sagen, es sind sowohl Erhöhungen in der Beschäftigtenzahl als auch geringere gegenüber den Plänen eingetreten.

Als letztes wäre noch die sogenannte Grenzlandförderung zu erwähnen, die immerhin auch in den vergangenen Jahren mit 4.171.000 plus der zweiten und letzten Tranche des Jahres 1966 mit praktisch 5,5 Millionen, also insgesamt 9,6 Millionen ausgemacht hat und mit deren Hilfe etwa 32 Förderungsfälle finanziert wurden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ließe sich über dieses Thema stundenlang reden und ich könnte Ihnen sehr viel erzählen über die Infrastruktur, die noch zu verbessern wäre, es gäbe viel zu sagen über die Verkehrsmittel und Verkehrswege, es gäbe viel zu sagen über die Fluglinie AUA, die die Steiermark vielleicht noch großzügiger mit Flugzeugen bedenken sollte, wobei es nicht wesentlich ist, wieviele Flugzeuge den Namen Steiermark oder ihrer Städte tragen, sondern wieviel tatsächliche An- und Abflüge wir in der Steiermark haben mit Verbindung nach den Zentren und vor allem den Wirtschaftszentren des Westens. Wesentlich erscheint mir, daß in so kurzer Zeit soviel erreicht werden konnte, denn wollen Sie bedenken, daß ein Industrie- oder Gewerbebetrieb nicht so wie ein Anzug bestellt wird, gekauft wird und damit ist die Sache erledigt, sondern eigentlich gehen diesen Dingen jahrelange Planungen voraus, die dann eine Bauzeit und eine Anlaufzeit wieder von einigen Jahren bedingen und es ist daher erstaunlich und erfreulich festzustellen, daß seit Anlaufen dieser verschiedenen Aktionen immerhin eine Zahl zwischen 600 und 800 Arbeitsplätzen wieder sichergestellt werden konnte. Wenn man dazu bedenkt, daß etwa die Hälfte für Bergarbeiter geeignet ist, so mag es zwar dem einen oder dem anderen erscheinen, daß die Mittel nicht ganz sinngemäß angewendet werden. Dazu möchte ich nur eines sagen. Es ist nicht wichtig, ob wir jetzt den einen Bergarbeiter hier beschäftigen oder nicht, viel wesentlicher ist es, daß in diesen Gebieten, die durch die Struktur-schwierigkeiten im Bergbau in wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, neue Zentren entstehen, daß neue Betriebe entstehen und das Wirtschaftsleben dieser Gebiete angekurbelt wird, denn nur dann wird es möglich sein, die Probleme, die dort auftreten und auch in Zukunft noch auftreten werden, wirklich zu meistern. (Beifall)

2. Präsident: Am Worte ist jetzt Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile es ihm. Als nächster Redner ist Herr Abg. Schön vorgemerkt.

Abg. Hans Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 7 möchte ich in gedrängter Form zu einigen mir wichtig erscheinenden Problemen der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft einerseits und zur allgemeinen Situation in der Forstwirtschaft andererseits Stellung nehmen. Es dürfte in Vergangenheit und Gegenwart keine gesetzliche Interessenvertretung in unserem Lande Österreich gegeben haben, die durch mehr als 4 Jahre hindurch keine gesetzlich gewählten Organe hat. Dieser Zustand besteht bedauerlicherweise in der Landarbeiterkammer Steiermarks. Die Wahlen vom November 1963 wurden mit Verfassungsgerichtshoferkennntnis vom 14. Oktober 1964 als ungültig erklärt. Am 15. Juni 1965 wurde erstmals ein neues Landarbeiterkammergesetz, eine Vorlage zur Begutachtung ausgesendet. Die Regierungsvorlage wurde am 14. April 1966 überreicht und die Beschlußfassung über dieses Landarbeiterkammergesetz ist hier im Hohen Hause im Februar dieses Jahres erfolgt. Nach unserer Meinung wäre es möglich gewesen, daß anschließend darauf auch eine Wahlordnung erlassen hätte werden können, die jedoch leider bis zum heutigen Tage noch nicht vorhanden ist. Ich möchte mich — ich habe gehört, daß in der nächsten Regierungssitzung am nächsten Montag die Beschlußfassung erfolgen soll — hier im Hohen Hause nicht wiederholen, über all die Fragen und Probleme, die mit dieser Wahl zusammenhängen, ich möchte nur 2 Fragen herausgreifen, daß wir als Sozialisten der Meinung sind und der unbedingten Auffassung sind, daß alle Voraussetzungen in der Richtung zu treffen wären, daß die Erfassung der Wahlberechtigten so erfolgt, daß sie richtig erfolgt und daß in weiterer Folge die Stimmenabgabe auch eine Geheimwahl praktisch zulassen kann.

Wenn, meine sehr geehrten Damen und Herren, das möchte ich nicht als Drohung sagen, das möchte ich nur als Feststellung hier sagen, diesen absolut berechtigten Wünschen keine Berücksichtigung entgegengesetzt werden könnte, dann müßten wir uns voraussichtlich auch in Zukunft wieder entsprechende Schritte überlegen. In weiterer Folge ist vor einigen Monaten eine Landarbeitsordnungs-Novelle 1967 zur Begutachtung ausgesendet worden. In dieser Landarbeitsordnungs-Novelle mußten wir bedauerlicherweise feststellen, daß für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in Steiermark ein gesetzlich geregelter Feiertag, und zwar der Peter- und Paultag nicht mehr enthalten war. Es wäre hier vorgesehen, daß hier die einzige Gruppe, die Land- und Forstarbeiter Steiermarks, aber auch die Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft in einem Tauschgeschäft gegenüber dem Nationalfeiertag am 26. Oktober absolut benachteiligt würden.

Ich möchte hier zu der Gesamtsituation noch feststellen, daß aus dem Grünen Bericht 1966,

in dem auch eine genaue Gegenüberstellung der Löhne in der Land- und Forstwirtschaft ausgewiesen ist, entnommen werden kann, daß der Einkommensunterschied zwischen den in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitern und den in Industrie und Gewerbe Beschäftigten im Monat 680 Schilling beträgt. 1960 war dieser Unterschied noch 400 Schilling. Dies ist der gesamtösterreichische Durchschnitt. Im Lande Steiermark sieht es noch wesentlich schlechter aus. Hier beträgt die Differenz 779 Schilling. Wenn man bedenkt, daß 1950 in der Steiermark noch rund 50.000 Land- und Forstarbeiter beschäftigt waren und daß es im Jahre 1966 nur mehr 19.551 sind und daß diese wenigen Dienstnehmer heute mit Hilfe von Maschinen, mit Hilfe der Technik eine größere Leistung als 1950 vollbringen, dann, glaube ich, ist es absolut gerechtfertigt, daß auch Sie den Anschluß an die anderen Wirtschaftsgruppen erreichen können.

Und nun einiges zur Forstwirtschaft. Das Jahr 1967 war für die österreichische Wirtschaft ein absolut schwieriger Zeitabschnitt, schwierig vor allem deswegen, weil in der letzten Zeit ein Rückgang bei den Holzpreisen festzustellen war und weil andererseits auch eine gewaltige Windwurfkatastrophe bereits 1966 und dann im Winter 1967 die Situation verschärft hat. Wir können feststellen, daß im gesamtmitteleuropäischen Raum einschließlich der Tschechoslowakei 26 Millionen fm Windwürfe gefallen sind, wovon auf Deutschland 11 Millionen, auf die Tschechoslowakei 9 Millionen, auf die Schweiz 2 Millionen und auf Österreich ebenfalls rund 2 Millionen Windwürfe fallen. Dieser Gesamtanfall von 2 Millionen wäre an und für sich nicht außergewöhnlich. Schwierig war allerdings die außergewöhnliche Konzentration bei diesen Windwürfen. Wir haben bekanntlich im steirisch-niederösterreichischen Grenzgebiet fast 1 Million fm Holz liegen. Auf die Steiermark entfallen rund 750.000 fm. Besonders konzentriert waren jedoch die Windwürfe bei den Österreichischen Bundesforsten im Raume Gußwerk, Wildalpen, und aus diesem Grunde ist auch zur Aufarbeitung ein äußerst konzentrierter Einsatz von Maschinen erfolgt. Wir können heute feststellen, daß die Aufarbeitungsmethode der Windwürfe in den österreichischen Bundesforsten die derzeit modernste Aufarbeitungsmethode der Forstwirtschaft in Mitteleuropa darstellt. Rund 26 schwedische Großschlepper im Werte von 10 Millionen Schilling und Seilbahnen, die mit Funk dirigiert werden, sind in diesem Jahr in der Lage gewesen, einen sehr, sehr beachtlichen Teil, mehr als zwei Drittel, von Windwurfholz aufzuarbeiten. Aber auch die rund 500 Forstarbeiter, die in diesem Gebiet eingesetzt waren, haben enorme Leistungen vollbracht und wir alle, die in diesem Gebiet drinnen waren, haben nicht erwartet, daß wir im Endeffekt soviel an Aufarbeitung durchführen können. Ich darf Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur ein Beispiel sagen, daß die Trifamer-Partie, also ein Großschlepper, der 6 Mann Bedienung hat und einen Fahrer, in der Lage ist, im Monat durchschnittlich eine Holzmenge von

1.000 fm aufzuarbeiten und an eine entsprechende Abfuhrstraße zu bringen. Wir konnten auch feststellen in diesem Großeinsatz, daß sich Großentrindungsmaschinen absolut bewährt haben und daß nun aus dieser Aufarbeitungsmethode vor allem sich die sehr, sehr entscheidende Frage ergibt, daß damit auch die Forstwirtschaft in die Lage versetzt wird, wesentlich marktgerechter zu produzieren, weil sie imstande ist, Frischholz und solches Holz, wie es gewünscht wird, zur Säge zu bringen und dabei manche Schäden, die durch Lagerung und dgl. entstehen, zu vermeiden, und das wird für die Forstwirtschaft im allgemeinen eine sehr, sehr entscheidende Frage werden. Im Windwurfgebiet konnte auch festgestellt werden, daß Exkursionen aus ganz Europa Besichtigungen vorgenommen haben, auch Exkursionen aus den Oststaaten. Und wenn ich nun in kurzen Worten versuchen will, eine Vorausschau für die Zukunft zu treffen, dann möchte ich sagen, daß die Rationalisierung in der Forstwirtschaft die einzige wirkliche Chance sein wird, auch in diesem Wirtschaftszweig entsprechend zu bestehen. Die Rationalisierung wird natürlich im Großbetrieb wesentlich leichter und wesentlich einfacher zu bewältigen sein. Im mittleren Forstbetrieb wird es schon schwieriger werden, und es wird ein großes Problem im Bauernwald werden, der doch letzten Endes 44 Prozent unserer gesamten Waldfläche bedeckt. Es werden hier viel stärker als bisher Gemeinschaftsformen gefunden werden müssen, wo natürlich auch eine entsprechende fachliche Beratung dazu gehört, und es wird sich bei diesem Problem auch die Beförderung wahrscheinlich wieder stärker in den Vordergrund drängen müssen. Ich habe im vergangenen Jahr zu diesen Gesamtproblemen sehr ausführlich Stellung genommen.

Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wurden nun auch die ersten Vierjahresergebnisse der Forstinventur bekanntgegeben. Ich darf Ihnen sagen, sehr geehrte Damen und Herren, daß die Forstinventur, die eine Bestandsaufnahme über den gesamtösterreichischen Wald darstellt, heute mit modernsten Mitteln, mit Luftbild wie mit Computer, durchgeführt wird, so daß es keine Schätzungen mehr gibt wie teilweise in der Vergangenheit, sondern sehr, sehr exakte Messungen. Die Einteilung Österreichs erfolgt in 7 Regionen. Es ist hier sehr schwer, Vergleiche anzustellen mit den Bundesländern, weil sich diese Regionen über die Bundesländergrenzen schneiden. Die Waldfläche in Österreich ist unverändert mit 3,6 Millionen Hektar festgestellt worden, der Holzvorrat in unserem Heimatland beträgt bei 730 Millionen fm in Rinde und der laufende Holzzuwachs 17,6 Millionen fm in Rinde.

Es wurden 3 Besitzkategorien festgestellt, die Österreichische Bundesforste als separate Kategorie, die Betriebe mit über 200 ha und der Kleinwald unter 200 ha. Die Gliederung des Waldes erfolgte so wie bisher, in den Wirtschaftswald, in den Schutzwald und in Wald ohne Ertrag. Hier darf ich einfügen, daß beispielsweise bei den Österreichischen Bundesfor-

sten der Wirtschaftswald nur 60 Prozent der Gesamtfläche beträgt, während der Kleinwald bei 84 Prozent beträgt. Und in den Betrieben über 200 ha bei 72 Prozent, der Schutzwald ist in den Österreichischen Bundesforsten mit 20 Prozent am höchsten, ebenso der Wald ohne Ertrag mit 20 Prozent.

Sehr interessant, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch der Pflegezustand unseres Waldes. Der Gesamtholzvorrat des Wirtschaftswaldes wurde mit 646 Millionen Festmeter errechnet. Davon sind 160 Millionen fehlerhaft, beschädigt, dürr oder absterbend, 41 Millionen Festmeter Holz weisen Lieferschäden durch Anholzen auf, 18,5 fm haben Fäulnissschäden und 14 Millionen weisen Schälsschäden durch Wild auf. Der jährlich neue Zugang an Schälsschäden beträgt rund 700.000 fm, wovon allein in der Region 5, das ist Steiermark und Salzburg, hauptsächlich in den Gebieten mit Hochwild von diesen 700.000 fm 525.000 fm an Schälsschäden entstanden sind. (Zwischenruf: Sie werden bald einen Zwischenruf vom Herrn Präsidenten bekommen!“)

Ich habe einiges durchgestrichen, damit kein Zwischenruf kommt. Diese Ergebnisse werden zweifellos die Grundlagen für weitere und sehr entscheidende Maßnahmen in der Forstwirtschaft bilden. Die Gesamtholzproduktion Europas einschließlich der Oststaaten, ohne Rußland, beträgt bei 325 Millionen Festmeter. Aus der Holzstudie der FAU. ist zu entnehmen, daß der Holzbedarf in Europa ständig wächst, der Gesamtbedarf nimmt um 3,3 Prozent zu, während die Produktion nur um 2,3 steigt. Der Zuschußbedarf beträgt derzeit bei 30 Millionen fm. Entscheidend in dieser ganzen Entwicklung wird für Österreich sein, ob es soweit rationalisieren kann, daß die Forstwirtschaft preislich und qualitätsmäßig konkurrenzieren kann. Wir werden uns, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, von manchen romantischen Vorstellungen, die mit Waldesstille und mit Waldeseinsamkeit zusammenhängen, trennen müssen, denn die Technik, sie dringt auch in den Wald ein, Menschen werden durch Maschinen ersetzt und Computer errechnen in Zehntelsekunden den Stamminhalt eines Baumes, der letzten Endes 100 Jahre gebraucht hat, bis er diesen Inhalt erreicht hat. Es wird auch hier an uns liegen, in Erkenntnis wirtschaftlicher Notwendigkeit, die Technik zu bejahen, aber auch sorgsam darauf zu achten, daß der Lebensraum Wald mit seinen vielfältigen Aufgaben erhalten bleibt. Damit, meine Damen und Herren, habe ich versucht, schlaglichtartig die Situation zu beleuchten und auch die mir selbst gesteckte Zeit einzuhalten. (Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schön das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Schrammel.

Abg. Schön: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zur Budgetpost „Förderung der Industrie“ in der Gruppe 7 das Wort nehme. Ich glaube, es

ist notwendig hier in Kürze einige Aufklärungen zu geben.

Betrachtet man in letzter Zeit einige Publikationen, so kann man bemerken, so im Fernsehen wie auf der steirischen Akademie, daß im obersteirischen Industriegebiet ein Zustand herrscht, als wäre in Gußwerk gerade begonnen worden mit dem Ergießen der Kanonenrohre für die Schlacht von Königgrätz; in Ratten a. d. Enns laufen noch immer die Radwerke und am Erzberg ist gerade so der Sackzug in Blüte. Im weiteren wird abgeschlossen, dieses ganze Industriegebiet gleicht einem einzigen Schrotthaufen. Ich glaube, daß das unserer Industrie, unserer steirischen Industrie am Weltmarkt nicht zukünftiglich ist und jeden einzelnen in der Privatindustrie vor die Schranken treiben würde, würde man so etwas sagen. Daß dem nicht so ist, möchte ich hier in einigen Erläuterungen klarstellen.

Als das Jahr 1945 und damit der Krieg zu Ende ging, wurden durchschnittlich alle obersteirischen Industrieorte und Betriebe ihrer Maschinen beraubt, es wurde demontiert und es standen die leeren Hallen da, in den Bergwerken wurden die letzten Bagger und Maschinen weggeführt, so daß die Bevölkerung und die Arbeiterschaft fast vor einem Nichts stand. Es gehörte damals sehr viel Mut und sehr viel Energie dazu, sich hier an die Arbeit zu machen und hier wieder Betriebe zu schaffen, die unserer Volkswirtschaft und unserem ganzen Lande dienen sollen. Daß das in vorbildlicher Weise geschehen ist und daß hier Investitionen erfolgt sind von Riesenausmaß, möchte ich nur an einigen Beispielen beleuchten. Im Jahre 1938/39 wurde am steirischen Erzberg der händische Abbau eingestellt, wo noch immer das Erz mit Handkraft zerkleinert und aufgefüllt wurde in die sogenannten Förderungshunde. Es wurden alle Förderungen auf den Etagen noch händisch durchgeführt und erst in diesen Jahren abgeschafft. Im Jahre 1945 wurde systematisch begonnen diesen ganzen Bergabbau zu modernisieren und zu automatisieren. Und ich kann sagen, daß in diesem Jahr 1945 am Erzberg rund 5.000 Menschen beschäftigt waren, um eine Erzerhauung von rund 2 bis 3.000 t zu ermöglichen. Rieseninvestitionen an Maschinen allseits, an Aufbereitungsanlagen ermöglichen es heute, daß mit rund 2.500 Menschen 13.000 t Erz pro Tag erhauen werden. Ich glaube, daß diese Zahlen doch deutlich zeigen, was hier an Investitionen, was hier an Modernisierungsmitteln hingebraucht wurde, was geschehen ist, um diese Leistungen zu erbringen. Und wahrlich, das schlägt einem ins Gesicht, wenn man dann hört, dieses Industriegebiet gleicht einem Schrotthaufen. Aus dem heraus ist aber etwas anderes entstanden, diese Modernisierung der Betriebe hat naturgemäß Arbeitsstellen freigemacht, es ist die Zahl der Arbeiter schon, wie gesagt, rapide gesunken, in Gebieten, wo es heute schwer ist, andere Arbeitsstätten hinzubringen.

Und nun bin ich auch beim Kern der Sache. Wenn alle Stände hier — ich verbeuge mich vor allen, — eine Förderung für sich verlangen,

wenn es heute der Herr Landeshauptmann ausgesprochen hat, daß wir alle zusammenhalten sollen, dann glaube ich, dann kann ich als Vertreter dieser Arbeiter und Angestellten aus diesem Gebiet, auch hier verlangen, daß hier eine Förderung in diesen Gebieten einsetzt, die diesen freiwerdenden Arbeitskräften einen weiteren Arbeitsplatz in ihrer Heimat und ihren Gebieten sichert.

Wie schwer dies ist und wieviel Anstrengung dazu gehört, möchte ich hier an einigen Beispielen aufzeigen. Es wurde jahrelang versucht, Ausweichtarbeitsplätze zu schaffen und sogar hier im Land wurden Mittel bereitgestellt, 100 Millionen Schilling zur Industrieförderung. Leider muß ich hier feststellen, daß sich für unser Gebiet bis heute niemand gefunden hat, um nur eine kleine, bescheidene Industrie in diesem Gebiet wieder erstehen zu lassen, die ja schließlich und endlich Förderungsmittel bekäme. Ich glaube, ich brauche nicht näher hinweisen, daß das obersteirische Gebiet und besonders das Eisenerzer Gebiet ein geographisch schlechtes Gebiet ist. (Abg. Pözl: „politisch auch!“).

Das kann schon sein, denn dort habe ich wirklich kämpfen müssen, wissen Sie, um Stundenlöhne und um soziale Verbesserungen, um die Sie sich heute berühmt machen, als hätten Sie sie gemacht.

Da könnte ich Ihnen noch andere Beispiele sagen dafür. Und daß dieses Gebiet für Sie auch schlecht ist in dieser Hinsicht, das kann ich mir vorstellen. Aber ich glaube, man soll hier nicht mit der Politik allein spazieren gehen. Es sind hier sehr ernste Probleme. Einer der Vorredner hier im Hause hat gesagt, man soll diese Dinge, wenn sie diskutiert werden im Hohen Haus, wirklich einmal auch unpolitisch beleuchten. Denn sie haben eine Tragik an sich. Es denkt ja niemand bei dem Freiwerden dieser Arbeitsplätze, daß es hier ums Menschliche geht, nicht ums Politische. Was würden Sie tun, wenn z. B. im Bauernstand tausende Leute frei werden würden und man sagen würde: Ja, ihr habt im Land keinen Platz mehr, ihr müßt ins Ausland gehen, es geht nicht anders — so wie man es heute den Bergarbeitern sagt: Du hast hier keinen Platz mehr, es ist eben zu wenig Arbeit, Du mußt woanders hingehen. So einfach ist das nicht. Hier muß das Menschliche auch herausgestellt werden in allem.

Ich möchte hier nicht weiter die Schwierigkeiten aufzeigen. Ich möchte nur eines noch betonen, daß ein Strukturförderung vor allem im obersteirischen Gebiet von großer Notwendigkeit ist und daß man sich nicht einbilden kann, man kann über Nacht dort einen Ersatzbetrieb erstehen lassen, wo man austauschen kann, einige hundert Leute gleich weg und in die andere Industrie hinein, sondern daß die, genau wie ein Vorredner von Ihnen gesagt hat, organisch wachsen muß, und zwar von ganz Kleinem wachsen muß. Ich möchte nur hier betonen, daß ein Krupp mit 12 Schmieden angefangen hat und ein Böhler mit 17 Schmieden und daß das Jahrzehnte lang gedauert hat, bis wirklich eine Industrie von diesem gigantischen Wert dagestan-

den ist. Abschließend möchte ich Sie alle noch bitten, so wie auch Sie die Bitte ausgesprochen haben für Ihre Stände, und mich dem Herrn Landeshauptmann anschließen: Stehen Sie alle zusammen, helfen Sie auch diesem Gebiet. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Kaan: Es hat der Herr Abg. Schrammel das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Pözl vorgemerkt.

Abg. Schrammel: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der bewegten Zeit, in der wir zu leben haben, sind sicher die Probleme der Landwirtschaft und der Bauern keinesfalls einfach zu bewältigen. Umso eher ist daher der Ruf nach Ausbildungsstätten und Ausbildungsmöglichkeiten berechtigt. Es ist erfreulich, daß durch die Neuordnung der landwirtschaftlichen Berufsschule Änderungen im Sinne der Bildungsbestrebungen der Landwirtschaft geschaffen wurden. Bisher erfolgte der Unterricht in einer zwei- bis dreijährigen Wechselfolge. Demgegenüber wird heute ein aufbauender Unterricht gestaltet, der im ersten Jahr 400 Stunden vorsieht und im 2. Jahr 200. Bei Führung einer Klasse muß die Mindestschülerzahl bei Mädchen von 12 und bei Burschen von 15 Schülern jährlich erreicht werden. Durch das 9. Schuljahr fällt im Schuljahr 1967/68 erklärlich die 2. Klasse aus. Aus diesem Grunde, zu dem sich noch die Tatsache reiht, daß derzeit geburtenschwache Abschlußjahrgänge kommen, ist eben in vielen Berufsschulsprengeln keine Klasse zustande gebracht worden. So mußte der Schulpflicht im Nachbarsprengel nachgekommen werden, was sicher nicht vorteilhaft war, da doch zusätzliche Schulwege für die Schüler auf sich genommen werden mußten. Es ist die zwingende Notwendigkeit gegeben, gleich wie in der gewerblichen Berufsschule, landwirtschaftliche Internatsberufsschulen zu schaffen. Im Schuljahr 1967/68 werden bereits solche Internatsberufsschulen in provisorischen Schulen geführt, und zwar in der Bundessportschule Schielleiten sogar 6 Klassen und ca. 180 Schüler, im Bundes-Schullandheim Mariazell eine Klasse mit ca. 21 Schülern, in der Grenzlandjugendherberge Soboth 2 Klassen mit ca. 40 Schülern, in St. Marein am Schafferhof 2 Klassen mit ca. 45 Schülern, im Grenzlandhaus Spielfeld 2 Klassen mit ca. 45 Schülern, somit bei Burschen, die internatmäßig ihren Berufsschulunterricht derzeit verbringen, 331 Schüler, das sind etwa 3 Prozent der Schulpflichtigen insgesamt. Für Mädchen in Mautern, Rein und Burgstall haben wir insgesamt 9 Klassen mit rund 240 Schülerinnen, das sind ca. 20 Prozent der Gesamtschülerzahl. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß der Bildungserfolg in der Internatsberufsschule im Vergleich zu den Tagesberufsschulen ein besserer ist. In den wenigsten Fällen ist ein Internatsberufsschulbesuch für die Erziehungsberechtigten, eben für die Eltern, eine finanzielle Mehrbelastung. Der Internatsbeitrag von 500 Schilling pro Monat ist oft weit niedriger als die Fahrtkosten und sonstigen Kosten der örtlichen Schulen.

Es ist hervorzuheben, daß der Fachschulbesuch in den letzten Jahren merklich zugenommen hat. Insbesondere ist der Zuzug in der Oststeiermark wesentlich größer als das Aufnahmevermögen. Es wurden im laufenden Jahr trotz der Errichtung von zwei neuen Fachschulexposituren bei Mariatrost und in St. Margarethen/Raab immer noch ca. 100 Bewerber zurückgestellt. Die Steiermark verfügt derzeit über 18 landwirtschaftliche Fachschulen für Burschen und Mädchen. Im nächsten Jahr dürfte mit einer neuerlichen starken Zunahme zu rechnen sein, da dann neben den üblichen Geburtenjahrgängen auch noch diejenigen um Aufnahme nachsuchen werden, welche auf Grund des neuen landwirtschaftlichen Schulgesetzes das 2. Berufsschuljahr durch die Fachschule ersetzen wollen. Gegenwärtig stehen somit insgesamt 650 Burschen und 350 Mädchen, somit 1.000 in den landwirtschaftlichen Fachschulen in Ausbildung.

Die landwirtschaftlichen Bildungsgesetze, die vom Steiermärkischen Landtag in der letzten Zeit verabschiedet wurden, haben sicher das Fundament für einen entscheidenden Bildungsweg der künftigen Bauerngenerationen geschaffen. Es ist erfreulich, daß es nun zu einer Gleichwertigkeit von Fachschule und Facharbeiterstufe kommen wird. Demnach werden nun landwirtschaftliche Fachschüler nach erfolgtem Abschluß der Fachschule den Facharbeiterbrief ausgehändigt erhalten. Wesentlich ist es auch, daß der Meistergrad in allen Richtungen der Land- und Forstwirtschaft bereits nach 7 Jahren Ausbildungszeit erreicht werden kann, während nach der seinerzeitigen Gesetzeslage je nach Fachrichtung 8 bis 10 Jahre notwendig waren.

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion ist darin abzuschätzen, daß der Wert der Nahrungsmittel, die unsere österreichischen Bauern jährlich für die Bevölkerung in unserem Staate erzeugen, nicht weniger als 25 Milliarden Schilling beträgt.

In erster Linie fußen diese Erfolge sicher auf einer gediegenen Ausbildung, daß aber in Zukunft noch mehr an Betriebsumsichtigkeit und Intelligenz von der Bauernschaft verlangt wird, ist uns Bauern auch gewiß. Wie in unseren Nachbarstaaten, so ist auch in Österreich, nach Jahren eines ungebrochenen wirtschaftlichen Ausbaues Ernüchterung eingetreten. Sprach man früher sowohl in Deutschland, als auch in Österreich vom Wunder, so tuschelt man hier als auch dort heute lautstark von der Krise. Ich bin der Meinung, daß beide Ausdrücke nicht zugetroffen haben und auch nicht zutreffen werden. Zwar wußte man schon länger, daß es im Rhythmus höherer Löhne, kürzere Arbeitszeit, steigende Renten, wachsende Sozialausgaben, längerer Urlaub nicht immer weitergehen konnte, aber niemand wollte die Tatsache klar und ungeschminkt wahr haben. Und als von offizieller Seite vom Maßhalten gesprochen wurde, waren andere fleißig und mutwillig am Werk, zersetzend zu wirken. Sie werden noch fragen, was geht das alles die Landwirtschaft an, eigentlich mehr als uns lieb sein kann. Denn jeder Bauer, der seinen auf Marktproduktion ausgerichteten Betrieb aus-

gebaut hat, weiß, daß eine unsichere Wirtschaft sich direkt auf den Warenkorb von Millionen Hausfrauen auswirkt. Gerade die agrarische Verdichtungswirtschaft verlangt harmonisches Zusammenwirken zwischen Landwirtschaft einerseits, industrieller und gewerblicher Wirtschaft und der gesamten Konsumentenschaft, einschließlich des Gewerkschaftsbundes andererseits. Der Wettbewerbsdruck der EWG und der größeren Wirtschaftsräume bleibt und dieser wird sich sicher noch verstärken. Daß sich die österreichische Landwirtschaft nicht einfach vom besten Markt, nämlich dem österreichischen vor der eigenen Tür, dem Inlandsmarkt vertreiben läßt, daß haben wir Bauern schon bewiesen und im Zuge einer EWG-Annäherung Österreichs wird es die Landwirtschaft erneut beweisen. Nun gilt es zusätzlich mit unseren Qualitäten auf den europäischen Märkten zu einem Begriff „made in Austria“ auch in der Landwirtschaft zu werben. Der steirische Erwerbsobstbau hat es im heurigen Obstrekordjahr bereits mustergültig klargestellt, daß dies zu erreichen ist. Dazu bedarf es natürlich einer entscheidenden Kraftanstrengung. Pflichtbewußt müssen nun in erster Linie unsere eigenen Reserven mobilisiert werden. Die Bauernschaft schreit keinesfalls nach Subventionen. An Hand einer deutschen Statistik kann nachgewiesen werden, daß die österreichische Landwirtschaft nicht mit Beihilfen überschüttet wird. Andere Länder zahlen, wenn man die Gelder auf die landwirtschaftliche Arbeitskraft und den ha umrechnet, weit höhere Beträge so z. B. die Deutsche Bundesrepublik 1.800 Schilling pro Arbeitskraft und ha, Frankreich 3.000 Schilling wieder pro Arbeitskraft und ha, Niederlande 6.600 Schilling, Großbritannien 12.000 Schilling, die Vereinigten Staaten sogar 24.000 Schilling und Österreich nur 800 Schilling. Diese Zahlen sollen beweisen, daß die Bauernschaft keinesfalls von Subventionen lebt.

Märkte werden nicht durch Zufall und Unentschlossenheit erobert, sondern durch eine klare Strategie, die die zersplitterte Kraft vieler einzelner zur dynamischen Stoßrichtung zusammenfaßt. In allen Ländern mit industriell geprägter Wirtschaft hinken die Einkommen der Landwirtschaft naturbedingt nach. Somit ist also gezwungenermaßen auch die Beihilfe ein Mittel der Agrarpolitik. Es gilt demnach Ernst zu machen, wenn wir in der Landwirtschaft Schritt halten wollen mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, mit der Strukturverbesserung, betrieblichen Schwerpunktbildung, überbetrieblichen Mechanisierung, Bildung von Erzeugergemeinschaften und darauf aufbauend Marktorganisationen. Nicht Schimpfen und planloses Kritisieren wird unserer Wirtschaft dienen. Die Zeit der Bewährung und damit des Handelns ist da, nicht nur für weite Bereiche der Gesamtwirtschaft, sondern im gleichen Maße auch sicher für unsere Landwirtschaft. Der bäuerliche Familienbetrieb im üblichen Sinne, den zu erhalten ist doch Ziel unserer österreichischen Agrarpolitik und diese kann die Entwicklung der industriellen Landwirtschaft nur so verhindern. Eine ziellose und zerrissene Mechanisierung der

klein- und mittelbäuerlichen Betriebe könnte die Landwirtschaft in eine ernste Gefahr manövrieren. Die Rentabilität der Mechanisierung in der Landwirtschaft verlangt technisierungswürdige Einheiten. Ich möchte hier nur einige Beispiele herausgreifen, was eine technisierungswürdige Einheit in der Landwirtschaft ausmachen würde. Ein viehloser Betrieb mit mindestens 50 ha Ackerland, ein Betrieb mit Rinderhaltung mit mindestens 60 Kühen, ein Betrieb spezialisiert auf Schweinezucht mit mindestens 50 Muttersauen, ein Betrieb ausgerichtet auf die Schweinemast mit mindestens 500 Schweinen in einem zweimaligen Mastturnus pro Jahr. Für unsere klein- und mittelbäuerliche Struktur ist natürlich nur über den überbetrieblichen Zusammenschluß hier die Rentabilitätsgrenze zu erreichen. Neue Ufer können nicht mit dem Blick zurück gewonnen werden. Für den Brückenschlag in die Zukunft benötigt man gut ausgebildete und aufeinander eingespielte bäuerliche Betriebsführer. Möge die Hoffnung nicht trügen, daß recht viele steirische Bauern dazugehören. Wollen wir nicht untergehen, so müssen wir eben zusammenspannen. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Pözl ist am Wort. Als nächster ist Herr Abg. Burger vorgemerkt.

Abg. Pözl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe in diesem Hohen Haus zu einer besonderen Post Stellung zu nehmen. 751,701 „Verschiedene gewerbliche Förderungsmaßnahmen“ und ich bitte die Kollegen des Hohen Landtages um ein paar Minuten Aufmerksamkeit für eine sehr wesentliche Tatsache, die bei diesem Budget beschlossen wird.

Wir haben am 7. Dezember in der Steiermark über Initiative des Landesrates Peltzmann einen Exportring der gewerblichen Wirtschaft gegründet. Und zwar mit dem Gedanken, die Exportwirtschaft der Steiermark zu fördern. Die Gründung war gerade im richtigen Zeitpunkt erfolgt und die Schwedenreise des Landeshauptmannes Krainer hat bewiesen, wie gut es ist, wenn man im Ausland versucht, österreichische Produkte zu verkaufen und ich muß hier dankenswerterweise feststellen, dem steirischen Landeshauptmann ist es auch gelungen. (Abg. Heidinger: „Um bei den Sozialdemokraten zu lernen!“)

Er hat nicht an Sozialdemokraten verkauft Herr Kollege, sondern an Wirtschaftsunternehmen. (Landeshauptmann Krainer: „Ich war mit ein paar guten beisammen!“)

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen ein paar Zahlen der Wirtschaft sagen, die erforderlich sind, damit das Verständnis für eine derartige Förderung besser geweckt werden kann. Ein Vergleich zwischen Österreich, Schweden, der Schweiz und Holland zeigt uns, daß Österreich im Verhältnis auf den Einwohner bezogen, wesentlich weniger exportiert, als die vorher genannten Länder. Österreich exportiert pro Einwohner 6.164 Schilling, Schweden 15.179 Schilling, nicht abgewertete Schillinge. Die Schweiz exportiert um 14.881 Schilling und Holland exportiert um

14.880 Schilling pro Einwohner des Landes. Aber wenn wir das auf das gesamte Bruttonationalprodukt beziehen, das diese Länder und Völker schaffen, so sehen wir auch hier, daß Österreich weniger vom ganzen Nationalprodukt exportiert als die anderen Länder. Österreich exportiert 41 Milliarden Schilling, das sind 17 Prozent, Schweden 102 Milliarden Schilling, das sind 20 Prozent vom Bruttonationalprodukt. (Abg. Scheer: „Eine schlechte Art der Wirtschaftspolitik!“), die Schweiz 21 Prozent oder 76 Milliarden Schilling und Holland exportiert Waren im Werte von 165 Milliarden Schilling, das sind 33,8 Prozent. (Abg. Scheer: „So schlecht habt Ihr gewirtschaftet in den letzten Jahren!“)

Herr Abgeordneter Scheer, ich weiß, daß Sie und Ihre Partei für die Wirtschaft nichts übrig haben. Daher werde ich mich später mit Ihnen im Bufett unterhalten, denn hier haben Sie kein Verständnis dafür.

Meine Damen und Herren! Es wurde in diesem Hause über die Pfundabwertung gesprochen. Man hat es unterlassen zu sagen, daß 30 Staaten eine Abwertung ihrer Währungen vorgenommen haben. Das hat doch auch Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Denn von diesen Staaten sind immerhin acht europäische Länder und in diese 30 Staaten exportiert Österreich zehn Prozent des Gesamtexportes und führt 9,5 Prozent aus diesen Ländern ein. Was ergibt sich daraus? England hat seine Währung um 14,3 Prozent abgewertet, das gleiche war in Irland der Fall. Finnland hat um 31,25 Prozent seine Währung schwächer gemacht, Dänemark um 7,9 Prozent, Island um 24,6 Prozent, Spanien, Malta und Cypern ebenfalls um 14,3 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das bedeutet, daß diese Länder, z. B. Finnland, um 31 Prozent billiger die Waren nach Österreich verkaufen kann und Österreich zur gleichen Zeit nach Finnland um 31 Prozent teurer die Waren verkaufen muß bzw. dann eben nicht mehr verkaufen kann. Das bedeutet darüber hinaus aber auch, daß auf den anderen Märkten, wo sich Finnland und Österreich treffen — es dreht sich hier um spezielle Waren — ebenfalls sich große Differenzen zwischen den österreichischen und den ausländischen Waren ergeben.

Nun, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen, nachdem der Herr Präsident ersucht hat, man möge hier wesentliche Dinge zum Budget sagen, noch über den Exportring folgendes sagen: Betriebe zu betreiben, Kontakte herzustellen, wir ren — und der Aufbau wird mehrere Jahre dauern — Marktforschung für österreichische Wir haben die Aufgabe, in den nächsten Jahren die Aufgabe, eine Beratung der Erzeuger durchzuführen und wir haben die Aufgabe, dauernde Ausstellungen und Auslieferungslager im Ausland zu errichten. Das ist nicht zuletzt eine Förderung für die gewerblichen Unternehmer oder für die industriellen Unternehmer, sondern ebenfalls eine Förderung für die in diesen Betrieben Beschäftigten. Denn damit werden die Arbeitsplätze ebenfalls gesichert.

Zum Abschluß möchte ich das Hohe Haus bit-

ten: Gehen Sie in den nächsten Jahren mit diesen wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen mit, mit in der Steigerung, die wir dem Hohen Haus als Bitte vortragen werden, damit auch Sie die Möglichkeit haben, die Existenz der Arbeiter und die Zukunft unseres Landes zu sichern. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Burger das Wort. Als nächster ist Herr Abg. Maunz vorge-merkt.

Abg. Burger: Ich habe es für meine selbstverständliche Pflicht gehalten, in den vergangenen Jahren hier an dieser Stelle von der Notlage unserer Bergbaubetriebe zu sprechen. Der Herr Landeshauptmann hat damals ein für mich unvergeßliches Wort gesagt, indem er ausführte „Wenn das Haus brennt, soll man nicht nach Schuldigen suchen“. (Abg. Scheer: „Wann denn dann?“)

Wir erkennen den Schuldigen. Es ist dies die Strukturveränderung, andere Energieträger, die unsere Kohle so in Gefahr brachten. Die Landesregierung hat 104 Millionen Schilling beschlossen, um der Gefahr und der möglichen größeren Notlage entgegenzutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann heute nicht mehr über die Kohle sprechen, da meine Berufssparte, die Hütte selbst, in Not geraten ist. Wir selbst sind erfaßt von einem Strukturwandel, der etwa in kurzen Worten so aussieht, daß wir Schweraufträge nicht mehr in dem Maße hereinbekommen, weil eben leider keine Eisenbahnschienen mehr gebraucht werden, weil keine Eisenbahnlinien mehr gebaut werden und an Ersatzschienen, um Schienenwege zu reparieren, ist der Bedarf nicht mehr so groß. Ebenso fehlt es an Aufträgen für schwere Träger, die gewichtig waren und die auch dazu führten, größere Mengen Erz abzunehmen. Nun kommt noch dazu, daß mit diesem Strukturwandel, dem wir unterworfen sind, nicht allein ein Auftragsmangel zu erkennen ist, sondern leider Gottes haben wir unter der Konkurrenz sehr, sehr zu leiden, wenn wir die Tonne Eisen bis zu 1.000 Schilling unter den Gesteungskosten zu liefern haben im Falle, daß wir diese Aufträge annehmen; wenn, dann ja nur deshalb, um die Auftraggeber nicht zu verlieren. Ich darf, meine Damen und Herren, sagen, daß die Alpine allein im vergangenen Jahr für 75 Millionen Schilling Exportverluste hatte. Es ist zu prüfen, warum man in diese Situation hineinkommt. Der Nachholbedarf an Eisen war nach dem zweiten Weltkrieg so übergroß, daß die historischen Eisenindustrieländer Kapazitäten sich schufen, mit denen wir nicht mitkamen. Selbstverständlich spielte hier auch die Lage der USA eine Rolle. Den Krieg spürten sie nicht, sie haben ihre Fabriken neu zugestellt und sind uns somit vielleicht um 30 Jahre vorausgeeilt, während wir nach 1945 wohl darunter zu leiden hatten, daß unsere Fabrikseinrichtungen demontiert und abtransportiert worden sind. Ich habe das schon voriges Jahr gesagt. Aber als wir wieder begonnen haben, die Produktion aufzunehmen, taten

wir dies mit Maschinen, die bereits zur Verschrottung abseits gestellt waren. Das ist mit eine Ursache, daß wir heute, wo die Konkurrenz groß geworden ist, ins Hintertreffen geraten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf kurz einige Zahlen sagen, damit ich unsere Situation beleuchte. Die Alpine selbst hat zur Zeit 75.000 Tonnen Halbzeug auf Lager liegen. Sie hat 50.000 Tonnen Roheisen auf Lager liegen, aber sie hat auch 390.000 Tonnen Eisenerz auf Lager liegen oder 1,5 Milliarden Schilling. Es wird nun so sein, daß wir riesige Gelder brauchen werden, um uns wieder konkurrenzfähig zu machen, um uns wenigstens wieder in den Anschluß der Konkurrenzfähigkeit zu bringen. Freilich erkennt man hier, daß das die Folgen ungeheurer Unterlassungssünden in den vergangenen Jahren waren. Die erste Krise spürten wir bereits 1958, die zweite 1962, die dritte ist jetzt eine längere. Ich glaube, daß wir — und das ist heute von meinen Vorrednern schon x-mal ausgesprochen worden — hier wirklich kein Politikum daraus machen sollten, sondern auch diesmal mit der Eisenindustrie jenes weise Wort des Herrn Landeshauptmannes anwenden „Wenn das Haus brennt, soll man nicht nach Schuldigen suchen“, sondern wir sollten alle gemeinsam mithelfen, auch die Schwierigkeiten in der Eisenindustrie für unsere Vollbeschäftigung und letzten Endes für unsere soziale Sicherheit zu überbrücken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Maunz das Wort. Nächster Redner ist Herr Abg. Vinzenz Lackner.

Abg. Maunz: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in der Gruppe 7 über die Unterabschnitte 733, 734 und 738 zu Ihnen zu reden. Nachdem ich weiß, daß in der Kürze die Würze liegt, werde ich mich bemühen, sehr kurz zu sein.

Unsere Steiermark gilt seit Generationen als Land der Schwerarbeiter. Die Grundstoffe Eisen, Holz und Kohle sind zwangsläufig die Voraussetzungen hiezu. Sicherlich ist durch moderne Erkenntnisse der Technik und Wissenschaft vieles leichter und rationeller geworden. Heute bestimmen modernste Methoden auf allen Sektoren unserer Industrie die Arbeit unserer Menschen. In unserer Landwirtschaft hingegen sind einer ähnlichen Entwicklung natürliche Schranken gesetzt. Der Bauer kann mit den ihm gegebenen Möglichkeiten der Natur, den Jahreszeiten und dem Risiko von Wetter und Naturgewalten weder eine Fließband-, noch eine Serienproduktion aufziehen. Dies schon gar nicht unsere Bergbauern, sie sind nach wie vor trotz technischer Entwicklung Schwerarbeiter geblieben. Denn auch die Handhabung von Seilzug, Motormäher und Heuraupe ist am Steilhang auf jeden Fall eine anstrengende Beschäftigung. Zur Förderung dieser Berufsgruppe gibt es in unserem Budget in der Gruppe 7, Unterabschnitt 738, die Besitzfestigungsaktion. Wie der Name schon sagt, sollen diese Mittel dazu dienen, die Existenz dieser

Familien zu sichern und zu festigen. Bei der Verteilung dieser Gelder wird nach sehr strengen Maßstäben vorgegangen. Der Bergbauernkataster bildet die Grundlage, jeder einzelne Fall wird genau geprüft und abgewogen. Die Gewähr für eine gerechte und sinnvolle Verteilung dieser Budgetmittel bietet der Herr Landeshauptmann und die Agrartechnische Abteilung der Landesregierung.

Im gesamten wurden mit diesen Geldern im Jahre 1967 612 Bergbauernhöfe gefördert. Es wurden damit die Neu- und Umbauten von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die Errichtung von Hauswasser- und Gülleanlagen sowie neben technischen Verbesserungen auch Viehaufstokungen ermöglicht. Der Gesamtinvestitionsaufwand betrug 105,444.000 Schilling wovon 3,050.000 Schilling das Land, 7,240.000 Schilling der Bund und nicht weniger als 95,000.000 Schilling von den Bauern selbst aufgebracht wurden.

Die Besitzfestigungsaktion 1967 war segensreich für die Bergbauern, aber brachte auch bedeutende wirtschaftliche Impulse für die Bauwirtschaft, für Handel und Gewerbe.

Der Unterabschnitt 733 hat die Förderung von Alm- und Güterwegen zum Inhalt. Die grundsätzliche Voraussetzung für die gute Bewirtschaftung eines Bergbauernhofes oder der Aufschließung eines Alm- oder Bergegebietes bildet schlechthin der Zufahrtsweg. Es ist geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit, denn wir können unser Zucht- und Nutzvieh nur deshalb so gut im Inland und auch im Ausland verkaufen, weil es gealpt ist und daher widerstandsfähiger und auch leistungsfähiger ist. Aber nicht nur der Bergbauer zieht daraus seine Vorteile, sondern auch der Fremdenverkehr hat erfreulichen Anteil dabei. Hat doch der Bauer in den vergangenen Jahrzehnten den Grundstein für unseren jetzt blühenden Fremdenverkehr gelegt. Eines müssen wir uns in diesem Zusammenhang vor Augen halten. Nicht wegen rauchender Schornsteine und lärmender Fabrikshallen kommen die Fremden in unser Land, sondern wegen unserer schönen gepflegten Landschaft, wegen der Berge, Wiesen und Wälder, welchen die Bauern seit Urzeiten ihren Stempel aufgedrückt haben.

Wenn auch in der abgelaufenen Zeit auf dem Gebiet des Wegebaues viel geleistet wurde, so bleiben dennoch für die Zukunft große Aufgaben zu bewältigen. Vor allem ist es die Erhaltung und Befestigung schon vorhandener Wege, welche immer mehr Arbeit und finanzielle Vorsorge erfordern. So betrug in der Wegbauförderung der Gesamtaufwand 1967 172 Millionen Schilling, welche für 1.410 Bauvorhaben verwendet wurden. 79 Millionen Landes- und Bundesmitteln standen hierfür zur Verfügung.

Weil ich gerade über die Güterwege zu sprechen habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich ein besonderes Anliegen: Der Sölkpaßverein hat durch Privatinitiative die Straße von der Kreuzerbrücke bis zur Paßhöhe im Rahmen des Güterwegebauprogrammes gebaut. 400.000 Schilling wurden von diesem Ver-

einsvorstand in Form eines AI-Kredites aufgenommen, wobei die Vorstandsmitglieder mit dem eigenen Vermögen bürgen.

Um die Straße noch besser auszubauen, ist der Vorstand an die Gemeinde herangetreten, die Bürgerschaft für den AI-Kredit anstelle des Vereinsvorstandes zu übernehmen. Die Abzahlung erfolgt ohnehin durch Mautgebühren. Mir ist bekannt, daß die Gemeinde Schöder die Bürgerschaftsübernahme auf Grund eines Schreibens des Herrn Landesrates Bammer — es tut mir leid, er ist leider nicht hier — abgelehnt hat. In diesem Schreiben wird dem Herrn Bürgermeister der Gemeinde Schöder empfohlen, die Bürgerschaftsübernahme zurückzustellen.

Ich darf Sie daher, verehrter Herr Landesrat, oder darf die anwesenden Herrn Ihrer Fraktion bitten, den Herrn Landesrat zu fragen, warum er diese sicherlich sehr gute Einrichtung des Ausbaues der Straße in dieser Form, scheinbar auf die lange Bank zu schieben versucht.

Nach diesem kleinen Abstecher, meine sehr Verehrten, will ich mich wieder der Förderung der Landwirtschaft zuwenden. Ich möchte Ihnen nur noch einige Zahlen ins Gedächtnis rufen und zwar: Es ist den wenigsten von uns bekannt, daß bei dieser Bevölkerungsexplosion — und wir reden heute immer wieder von dem Nahrungsmittelüberschuß, von der Überproduktion der Landwirtschaft — 3/5 unserer Weltbevölkerung an Hunger leidet. Z. B. nimmt die Weltbevölkerung, welche derzeit etwa 3.3 Milliarden Einwohner hat, täglich um die Einwohnerzahl von Salzburg zu. Alle sieben Wochen um die Einwohnerzahl Österreichs und jedes Jahr um die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland. Ich darf also nur hinzufügen, daß diese Entwicklung auf Sicht betrachtet, alles andere als grandios zu bezeichnen ist und daß unsere Überproduktion in Österreich wirklich als sehr bescheiden und klein zu bezeichnen ist.

Nach wie vor verdanken wir es aber einer sehr geringen Anzahl von Bauern, daß von den 84.000 km² der Gesamtfläche Österreichs heute noch 76.000 km² Kulturfläche sind. Die Wälder, Wiesen, Äcker, Weiden, Alpen und Hutweiden dieser Kulturfläche stellen für die Gesundheit und Erholung unserer Städter aber auch für unsere Auslandstouristen eine Aktivpost dar, welche keine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ausweisen kann. Vergessen wir nicht, daß 43 Prozent des Hochlandes und 56 Prozent des hohen Mittelgebirges durch bäuerliche Arbeit kultiviert wurden.

Man kann die 48.000 bäuerlichen Familienbetriebe, die heute noch keinen Anschluß an das Straßenverkehrsnetz besitzen, aussterben lassen; man wird und muß dann allerdings die Hoffnung auf Wiederbesiedlung dieser Räume endgültig begraben. Aber damit auch die ewig notwendige Frischzellentherapie für unsere heutige Industriegesellschaft für immer verloren geben.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Vinzenz Lackner das Wort. Als nächster ist Herr Abg. Buchberger vorgemerkt.